

**KURZFASSUNG**

# Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung

Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen



---

## Impressum

Diese Publikation basiert auf folgendem Sammelband:

Abdellah, S., Tultschinetski, S., Junk, J., & Freiheit, M. (Hrsg.). (2025). *Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen*. Springer VS.

**Erstellung:** Transferprojekt RADIS  
c/o PRIF - Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung  
Baseler Straße 27-31  
D-60329 Frankfurt am Main  
[www.prif.org](http://www.prif.org) | [www.radis-forschung.de](http://www.radis-forschung.de)

© 2025 PRIF  
Alle Rechte vorbehalten.



**IKG** | Institut für interdisziplinäre  
Konflikt- und Gewaltforschung

 Violence  
Prevention Network

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

## Vorwort

Die vorliegende Publikation enthält Kurzfassungen der Beiträge des Sammelbands „Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen“, herausgegeben im Springer-Verlag von Shaimaa Abdellah, Sina Tułtschinetski, Julian Junk und Manuela Freiheit. In den Kurzfassungen finden sich mit Einverständnis der Autor:innen Textauszüge aus den Originalbeiträgen, die teils wortwörtlich, teils mit kleinen Formulierungsänderungen übernommen worden sind.

Der Sammelband bündelt die Ergebnisse des RADIS-Forschungsnetzwerks, in dem über vier Jahre hinweg interdisziplinär und unter Einbeziehung fachpraktischer Expertise zu Fragen rund um Ursachen und Wirkungen von Islamismus in Deutschland und Europa geforscht wurde. Weitere Informationen zum Forschungsnetzwerk und den beteiligten Projekten finden sich auf der Webseite [www.radis-forschung.de](http://www.radis-forschung.de). Dort sind zudem eine umfangreiche Publikationsliste, Videomaterialien, ein Podcast und eine Blogserie zu zentralen Forschungsthemen abrufbar. Ergänzend bietet die Webseite praxisorientierte Handreichungen und Transferpublikationen, die sich insbesondere an Akteur:innen aus Politik, Bildung und Gesellschaft richten.

Unser Dank gilt allen Autor:innen, deren Beiträge den Sammelband zu einem facettenreichen und bereichernden Werk gemacht haben, sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die großzügige Förderung der gesamten Förderlinie.

# Inhalt

<b>Kapitel 1: Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Eine Einführung</b> <i>Shaimaa Abdellah, Manuela Freiheit, Julian Junk und Sina Tultschinetski (RADIS)</i> .....	5
<b>Kapitel 2: Kein Mensch wacht morgens auf und ist plötzlich radikal. Warum radikalisieren sich Menschen?</b> <i>Susanne Pickel (Projekt RIRA)</i> .....	12
<b>Kapitel 3: Deutschlands gesellschaftlicher und politischer Umgang mit Islamismus – Eine Übersicht über Trends und wesentliche Herausforderungen</b> <i>Reem Ahmed, Lea Brost, Julian Junk, Martin Kahl, Mona Klöckner, Lea Scheu, Manjana Sold und Isabelle Stephanblome (Projekt KURI)</i> .....	18
<b>Kapitel 4: Vom Rand in die Mitte? Rechtspopulistische Islamdeutungen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen</b> <i>Anna-Maria Meuth, Max Manuel Brunner, Liriam Sponholz, Mirjam Weiberg und Sabrina Zajak (Projekt RaMi)</i> .....	23
<b>Kapitel 5: Wie erleben und deuten in Deutschland lebende Jüdinnen: Juden politisch-islamischen Antisemitismus?</b> <i>Niklas Herrberg, Bjarne Goldkuhle, Heiko Beyer und Melanie Reddig (Projekt ArenDt)</i> .....	27
<b>Kapitel 6: Zwischen Misstrauen und der Hoffnung auf Anerkennung: Wechselwirkungen in den Beziehungen von Staat, Gesellschaft und Muslim:innen</b> <i>Jörn Thielmann, Tina Brosi, Charlotte Jawurek, Patricia Wiater, Inken Okrug, Katharina Weinmann, Stephanie Müssig, Tarek Badawia, Fatma Aydinli, Ertuğrul Şahin, Nina Nowar und Serdar Aslan (Projekt WECHSELWIRKUNGEN)</i> .....	31
<b>Kapitel 7: Salafistische Überbietungsdiskurse im Islamfeld in Deutschland: Wissenssoziologische Diskursanalysen und Handlungsempfehlungen</b> <i>Youssef Dennaoui (Projekt Deutungsmacht)</i> .....	37
<b>Kapitel 8: Räumliche Perspektiven auf die Anfälligkeit für Radikalisierung: Eine Vergleichsstudie</b> <i>Sebastian Kurtenbach, Armin Küchler, Linda Schumilas, Yann Rees, Gerrit Weitzel und Andreas Zick (Projekt RadiRa)</i> .....	40
<b>Kapitel 9: Kränkungserfahrungen, Ressentiment und Radikalisierung in der muslimischen Bevölkerung</b> <i>Evelyn Bokler, Sarah Demmrich, Özkan Ezli, Mouhanad Khorchide, Olaf Müller, Detlef Pollack und Levent Tezcan (Projekt Ressentiment)</i> .....	44
<b>Kapitel 10: „Deutscher Islam“ zwischen antimuslimischem Rassismus und „Islamismus“? Zur Co-Produktion eines kontroversen Konzepts</b> <i>Özgür Özvatan (Projekt D:Islam)</i> .....	49
<b>Kapitel 11: Krisenkommunikation muslimischer Verbände nach Anschlägen mit islamistischem Hintergrund</b> <i>Gerrit Hirschfeld und Sabrina Hegner (Projekt OKAI)</i> .....	52
<b>Kapitel 12: Der islamische Religionsunterricht im Spannungsfeld von Erwartungen und Wirklichkeit: Potenziale und Grenzen der Präventionsarbeit gegen islamistische Radikalisierung</b> <i>Margit Stein, Alexandra Schramm und Veronika Zimmer (Projekt UWIT)</i> .....	57
<b>Kapitel 13: Herausforderungen und Gelingensbedingungen der Prävention und Abwendung junger Menschen von islamistischer Radikalisierung</b> <i>Eike Bösing, Yannick von Lautz, Mehmet Kart und Margit Stein (Projekt Distanz)</i> .....	61

# Kapitel 1: Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Eine Einführung

Shaimaa Abdellah, Manuela Freiheit, Julian Junk und Sina Tultschinetski (RADIS)

## 1. Polarisierte Gesellschaft und Bedeutung des Phänomens

Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 gibt es wiederkehrende Debatten über Ursachen und Wirkungen islamistischer Aktivitäten in Deutschland (vgl. Brost et al. 2022; Damir-Geilsdorf 2023). Sicherheitspolitisch waren eine Verschärfung von Sicherheitsgesetzen und die Erweiterung sicherheitsbehördlicher Kompetenzen die Folge, auch bestehende Präventionsmaßnahmen wurden überprüft. Gesellschaftspolitisch wurden die Debatten über Islamismus oft undifferenziert mit Migrations- und Integrationsfragen vermischt oder lösten Diskussionen über die Verankerung des Islam in Deutschland aus.

Diese komplexen gesellschaftlichen Reaktionen sind weiterhin unterforscht, gleichwohl sie hochrelevant sind: Sie betreffen Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung, können aber auch Polarisierung und Stigmatisierung verstärken – beides potenzielle Nährböden für Radikalisierung. Die Auseinandersetzung mit Islamismus ist daher keine Randfrage, sondern eine zentrale Herausforderung für die liberale Gesellschaft und repräsentative Demokratie. Die Forschung zu Islamismus und zum Umgang damit ist im letzten Jahrzehnt stark angewachsen, der gesellschaftlichen Dimension wird aber nach wie vor zu wenig Raum gegeben.

Der vorgestellte Sammelband „Islamismus als gesellschaftliche Herausforderung: Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen“ schließt diese Lücke, indem er verschiedene analytische und disziplinäre Perspektiven aus zahlreichen Forschungssträngen zusammenführt. Die zwölf Kapitel bündeln die Ergebnisse eines Netzwerks von über 100 Wissenschaftler:innen aus zwölf Projekten, die über vier Jahre zu Radikalisierung, gesellschaftlicher Polarisierung und Handlungsstrategien in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden forschten. Die Forschungsvorhaben wurden im Rahmen der Förderlinie „Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Zeitraum von 2020 bis 2025 gefördert.

Alle Beiträge des Bandes befassen sich mit dem Phänomenbereich *Islamismus*. Wie viele andere Begriffe ist auch Islamismus als Konzept umstritten und im gesellschaftlichen Wandel begriffen. In den verschiedenen Kapiteln des Bandes finden sich fünf miteinander verbundene Perspektiven wieder, die deutlich machen, dass man sich dem Phänomen Islamismus ganz unterschiedlich nähern kann:

- (1) Gesellschaftliche Sicherheit und Stabilität: Islamismus kann nicht nur durch Terroranschläge eine unmittelbare Bedrohung darstellen, sondern auch gesellschaftliche Stabilität gefährden. Radikalisierungsprozesse, Polarisierung und extremistische Ideologien können destabilisierend wirken.
- (2) Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Dynamiken: Islamismus ist eng mit Rassismus, Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und Identitätskonflikten verbunden. Diese Dynamiken verstärken sich oft gegenseitig und führen zu Spannungen, die über muslimische Communities hinausgehen. Solche Spannungen bilden den Hintergrund für gesellschaftspolitische Debatten, die muslimische Gemeinschaften zunehmend in den Fokus rücken – etwa hinsichtlich der Verankerung des Islam in Deutschland oder der Rolle und Verantwortung muslimischer Gemeinschaften.
- (3) Prävention und politische Maßnahmen: Ein fundiertes Wissen über die Entstehungsfaktoren von Islamismus und den Wechselwirkungen mit Diskriminierung sowie anderen Extremismusformen wie dem Rechtsextremismus ist essenziell, um wirksame Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Diese reichen von sozialer Integration und politischer Bildung bis zu staatlichen Programmen, die schädliche Radikalisierungsphänomene frühzeitig erkennen und ihnen begegnen sollen.

- (4) Förderung sozialer Kohäsion: Im Islamismus können sich bestehende gesellschaftliche Herausforderungen wie Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus verstärken und verdichten. Eine differenzierte Analyse des Phänomens ist daher unerlässlich, um nicht nur seine Auswirkungen wirksam zu bekämpfen, sondern auch Toleranz, Dialog und gesellschaftliche Resilienz in einer zunehmend polarisierten Welt zu stärken.
- (5) Transnationale und internationale Dimension: Islamistische Netzwerke sind transnational, während Gegenstrategien oft lokal oder national bleiben. Eine bessere internationale Abstimmung kann helfen, islamistische Netzwerke zu verstehen, Radikalisierung zu verhindern und ein starkes demokratisches Fundament zu bewahren. Islamismus ist weit mehr als ein Sicherheitsproblem – das Phänomen greift tief in gesellschaftliche, kulturelle und politische Prozesse ein. Diese Vielfalt der konzeptionellen Zugänge spiegelt der Band wider.

## 2. Begriffsvielfalt, Schnittstellen und Spannungsfelder im Themenfeld Islamismus

Die Begriffe im Kontext von Islamismus, Radikalisierung und Extremismus sind Gegenstand wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten. Diese Vielfalt ist gleichermaßen eine Notwendigkeit, eine Bereicherung und eine Herausforderung.

Ein Beispiel ist der Begriff *radikaler Islam*, der der Förderlinie „Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“ zugrunde liegt. Er wird oft genutzt, um Phänomene im Zusammenhang mit extremistischen Ideologien oder Gewalt zu beschreiben und suggeriert dabei eine klar abgegrenzte, homogene Strömung innerhalb des Islam. Dabei wird die Vielfalt der Religion mit ihren unterschiedlichen Glaubensrichtungen, Praktiken und kulturellen Prägungen häufig übersehen. Zudem vermengt der Begriff religiöse Inhalte mit politischen Ideologien, indem er gewaltbereite Gruppen wie den sogenannten Islamischen Staat (IS) mit konservativen, aber gewaltfreien Strömungen zusammenfasst. Dies birgt die Gefahr, muslimische oder als muslimisch wahrgenommene Personen pauschal zu stigmatisieren (z.B. Hößl et al. 2020, S. 13ff.).

Ein weiteres Problem liegt in der Gleichsetzung von *radikal* mit *extremistisch* oder *gewaltbereit*. Was in einer Gesellschaft als radikal oder extremistisch gilt, kann sich im Laufe der Zeit ändern und wird aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich bewertet. Begriffe wie *extremistisch* sind zudem oft sicherheitsbehördlich geprägt und mit der Einstufung als verfassungsfeindlich verbunden. Auch die Grenzen zwischen Radikalität und Extremismus werden unterschiedlich definiert, und es herrscht in der Forschung keine Einigkeit darüber, ob eine radikale oder extremistische Einstellung zwangsläufig mit Gewaltbereitschaft einhergeht (z.B. Neumann et al. 2018; Daase et al. 2019; Abay Gaspar 2020).

Ursprünglich bedeutet *Radikalität*, gesellschaftliche Probleme an der Wurzel anzugehen. Diese Haltung ist nicht zwangsläufig negativ und kann auch gewaltfrei, demokratisch und zum positiven gesellschaftlichen Wandel beitragen. Der Begriff *radikaler Islam* wird jedoch meist synonym für extremistische oder gewaltorientierte Bewegungen verwendet, wodurch die Grenze zwischen radikalen, aber legalen politischen Ansichten und verfassungsfeindlichen oder terroristischen Aktivitäten verwischt. Somit ist der Begriff *radikaler Islam* sowohl analytisch unzureichend als auch gesellschaftlich problematisch. Er verschleiert die Komplexität der beschriebenen Phänomene und kann zur Förderung islamfeindlicher Einstellungen beitragen, die, wie zahlreiche Studien belegen, in verschiedenen Altersgruppen, Bildungsschichten und politischen Lagern weit verbreitet sind (z.B. Kaddor et al. 2018; Pickel und Pickel 2023).

Im wissenschaftlichen Diskurs wird daher vorgeschlagen, scheinbar präzisere Begriffe wie *Islamismus*, *islamistischer Extremismus* oder *Salafismus* zu verwenden. Islamismus dient dabei als Sammelbegriff für Strömungen, die Gesellschaft und Politik nach vermeintlich islamischen Normen gestalten wollen. Doch auch diese Begriffe sind umstritten und nicht einheitlich definiert. Häufig werden auch Begriffe wie *politischer Islam*, *islamischer Fundamentalismus* oder *Dschihadismus* synonym verwendet, teils überlappend, teils zur Abgrenzung. Dies führt dazu, dass einerseits verschiedene Begriffe für dasselbe Phänomen und andererseits gleiche Begriffe für unterschiedliche Phänomene verwendet werden, was die begriffliche Klarheit erschwert (Damir-Geilsdorf 2023, S. 10).

Hinzu kommt die vielfältige politische Instrumentalisierung dieser Begriffe. Wie *radikaler Islam* wird auch *politischer Islam* in konservativen und islamfeindlichen Diskursen oft verwendet, um das politische Engagement muslimischer Akteur:innen pauschal als Extremismus zu diffamieren. Dabei ist eine präzise Differenzierung essenziell: *Politischer Islam* bezieht sich auf die Vertretung islamischer Werte innerhalb demokratischer Strukturen, *politischer Islamismus* zielt hingegen darauf ab, demokratische Systeme nach religiösen Prinzipien umzugestalten (z.B. Schmidinger 2021; Lenzen 2024). Besonders problematisch ist zudem die pauschale Gleichsetzung von Islamismus mit Gewalt oder Terrorismus. Tatsächlich agieren viele islamistische Gruppierungen gewaltfrei und beschränken sich auf legale politische oder missionarische Aktivitäten.

*Salafismus* ist wiederum eine spezifische Strömung innerhalb des Islamismus, die auf einer wortgetreuen Interpretation des Korans und der Sunna basiert. Innerhalb des Salafismus gibt es unterschiedliche Strömungen, von puristischen Gruppen, die Gewalt ablehnen, bis hin zu dschihadistischen Akteur:innen, die Gewalt als legitimes Mittel betrachten (siehe für eine Übersicht über die verschiedenen Aspekte und Ausprägungen von Salafismus in Deutschland: Biene et al. 2016). In öffentlichen Debatten wird Salafismus oft undifferenziert mit Dschihadismus gleichgesetzt, was die tatsächliche Vielfalt dieser Bewegung verdeckt (Damir-Geilsdorf 2023, S. 25).

Unter *Dschihadismus* wird eine ideologische Strömung verstanden, die den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung einer islamischen gesellschaftlichen und politischen Ordnung zur religiösen Pflicht erhebt. Die Gewalt kann sich gegen eine als fremde Besatzung wahrgenommene nicht-muslimische Herrschaft richten, gegen Politiker:innen in mehrheitlich muslimischen Ländern, die als vom Islam „abgefallen“ gelten, oder global gegen vermeintliche „Feinde des Islam“, wie es etwa bei Gruppierungen wie dem IS oder auch Al-Qaida der Fall ist. Aufgrund ihres exklusiven Verständnisses des Islam betrachten Dschihadist:innen oft auch andere Muslim:innen als Ungläubige und zählen sie zu ihren Feinden (ebd., S. 18 f.).

Es ist wichtig zu beachten, dass es in all diesen Kategorien sowohl ideologische als auch strategische Überschneidungen geben kann. Dschihadistische Gruppen, die sich durch ihre Befürwortung von Gewalt auszeichnen, können aus strategischen Überlegungen zeitweise auf Gewalt verzichten, wodurch sie für Sicherheitsbehörden schwer einzuordnen sind. Die Zuordnung bestimmter Gruppierungen und Organisationen zu diesen Unterkategorien des Islamismus ist daher oft weniger eindeutig als sie scheint (ebd.).

Auch die Phänomene *Radikalisierung* und (islamistischer) *Extremismus* stehen zwar in einem engen, jedoch nicht zwangsläufig linearen Zusammenhang. Während Radikalisierung als Prozess verstanden wird, in dem Individuen oder Gruppen zunehmend extreme Überzeugungen und Verhaltensweisen entwickeln, beschreibt Extremismus die manifeste Ablehnung demokratischer Grundwerte und die Befürwortung oder Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ideologischer Ziele (z.B. Neumann 2013). Die Schnittstelle zwischen beiden Phänomenen liegt vor allem in der Frage, ab wann Radikalisierung in Extremismus übergeht, denn nicht jede Radikalisierung führt zwangsläufig zu Extremismus oder Gewalt.

Eine weitere Schnittstelle, die zur Komplexität beiträgt, ergibt sich zwischen verschiedenen Phänomenbereichen, etwa islamistischem Extremismus und Rechtsextremismus. Obwohl die ideologischen Hintergründe dieser beiden Phänomene unterschiedlich sind, zeigen sich in den Einflussfaktoren und Mechanismen in den Radikalisierungsprozessen oft Parallelen. Dazu zählen etwa soziale Isolation, das Bedürfnis nach Zugehörigkeit oder die Attraktivität einfacher Antworten auf komplexe gesellschaftliche Fragen (zu den einzelnen Faktoren siehe z.B. Srowig et al. 2018; Schneider 2023). Diese Gemeinsamkeiten eröffnen die Möglichkeit, übergreifende Präventionsstrategien zu entwickeln, die sich auf die individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Faktoren von Radikalisierung konzentrieren. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, die spezifischen Eigenheiten und Dynamiken der jeweiligen Phänomenbereiche nicht zu vernachlässigen (z.B. Freiheit et al. 2021).

Darüber hinaus spielen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen eine zentrale Rolle in der Dynamik von Radikalisierungsprozessen. So rechtfertigen islamistische Akteur:innen ihre Ideologie häufig mit dem Verweis auf einen vermeintlichen anti-muslimischen „Kreuzzug“, die Diskriminierung von Muslim:innen oder einen „Krieg gegen den Islam“. Rechtsextreme Akteur:innen rechtfertigen ihre Taten wiederum mit einer angeblichen „Islamisierung“ der Gesellschaft und einer damit assoziierten

Sicherheitsbedrohung. Diese gegenseitigen Feindbildkonstruktionen und die daraus resultierende Eskalation können zu Prozessen der Co-Radikalisierung führen, bei denen sich beide Seiten wechselseitig verstärken.

Die Schnittstelle zwischen Versicherheitlichung und Stigmatisierung bildet einen weiteren zentralen Aspekt in der Auseinandersetzung mit Radikalisierung und Islamismus. Die Versicherheitlichung, also die Fokussierung auf Sicherheitsmaßnahmen und die Einordnung von Radikalisierung als Sicherheitsproblem, kann zu einer erhöhten Überwachung und Kontrolle bestimmter Bevölkerungsgruppen führen. Dies birgt die Gefahr, dass vor allem muslimische oder als muslimisch wahrgenommene Menschen pauschal unter Generalverdacht gestellt werden, was Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung erhöht (Bakali und Hafez 2022). Solche Prozesse können wiederum Radikalisierung fördern, da sie das Gefühl von Ungerechtigkeit und Marginalisierung verstärken.

Die unterschiedlichen Begriffe und Perspektiven auf Radikalisierung, Extremismus und Islamismus verdeutlichen die Komplexität dieser Thematik. Ein präziser Umgang mit diesen Begriffen ist entscheidend, um analytische Klarheit zu schaffen und pauschale Verurteilungen zu vermeiden. Insbesondere die pauschale Verwendung von Labels wie *Islamismus* oder *politischer* bzw. *radikaler Islam* kann zu einer undifferenzierten Gleichsetzung sehr unterschiedlicher Personen und Gruppen führen. Es wäre aber auch keine Lösung, die Selbstbezeichnungen von Gruppen unabhängig von ihrer Ideologie und religiösen Praxis ungeprüft zu übernehmen. Insbesondere gewaltbereite Gruppierungen nutzen häufig „neutrale“ Substantive oder Adjektive in ihren Namen wie *islamisch* oder *Muslime*, um ihre ideologischen Ziele zu verschleiern (Damir-Geilsdorf 2023, S. 18).

Für die Begriffsdebatten kann es folglich keine einfache Lösung geben, denn genauso wenig wie es „den“ Islam gibt, gibt es „den“ Islamismus. Dennoch sind klare Kategorisierungen notwendig, um analytische Konsistenz und Transparenz in Forschung, Politik und Medien zu gewährleisten. Ein sorgfältiger Umgang mit der Begrifflichkeit ist essenziell, um die ideologische und strategische Ausrichtung von Akteur:innen, die als islamistisch bezeichnet werden, differenziert zu analysieren. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, nicht nur zu klären, welche Definitionen von welchen Akteur:innen in welchem Kontext verwendet werden und aus welchen Motiven heraus dies geschieht, sondern auch die spezifischen Dynamiken und Nuancen einzelner Bewegungen zu berücksichtigen.

### 3. Kerninhalte des Sammelbandes

Die Autor:innen der Beiträge des Sammelbandes verfolgen ein breites und differenziertes Verständnis der Begriffe Radikalisierung, Extremismus, Islamismus und damit zusammenhängender Prävention und Intervention. Die im Band verwendeten Begriffe und Definitionen sind dabei das Resultat langer und intensiver Diskussionsprozesse der Autor:innen; sie sind in erster Linie als Arbeitsdefinitionen und gemeinsame Basis des Verstehens zu sehen.

Der Band gliedert sich in zwölf Kapitel, die zentrale Fragestellungen zu Islamismus, Radikalisierung, gesellschaftlicher Polarisierung, Prävention sowie den Wechselwirkungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteur:innen thematisieren. Die Beiträge bilden die Ergebnisse mehrjähriger trans- und interdisziplinärer Forschung zum komplexen Phänomenfeld Islamismus in Deutschland und Europa ab. Darüber hinaus bieten sie wertvolle Impulse für den präventionspraktischen, politischen und wissenschaftlichen Umgang mit den damit verbundenen Herausforderungen.

Die ersten Kapitel widmen sich grundlegenden Dynamiken im Phänomenfeld Islamismus. Sie analysieren sicherheits- und gesellschaftspolitische Entwicklungen, öffentliche Debatten und mediale Diskurse sowie deren Auswirkungen auf Polarisierungs- und Spaltungsprozesse, die bis hin zu Radikalisierung führen können.

Im Anschluss daran rücken die Erfahrungen Betroffener in den Fokus. Dazu zählen beispielsweise die Erlebnisse von Jüdinnen und Juden mit muslimischem Antisemitismus sowie die Erfahrungen von Muslim:innen mit Diskriminierung, staatlicher Regulierung und antimuslimischem Rassismus.



Folgend stehen auch religionswissenschaftliche und religionssoziologische Aspekte des Phänomens im Fokus. So analysieren die Beiträge Predigten und religiöse Diskurse im gesellschaftshistorischen Kontext und beleuchten die Rolle der Religion in der Verarbeitung von Kränkungen, die in Radikalisierung münden können.

In den darauffolgenden Kapiteln werden weitere mögliche Faktoren von Radikalisierungsprozessen betrachtet, darunter soziale, räumliche und affektive Einflüsse. Es schließen sich Analysen der Rolle von Kommunikation vonseiten verschiedener Akteur:innen an, z.B. der Strategien islamistischer Akteur:innen im digitalen Raum oder der Kommunikationsstrategien muslimischer Organisationen nach Anschlagereignissen.

Die abschließenden Kapitel richten den Blick auf den Sozial- und Bildungssektor. Sie thematisieren unter anderem Schule als Aushandlungsraum für soziale, kulturelle und religiöse Fragestellungen. Dabei werden die strukturellen und praktischen Bedingungen für die Prävention und Abwendung islamistischer Radikalisierung sowie die damit einhergehenden Herausforderungen pädagogischer und sozialarbeiterischer Fachkräfte untersucht.

#### **4. Empfehlungen und Handlungsoptionen**

Die Erkenntnisse des Bandes zeigen, dass die Herausforderungen im Umgang mit Islamismus und Radikalisierung nur durch ein integratives und interdisziplinäres Vorgehen bewältigt werden können. Erforderlich sind Bildungsmaßnahmen, politische und öffentliche Sensibilisierung, stärkere Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen sowie die aktive Einbindung muslimischer Communities.

#### **Prävention muss vernetzt gedacht, die Zivilgesellschaft muss gestärkt und Forschungsstrukturen müssen gefestigt werden:**

Trotz zahlreicher Förderinitiativen fehlen langfristige, vernetzte Forschungsstrukturen. Der Forschungsetat bleibt im Vergleich zu anderen Bereichen gering, was den Aufbau von Kontinuität erschwert. Langfristige Panel- und Entwicklungsstudien über zehn Jahre sind notwendig, um Radikalisierungsprozesse, muslimische Identitäten, Alltagserfahrungen und transnationale Einflüsse empirisch zu untersuchen. Eine transparente Nutzung sicherheitsbehördlicher Daten unter Einhaltung rechtlicher und ethischer Standards ist dabei essenziell. Notwendig ist zudem eine stärkere Vernetzung der Forschung und innovative Formate, die Prävention und Kommunikation verbinden. Dies beginnt mit mehr Sensibilität in politischer und wissenschaftlicher Kommunikation und sollte nicht durch kurzfristige politische Agenden verengt werden.

Wirksame Präventionsstrategien setzen an Orten an, wo Menschen zusammenkommen: Schulen, Jugendgruppen, Arbeitsplätze, Universitäten sowie soziale Medien. Aufsuchende Prävention und sozialpädagogische Arbeit erreichen Individuen direkt in ihrem Lebensumfeld. Demokratie- und Toleranztrainings sollten ausgebaut werden, um Radikalisierung vorzubeugen und Stigmatisierung zu vermeiden. Denn immer mehr junge Menschen wachsen in demokratiedistanzierten oder extremistischen Milieus auf. Viele Studien dieses Bandes zeigen, dass problematische Radikalisierungsprozesse oft lokal und in digitalen Netzwerken entstehen. Prävention muss daher lokal gut vernetzte und digitale Angebote schaffen. Jugendhilfe, Schulen und Vereine spielen hier eine zentrale Rolle. Entsprechend sind dauerhaft finanzierte Strukturen und Vertrauen in lokale Präventionsarbeit essenziell. Kommunen und Länder benötigen mehr Autonomie, Ressourcen und Vernetzung. Trotz föderaler Herausforderungen ist dies für wirksame Prävention unerlässlich.

#### **Die transnationale Dimension des Phänomens Islamismus muss aktiv einbezogen werden:**

Radikalisierungsphänomene sind mit Migrationsbewegungen, Klimafolgen, wirtschaftlichen Krisen und neuen Informationsstrukturen verknüpft. Daher ist umfassende Forschung zum Zusammenspiel globaler, transnationaler, nationaler und lokaler Prozesse notwendig – auch unter Einbezug außereuropäischer Perspektiven. Gleichzeitig bedarf es differenzierter Kommunikation und eines offenen Dialogs, der Menschen unterschiedlicher religiöser, kultureller und politischer Hintergründe integriert. Dazu gehört interreligiöser Austausch, etwa zwischen Musliminnen und Muslimen und Jüdinnen und Juden, ebenso wie ein innermuslimischer Diskurs, der die Vielfalt islamischer Gemeinschaften anerkennt. Diese Vielfalt sollte sich auch in Bildungs- und Unterrichtsmaterialien widerspiegeln.

### Eine intensive politische und soziale Bildung ist die Grundlage wirksamer Prävention:

Schulbuchtexte und Unterrichtsmaterialien sollten gesellschaftliche und politische Selbstwirksamkeit fördern. Themen wie Radikalisierungsprävention, Interkulturalität, Demokratieförderung und Antirassismusbearbeitung sollten stärker in Lehramts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen verankert werden. Ziel ist es, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte darauf vorzubereiten, Strategien zu entwickeln, die die Lebenswelt junger Menschen einbeziehen und interkulturelle Verständigung fördern. Diskriminierende Strukturen sollten abgebaut und muslimische Erfahrungen ernst genommen werden.

Interkulturelle und interreligiöse Freundschaften sowie außerschulische Begegnungen bauen Vorurteile ab und stärken soziale Kompetenzen. Präventionsprojekte sollten muslimische Lebensrealitäten stärker berücksichtigen und Angebote schaffen, die gesellschaftliche Verständigung und Demokratiefähigkeit fördern. Politische Bildungs- und Kulturprogramme benötigen eine kontinuierliche und ausreichende finanzielle Ausstattung, um eine plurale Gesellschaft zu stärken. Räume für demokratisches Engagement – auch in migrantischer und muslimischer Selbstorganisation – sollten erhalten und ausgebaut werden.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen braucht es gut geschultes pädagogisches Personal. Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen und andere Fachkräfte benötigen gezielte Fortbildungen zu Radikalisierungsprävention, interkulturellen Konflikten und Diskriminierung. Themen wie interkulturelle Kompetenz, Anti-Diskriminierung und Beziehungsarbeit sollten fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung sein. Dies stärkt die Handlungssicherheit im Umgang mit religiösen Konflikten und ermöglicht es, Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen und professionell zu begleiten. Eine engere Anbindung an die Disziplinen der Sozialen Arbeit und Pädagogik kann zur weiteren Professionalisierung beitragen. Beratungsstrukturen für pädagogisches Personal sollten ausgebaut werden. ■

### Literatur

- Abay Gaspar, H. (2020). *Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/lernen/bewegtbild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313920/abgrenzung-von-extremismus-radikalismus-und-radikalisierung>. [Zugegriffen: 18.01.2025].
- Bakali, N., & Hafez, F. (Eds.). (2022). *The rise of global Islamophobia in the war on terror: Coloniality, race, and Islam*. Manchester University Press.
- Biene, Janusz; Daase, Christopher; Junk, Julian; Müller, Harald (2016): *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*, Frankfurt am Main: Campus.
- Brost, L., Kahl, M., Morgenstern, T. & Sold, M. (2022). *Islamismus und islamistischer Terrorismus in Deutschland seit 2001. Aktivitäten – Strukturen – Merkmale. Research Report, #011*.
- Daase, Christopher; Deitelhoff, Nicole; Junk, Julian (2019): *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Damir-Geilsdorf, S. (2023). *Islamismus – Eine Einführung*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.
- Freiheit, M., Uhl, A. & Zick, A. (2021). Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention – Perspektiven aus Praxis und Forschung. In MAPEX-Forschungsverbund (Hrsg.), *Radikalisierungsprävention in Deutschland. Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit Islamistischer Radikalisierung* (S. 223–266). Osnabrück/Bielefeld.
- Höfl, S. E., Jamal, L. & Schellenberg, F. (2020): Einleitung. In S. E. Höfl, L. Jamal & F. Schellenberg (Hrsg.), *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus* (S. 12–16). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kaddor, L., Karabulut, A., & Pfaff, N. (2018). „... man denkt immer sofort an Islamismus“ –Islamfeindlichkeit im Jugendalter. <https://islam-feindlichkeit.de/wp-content/uploads/2020/04/UDE-01-IFIJ-PUBLIKATION-10-WEB.pdf>. [Zugegriffen: 18.01.2025].
- Lenzen, R. (2024). Comparative summary. In T. Jäger & R. Thiele (Eds.), *Handbook of political Islam in Europe*. Springer Handbooks of Political Science and International Relations. Springer, Cham. [https://doi.org/10.1007/978-3-031-46173-6\\_37](https://doi.org/10.1007/978-3-031-46173-6_37).
- Neumann, P. (2013). Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63, 29–31, 3–10.
- Neumann, P., Winter, C., Meleagrou-Hitchens, A., Ranstorp, M. & Vidino, L. (2018). *Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung*. PRIF Report, 10, Frankfurt/M.
- Pickel, S., & Pickel, G. (2023). Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und

- Post-Adoleszenten. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 1–29). Springer.
- Schmidinger, T. (2021). Zwischen Analyse, Instrumentalisierung und Praxistauglichkeit. Zur Begriffsdebatte um „Islamismus“, „islamistischen Separatismus“ und „Politischen Islam“. *Ufuq.de*, 29.01.2021. <https://www.ufuq.de/aktuelles/zwischen-analyse-instrumentalisierung-und-praxistauglichkeit-zur-begriffsdebatte-um-islamismus-islamistischen-separatismus-und-politischen-islam>. [Zugegriffen: 18.01.2025].
- Schneider, V. (2023). Was Expert: innen sagen. Betrachtungen des Forschungsfeldes Radikalisierung. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 31–74). Springer.
- Srowig, F., Roth, V., Pisiou, D., Seewald, K., & Zick, A. (2018). *Radikalisierung von Individuen: ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze*. PRIF Report, 6, Frankfurt/M.

# Kapitel 2: Kein Mensch wacht morgens auf und ist plötzlich radikal. Warum radikalisieren sich Menschen?

## Bedingungen und Auswirkungen von Co-Radikalisierungsprozessen

*Susanne Pickel (Projekt RIRA)*

### 1. Hintergrund

In diversen Medien wird meist erst über Radikalisierungsprozesse berichtet, wenn sie in Extremismus umgeschlagen sind, wenn also bspw. ein meist männlicher Täter eine Gewalttat verübt hat. Erklärt wird die Radikalisierung dann häufig mit der Sozialisation des Attentäters, seinem Konsum bestimmter (sozialer) Medien oder der Herkunft des Extremisten und in der Folge – vielleicht – mit dem ideologischen Hintergrund seiner Handlungen (Abay Gaspar et al. 2019, S. 17). Dabei ist gerade die ideologische Überzeugung für den letztendlichen Angriff zentral, denn dieser gilt nicht nur – vielleicht nicht einmal in erster Linie – den Menschen, die getötet werden, sondern in der Regel auch der jeweiligen Gesellschaft und ihren Norm- und Wertvorstellungen. Gewalt von Seiten völkischer und islamistischer Extremist:innen ist in der Regel eine Kriegserklärung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Um genauer erklären zu können, warum sich Menschen radikalieren, müssen verschiedene Fragen beantwortet werden: Was bedeutet eigentlich Radikalisierung? In welchem Verhältnis steht sie zum Extremismus? Welche Rolle spielen Gewalt und Gewaltanwendung in Radikalisierungsprozessen? Welche Rolle spielt die Einbindung in soziale Gruppen bei der Radikalisierung? Und spätestens, seit Ebner (2017) gezeigt hat, dass die Radikalisierung von Gruppen nicht vollständig unabhängig voneinander erfolgt, muss auch danach gefragt werden, was der extremistische Islamismus mit dem Rechtsextremismus zu tun hat und ob und wie sich die Radikalisierungsprozesse in beide Extremismen gegenseitig befeuern.

Auslöser für Radikalisierungsprozesse ist meist ein sozialer oder individueller Bedeutungsverlust. Der Mensch hat den Eindruck, die Kontrolle über sein Leben zu verlieren (Fritsche et al. 2024). Das Gefühl, nicht selbst über das eigene Leben bestimmen zu können, marginalisiert, „herumgeschubst“, gemobbt, nicht ernst genommen oder als Person bzw. als Angehörige:r einer Gruppe nicht wahrgenommen zu werden, wird zur dominierenden Wahrnehmung der individuellen Lebenswelt (ebd. 2011).

Die in Teilen erfolgreiche Diskursverschiebung der autoritären Rechten hat Vorurteile, Hass und Hetze gegen Migrant:innen befördert und Menschen für islam- und muslimfeindliche Feindbilder empfänglich gemacht (Pickel et al. 2023; Pickel und Öztürk 2022; Öztürk und Pickel 2021; Pickel 2024a, 2024b; Spielhaus 2011; Strabac und Listhaug 2007). Ausgrenzende Identitätskonstruktionen und Bedrohungswahrnehmungen sind eine Grundlage für antimuslimische Feindbilder. Bedrohungsgefühle gehen mit der Wahrnehmung einher, dass sich das Individuum seiner persönlichen und die gesellschaftlichen Gruppen ihrer sozialen Kontrolle beraubt fühlen. Sie sind bemüht, diese über ein gruppenbasiertes „Wir“-Denken (Turner et al. 1987; Fritsche 2022) in Abgrenzung von „Fremd“-Gruppen wiederherzustellen.

Islamistische Radikalisierungsprozesse weisen Ähnlichkeiten dazu auf, haben jedoch ihre eigenen Besonderheiten: Erlebnisse von Ablehnung, Abwertung, Diskriminierung und rassistischer Gewalt sowie die Sorge vor einer Wiederholung dieser Ereignisse, vielleicht noch im Zusammenhang mit Gewalterfahrungen, rufen das Bedürfnis nach Wiederherstellung von kollektiver und individueller Anerkennung und der Wiedererlangung von persönlicher und sozialer Kontrolle hervor (Kruglanski et al. 2019; Fritsche 2022). Die stärkere Betonung der Eigengruppenzugehörigkeit kann über den Rückzug in die muslimische Community und eine fundamentalistische Auslegung des Islam erfolgen und steigert somit in Teilen der migrantischen Communities die Attraktivität islamistischer Angebote (Aydin et al. 2010; Verkuyten 2018).

Die Referenz auf andere, abgelehnte Gruppen, kann also Radikalisierung bestärken. Radikalisierungsprozesse lassen sich dann als Spirale vorstellen, die sich zwischen zwei sich in politischer Ideologie oder Religionsüberzeugung diametral gegenüberstehenden Gruppen entwickelt.

Das Projekt „Radikaler Islam vs. radikaler Anti-Islam“ (RIRA) hat rechte und islamistische Radikalität untersucht und die Wege der Radikalisierung anhand unterschiedlicher empirischer Methoden beleuchtet. Die zentrale Forschungsfrage lautete: Lässt sich eine Spirale der Radikalisierung identifizieren, die auf ein negatives gesellschaftliches Grundklima aufsetzt und sich über Eskalationsstufen zu einer Radikalität islamischer und anti-islamischer Gesellschaftsgruppen steigert?

## 2. Methodik

Für die Analyse wurde in Kooperation mit der *Leipziger Autoritarismus Studie* (LAS) zwischen Anfang März und Ende Mai 2022 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt, in der 2.522 Personen Auskunft zu ihren Einstellungen gaben. Die Befragung umfasste Einstellungen zu Autoritarismus, Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Muslim:innenfeindlichkeit und zur politischen Kultur.

Zum Vergleich von Muslim:innen und Nicht-Muslim:innen wurde im zweiten Halbjahr 2022 eine Stichprobe aus der in Deutschland lebenden muslimischen Bevölkerung gezogen. Die 607 Befragten beantworteten die o.g. Einstellungsfragen sowie spezifische Fragen zu Diskriminierungserfahrungen und Glaubensüberzeugungen. Die Stichprobe kann nicht als repräsentativ für alle in Deutschland lebenden Muslim:innen betrachtet werden, da eine vollständige statistische Erfassung der Grundgesamtheit nicht vorliegt. Obwohl durch einen Quotenplan und verschiedene Rekrutierungsmethoden eine möglichst breite Abdeckung angestrebt wurde, bleibt die Generalisierbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt. Die erhobenen Daten geben vor allem die Ansichten und Erfahrungen der tatsächlich befragten Teilgruppe wieder und lassen sich nicht ohne Weiteres auf die gesamte muslimische Bevölkerung in Deutschland übertragen.

In einer weiteren Untersuchung wurden Lehrkräfte zur Wahrnehmung religiöser und politischer Einstellungen und Verhalten von Schüler:innen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Einstellungen befragt. Hierzu wurde im Dezember 2023 eine Online-Umfrage unter 405 Lehrkräften in Deutschland durchgeführt.

Zudem wurde analysiert, wie der Islam in Schulbüchern dargestellt wird. Schulbücher sind in diesem Zusammenhang deshalb relevant, weil sie mitprägen, wie Muslim:innen wahrgenommen werden und somit das gesellschaftliche Grundklima beeinflussen.

Basierend auf verschiedenen weiteren Erhebungen, z.B. Gruppendiskussionen und Interviews zu Radikalisierungsmotiven, Interviews mit Sozialarbeiter:innen und Präventionspraktiker:innen sowie Fallbearbeitungen in der Präventionsarbeit, wurden Erkenntnisse zum Umgang mit abweichendem Verhalten abgeleitet sowie vielfältige zielgruppenspezifische, ressourcen- und bedarfsorientierte Präventionstools entwickelt. Diese umfassen u.a. Maßnahmen zur Stärkung der Diskurskompetenz und Widerstandskraft gegenüber radikalen Einflüssen, zur Demokratiebildung und Verhinderung von Radikalisierung im Klassenzimmer sowie zur Förderung des Verständnisses und der Integration des Islam im Religionsunterricht.

## 3. Hauptergebnisse

### Radikalisierungsspirale

#### a. Radikaler Islam

Die Diskriminierungswahrnehmung von Muslim:innen kann zu einem Rückzug in die eigene Gruppe und der Hinwendung zu radikalen Religionsauslegungen führen. Dabei ist die Angst vor Diskriminierung durch Nicht-Muslim:innen weit verbreitet: Ca. 40% der Befragten sorgen sich vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt. Diese Angst ist nicht aus der Luft gegriffen, ca. 45% der befragten Muslim:innen geben an, bereits aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit diskriminiert worden zu sein. Als rechtsextrem (34%) oder als nicht-muslimisch Gelesene (41%) werden als größte Gruppen diskriminierender Personen genannt. Auch öffentliche Behörden

werden häufig als diskriminierend wahrgenommen. Wurden Menschen bereits diskriminiert, haben sie Angst vor weiterer Diskriminierung. Es kommt dabei aber nicht auf die diskriminierenden Personen, sondern auf die Tatsache der Diskriminierung an. Durch sie wird das Bewusstsein geschärft, zu einer eigenen, von der Mehrheitsgesellschaft verschiedenen Gruppe zu gehören. Dann wird ein indirekter Effekt bedeutsam – Diskriminierung, insbesondere in Institutionen, hängt in hohem Maße mit dem Gefühl zusammen, die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren. Identifizieren sich die Diskriminierten auf der Suche nach individueller Bedeutsamkeit stark mit der eigenen Gruppe und verstärken sie die Abgrenzung gegenüber Fremdgruppen, dann ist ein Stadium im Radikalisierungsprozess erreicht, aus dem man nicht mehr so einfach ausbrechen kann.

Die Befragungsdaten zeigen, dass die Konsequenzen dieser Erfahrungen bei vielen muslimischen Menschen mit einem Rückzug in die eigene Gruppe und der Hinwendung zu fundamentalistischer Religionspraktik, mit der Ausbildung von Feindbildern, (z.B. gegenüber der jüdischen Bevölkerung), mit einer Abwendung von der Demokratie und radikalen Einstellungen zusammenhängen:

Fast zwei Drittel der Befragten identifizieren sich mit der Gruppe der Muslim:innen. Ca. die Hälfte der Befragten hält den Islam für die einzig wahre Religion und stellt den Koran für sich persönlich über deutsche Gesetze. Etwa ein Drittel glaubt, dass nur der Islam die gegenwärtigen Probleme lösen kann oder wünscht sich eine Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten. Fast 40% der befragten Muslim:innen halten Jüdinnen und Juden für hinterhältig, eigentümlich oder zu einflussreich und lehnen sie daher ab (Öztürk und Pickel 2023). Knapp zwei Drittel akzeptieren autokratische Beschränkungen der Demokratie. Sie kombinieren ihr Legitimitätsgefühl gegenüber der Demokratie („Demokratie passt am besten zu unserer Gesellschaft“) mit Führersehnsucht oder dem Wunsch nach einem völkischen Einparteiensystem oder sehen eine Diktatur unter Umständen als bessere Staatsform an. Ca. 11% der Befragten wären im letzten Schritt der Radikalität bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen und Bedürfnisse Gewalt zu akzeptieren oder anzuwenden

Anschließende Analysen zeigen: Die Gruppenzugehörigkeit verstärkt die eigene soziale Bedeutung und das Bedrohungsgefühl wird im religiösen Fundamentalismus und in der (aktiven) Gewaltbereitschaft überwunden. Religiöser Fundamentalismus begünstigt zudem feindliche Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden. Diese werden zusätzlich durch Faktoren wie die Bedeutung der eigenen Gruppenzugehörigkeit, ein Gefühl des Kontrollverlusts, autoritäre Denkmuster, Verschwörungsmentalität und soziale Dominanzorientierungen verstärkt. Systemfeindliche Einstellungsmuster treten insbesondere dann verstärkt auf, wenn gleichzeitig tradierte antisemitische Überzeugungen erkennbar sind.

Die Analysen zeigen zugleich, dass Diskriminierungserfahrungen nicht unmittelbar zu Radikalität führen. Sie stärken jedoch das Gefühl der Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe, was wiederum direkte und indirekte Auswirkungen auf radikale Einstellungen haben kann.

## b. Radikaler Anti-Islam

Auf der Seite der radikalen Anti-Muslim:innen, der v.a. über rechtsextremistische Einstellungen erfasst wurde, lassen sich ähnliche Zusammenhänge nachweisen, die allerdings nicht auf Diskriminierung aufsetzen, sondern auf Bedrohungswahrnehmungen durch den Islam und der Sorge vor islamistischer Gewalt. Bedrohungswahrnehmungen und anti-islamische Einstellungen sind jedoch nicht dem Rechtsextremismus vorbehalten, sondern in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet.

In der nicht-muslimischen Bevölkerung ist häufig ein Bedrohungsempfinden vorzufinden, das mit einer Islamismuszuschreibung sowie Chauvinismus und Nationalismus einhergeht. Ca. 30% der nicht-muslimischen Befragten geben an, sich durch „den Islam“ bedroht zu fühlen. Fast die Hälfte hält Muslim:innen für bedrohlich, fast 40% identifiziert sich mit Menschen, die dem Islam kritisch gegenüberstehen und gut 20% haben Sorge, Opfer islamistischer Gewalt zu werden. Die Zugehörigkeit zur Eigengruppe wird betont, Muslim:innen als Fremdgruppe betrachtet. Ca. 44% der Nicht-Muslim:innen halten Muslim:innen generell für Islamist:innen, die die *Scharia* in Deutschland einführen und den Westen islamisieren wollen (ca. 45%). Sie glauben außerdem, dass muslimische Jugendliche mit dem islamistischen Terror sympathisieren (ca. 42%). Die Wahrnehmung von Muslim:innen als Islamist:innen schwimmt hier mit der Wahrnehmung des Islam in Deutschland.



Ca. 41% wollen dem Bedrohungsgefühl durch nationale Stärke begegnen, indem man Deutschland Macht und Geltung verschafft (20% stimmen zu, 30% teils/teils), deutsche Interessen hart und energisch durchsetzt (30%/20%) und ein starkes Nationalgefühl fördern möchte (30%/30%). Etwa die Hälfte der Nicht-Muslim:innen ist dafür bereit, Einschränkungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung hinzunehmen. Etwas mehr als 80% schätzen die Demokratie als am besten zu unserer Gesellschaft passende politische Ordnung ein. Besonders ein völkisches Ein-Parteien-Regime (15%/25%), aber auch ein starker Führer (7%/15%) oder eine Diktatur (5%/12%) sind für einen Teil der Nicht-Muslim:innen vorstellbar oder gar wünschenswert.

Gewalt gegenüber Muslim:innen akzeptieren ca. 4%. Sie halten Gewalt für notwendig, um einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen (ca. 12%), haben Verständnis für gewalttätige Islamkritiker:innen (7%) und würden auch bei Gesetzesbrüchen an islamkritischen Demonstrationen teilnehmen (4%).

Weiterführende Analysen zeigen: Je höher die Bedeutung ist, die der Eigengruppenzugehörigkeit zugeschrieben wird, desto häufiger kommt es unter Nicht-Muslim:innen zu einer Zuschreibung von Islamismus für alle Muslim:innen. Je stärker die Zuschreibung ist, desto eher werden chauvinistische Einstellungen eingenommen, und je stärker diese Haltungen ausgeprägt sind, desto häufiger werden auch systemfeindliche Einstellungen vertreten. Diese hängen wiederum eng mit radikalen Einstellungen wie Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zusammen.

### Lehrkräftebefragung

Immerhin 15–22% der Lehrkräfte nehmen Diskriminierungen von muslimischen Schüler:innen wahr oder sehen, dass sie unter der allgemeinen Islamfeindlichkeit leiden. Bereits an den Schulen finden sich also Hinweise auf Diskriminierungserfahrungen, die zum Rückzug in die Eigengruppe führen und einen Einstieg in Radikalisierungsprozesse bedeuten können.

Gleichzeitig sehen Lehrkräfte durchaus Probleme im Verhältnis muslimischer und nicht-muslimischer Schüler:innen. 29% berichten, dass sich muslimische und nicht-muslimische Schüler:innen gegenseitig aufschaukeln und immerhin ein Drittel glaubt, ein Überlegenheitsgefühl muslimischer Schüler:innen gegenüber nicht-muslimischen Schüler:innen zu erkennen. 38% der Lehrkräfte denken, dass einige ihrer Schüler:innen fundamentalistisch-christliche Überzeugungen aus dem Elternhaus mitbringen. Bei muslimischen Schüler:innen vermuten Vergleichbares schon 65%. Auch bei rechtsextremen Einstellungen sehen 59% der Lehrkräfte einen Transfer aus dem Elternhaus in die Schule. Allerdings haben nur 7% der Lehrkräfte häufiger Streit zwischen Muslim:innen und rechts denkenden Schüler:innen wahrgenommen. Ca. jede zehnte Lehrkraft hat öfter Konflikte, die religiös begründet werden, oder solche über die Religionsauslegung erlebt.

Bedenklich ist die Feststellung von 59% der Lehrkräfte, dass ihre Schüler:innen maximal ansatzweise wissen, was Demokratie ist und wie sie funktioniert.

Die Einschätzungen der Lehrkräfte hängen auch mit den eigenen Einstellungsstrukturen gegenüber dem Islam zusammen. Sind diese eher negativ, dann nehmen auch protektive Einstellungen ab. Entsprechend reduziert sich unter Lehrkräften mit muslimfeindlichen Einstellungen die Überzeugung, dass muslimische Schüler:innen unter der allgemeinen Islamfeindlichkeit leiden, auf die Hälfte (11%).

Allgemein wird ein beachtlicher Fortbildungsbedarf bei den Themen Rechtsextremismus und islamistische Radikalisierung gesehen. Auch eine stärkere Behandlung des Islam im Unterricht wird von knapp mehr als der Hälfte der Lehrkräfte gewünscht. Das beliebteste Informationsmaterial sind kurze Broschüren (63%) und Präventionsangebote zu islamistischer (51%) und rechtsextremer (43%) Radikalisierung.

### Schulbuchanalyse

Analysen von Shalaby und Spielhaus (2023, S. 328) zeigen, dass insbesondere drei Themenkomplexe den Kontext für eine Besprechung des Islam im Schulunterricht bilden: Am häufigsten wird der Islam im Rahmen der (1) Demokratiebildung, innerhalb der Thematik (2) Sicherheit und Frieden, genauer der Menschenrechte, der Kriege und der bewaffneten Konflikte und des globalen Friedens, sowie im Themenfeld (3) Migration und

Vielfalt besprochen. Hierbei werden häufig Beispiele gewählt, die den Islam im Kontext von religiösem Extremismus, Salafismus oder islamisch motiviertem Terrorismus darstellen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, der Islam als Religion sei mit dem politischen oder extremistischen Islam gleichzusetzen.

Im Kontext von Extremismus und Terrorismus wird oft Bezug auf die Herkunft von Islamist:innen genommen, der Islam als *Clash of Civilizations* oder als Gefahr für die Demokratie dargestellt (Shalaby und Spielhaus 2023). Negativbeispiele zeigen eine Auffassung vom Islam als gewalttätiger, kompromissloser Religion. In diesen Fällen werden in den Schulbüchern Bedrohungslagen am Beispiel „Religiöser Extremismus: Islamismus“ illustriert.

#### 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Wann wacht der Mensch also morgens auf und ist radikal? Vor allem dann, wenn er Angst hat und glaubt, die Kontrolle über sein Leben verloren zu haben; wenn er dann zu einer Gruppe gehen kann, die ihn wohlwollend aufnimmt und in seinem Selbstwertgefühl bestärkt; wenn er dort eine Erzählung aufnehmen kann, die die Bedeutung der Eigengruppe und ihrer Werte und Normen betont, andere Gruppen aber abgrenzt und deren Gleichwertigkeit infrage stellt; wenn er ein entsprechendes Feindbild und eine Dominanz der Eigengruppe über andere Gesellschaftsgruppen entwickelt sowie autoritäre Überzeugungen pflegt und daraus eine Demokratiefindlichkeit entsteht; und wenn er Sehnsucht nach einem starken Führer empfindet, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass dieser Mensch am Morgen aufwacht und gewaltbereit und radikal ist.

Prävention und Sozialarbeit sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen – innerhalb und außerhalb von Schulen. Gutes Zusammenleben gibt es nur über Anerkennung, Wertschätzung und Respekt einer Koexistenz der Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft. Wirksame Strategien funktionieren in der Regel wie aufsuchende Prävention oder Sozial- oder Bildungsarbeit: Sie setzen dort an, wo die sich Radikalisierenden oder Personen mit deviantem Verhalten stehen, d.h. an Schulen, in Jugendgruppen, am Arbeitsplatz, an der Universität oder im Internet und den sozialen Medien.

Strategien gegen Radikalisierung sind dann wirksam, wenn sie

- junge Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation mit ihren individuellen Fragen ansprechen,
- Lösungen für Interessenartikulation und wertschätzenden Umgang mit ihren Mitmenschen bereits im Schulunterricht einführen und das Gemeinsame betonen,
- junge Menschen ernst nehmen, zur eigenen Betätigung anregen, Demokratie erfahren lassen und Hierarchien ergebnisoffen durchbrechen,
- in soziale Gruppen positive Rollenvorbilder einbringen und
- jungen Menschen Respekt und Wertschätzung entgegenbringen.

Die Grundlage für einen Erfolg dieser Strategien ist eine intensivierete, aktive, demokratische politische und soziale Bildung. Hierfür sind geeignete Unterrichtsmaterialien, Schulbuchtexte sowie schulische und außerschulische Maßnahmen erforderlich. Diese sollten darauf ausgerichtet sein, die Ansprüche von Adoleszenten und Post-Adoleszenten an gesellschaftliche und politische Selbstwirksamkeit sowie ihre Problemlösungskompetenz zu fördern. ■



## Literatur

- Abay Gaspar, H., Daase C., Deitelhoff, N., Junk, J. & Sold M. (2019). Vom Extremismus zur Radikalisierung: Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen. In C. Daase, N. Deitelhoff & J. Junk (Hrsg.), *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen* (S. 15–43). Campus.
- Aydin, N., Fischer, P. & Frey, D. (2010). Turning to god in the face of ostracism: effects of social exclusion on religiousness. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 36(6), 742–753.
- Ebner, J. (2017). *The rage: The vicious circle of Islamist and far-right extremism*. I.B. Tauris.
- Fritsche, I. (2022). Agency through the we: Group-based control theory. *Current Directions in Psychological Science*, 31(2), 194–201.
- Fritsche, I., Jonas, E., & Kessler, T. (2011). Collective reactions to threat: Implications for intergroup conflict and solving societal crises. *Social Issues and Policy Review*, 5(1), 101–136.
- Fritsche, I., Hoppe, A. & Hess, F. (2024). Gruppenbasierte Kontrolle und Rechtsradikalisierung. In T. Rothmund & E. Walther (Hrsg.), *Psychologie der Rechtsradikalisierung. Theorien, Perspektiven, Prävention* (S. 57–68). Kohlhammer.
- Kruglanski, A. W., Bélanger, J. J., & Gunaratna, R. (2019). *The three pillars of radicalization: Needs, narratives, and networks*. University Press.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2021). Eine Stimme gegen die Invasion der Muslim\*innen? Zur Bedeutung muslim\*innenfeindlicher Einstellungen für die Mobilisierungserfolge und den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. In W. Muno & C. Pfeiffer (Hrsg.), *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns* (S. 61–100). Springer VS.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2023). Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure? In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 351–398). Springer VS.
- Pickel, G. & Öztürk, C. (2022). Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. In M. Wohlrab-Sahr & L. Teczan (Hrsg.), *Islam in Europa, Institutionalisierung und Konflikt* (S. 303–355). *Soziale Welt. Sonderband 25*. Nomos.
- Pickel, G., Pickel, S., Celik, K. & Schneider, V. (2023). Elemente und Rahmenbedingungen der (Co-)Radikalisierung. Erste Analysen und Erkundungen des Forschungsfeldes. *HIKMA. Zeitschrift für Islamische Theologie und Religionspädagogik*, 14, 31–53.
- Pickel, G. (2024a). Antimuslimische Einstellungen und antimuslimischer Rassismus. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen* (S. 61–89). Zu Klampen.
- Pickel, G. (2024b). Die Melange von Rechtspopulismus und antimuslimischen Rassismus als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In A. Salheiser, M. Alexopoulou, C. Meier zu Verl & A. Yendell (Hrsg.), *Die Grenzen des Zusammenhalts. Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen* (S. 101–118). Campus.
- Shalaby, R. & Spielhaus, R. (2023). Islam und Islamismus im Kontext von politischem Extremismus in aktuellen Schulbüchern für den Politikunterricht. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 321–350). Springer VS.
- Spielhaus, R. (2011). *Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung*. Ergon.
- Strabac, Z., & Listhaug, O. (2007). Anti-Muslim prejudice in Europe: A multilevel analysis of survey data from 30 countries. *Social Science Research*, 37(1), 268–286.
- Turner, J. C., Hogg, M. A., Oakes, P. J., Reicher, S. D., & Wetherell, M. S. (1987). *Rediscovering the social group*. Blackwell.
- Verkuyten, M. (2018). Religious fundamentalism and radicalization among Muslim minority youth in Europe. *European Psychologist*, 23(1), 21–31.

# Kapitel 3: Deutschlands gesellschaftlicher und politischer Umgang mit Islamismus – Eine Übersicht über Trends und wesentliche Herausforderungen

*Reem Ahmed, Lea Brost, Julian Junk, Martin Kahl, Mona Klöckner, Lea Scheu, Manjana Sold und Isabelle Stephanblome (Projekt KURI)*

## 1. Hintergrund

Fragen nach dem Umgang mit islamistischen Akteur:innen oder von im Namen des Islam geplanten bzw. tatsächlich durchgeführten Gewaltakten bestimmten in den vergangenen zwei Jahrzehnten über Wochen den medialen und politischen Diskurs. Hierbei standen sowohl staatliche Sicherheitsmaßnahmen als auch zivilgesellschaftliche Präventionsansätze im Fokus, die noch keiner systematischen empirischen Forschung unterzogen wurden.

Im Zentrum des Projekts KURI („Konfigurationen von gesellschaftlichen und politischen Praktiken im Umgang mit dem radikalen Islam“) standen Trendanalysen zu den Ausprägungen des politischen, sicherheitsbehördlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit Islamismus in Deutschland. Die Anschläge des 11. September 2001 dienten als Ausgangspunkt, woraufhin in Deutschland zahlreiche Gegenmaßnahmen ergriffen und umfangreiche rechtliche Neuerungen eingeführt wurden. Gleichzeitig entstanden vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Förderprogramme, die unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Lösungsstrategien widerspiegeln.

Um ein umfassendes Bild vom Umgang mit Islamismus in Deutschland zu zeichnen, wurden folgende Fragen eruiert:

- (1) Welche Trends lassen sich in den konkreten Ausprägungen des politischen, sicherheitsbehördlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit Islamismus in Deutschland seit 2001 erkennen?
- (2) Wie kann das ebenso komplexe wie unvorhersehbare Sicherheitsproblem Terrorismus rechtsstaatlich bewältigt werden, insbesondere im Spannungsverhältnis Freiheit und Sicherheit?
- (3) Wie wird die Begründung der Maßnahmen gegen Islamismus außerhalb der Praxis – also in der Gesellschaft – wahrgenommen?
- (4) Inwieweit unterscheidet sich die Bedrohungswahrnehmung in Bezug auf Islamismus von der Bedrohungswahrnehmung anderer Phänomene, die unter dem Begriff ‚Extremismus‘ gefasst werden?

## 2. Methodik

Es wurden vier Erhebungsstränge zusammengeführt:

Erstens wurden in einer Langzeitstudie alle Ereignisse, die dem Phänomenbereich Islamismus zuzurechnen sind, und die wesentlichen rechtlichen Änderungen zum Umgang mit Islamismus erfasst. Anhand einschlägiger Datenbanken zu Terroranschlägen, öffentlich zugänglicher sicherheitsbehördlicher Daten und Medienberichten wurde eine Analyse des Modus Operandi islamistischer Akteur:innen in Deutschland seit 2001 vorgenommen. Zudem wurden alle zwischen 2001 und 2023 verabschiedeten Bundesgesetze mit Bezug zu Terrorismus in einer Datenbank zusammengetragen und analysiert, um die rechtlichen Dynamiken und Veränderungen in verschiedenen Rechtsgebieten sowie ihre Folgen nachzuvollziehen.

Zweitens wurden in einzelnen Fallstudien qualitative Analysen von Trends in sicherheitsbehördlichen Bedrohungsdarstellungen, den Debatten zum Umgang mit Islamismus im deutschen Bundestag, Tendenzen in der medialen Berichterstattung und den wesentlichen operativen Maßnahmen gegen Islamismus vorgenommen.

Drittens wurden zwischen März 2023 und August 2024 45 semi-strukturierte Interviews mit Akteur:innen aus Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden sowie Zivilgesellschaft und Politik geführt, um ihre Eigenwahrnehmungen und Einschätzungen zu Bedrohungen, Maßnahmen und institutionellen Rahmenbedingungen in Bezug auf Islamismus zu erfassen.

Viertens schlossen sich Umfragen und Umfrageexperimente an. Teilnehmende aus der deutschen Bevölkerung wurden in vier Wellen über ein Jahr hinweg und im Rahmen eines Online-Experiments befragt. Inhalt der Befragungen waren das Bedrohungsempfinden gegenüber Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus sowie die Befürwortung verschiedener sicherheitspolitischer Maßnahmen.

### 3. Hauptergebnisse

#### Islamistische Aktivitäten zwischen 2001 und 2023

Zwischen 2001 und 2023 gab es 15 islamistisch motivierte Anschläge in Deutschland mit insgesamt 21 Todesopfern und mindestens 120 Verletzten. Die Mehrheit der Anschläge wurde von Einzeltäter:innen verübt. Ab 2017 war ein Rückgang der Anschlag- und Vorbereitungsaktivitäten zu verzeichnen, in den Jahren 2021 und 2023 konnte ein Wiederanstieg bestimmter Verdachtsfälle und Aktivitäten beobachtet werden.

Bezüglich der politischen Aktivitäten von Islamist:innen lässt sich feststellen, dass ab 2003 zunächst Videopropaganda und Drohungen das Bild bestimmten und 2015/2016 in größerem Umfang Straßenkampagnen wie die Koran-Verteilaktion *Lies!* durchgeführt wurden. Gegenwärtig herrscht eher eine kleinteilige Missionierungsarbeit und ein „Rückzug ins Private“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022, S. 196) vor, wobei seit 2021/2022 wieder eine Zunahme von öffentlichen Aktivitäten beobachtet worden ist (Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 2022, S. 218).

Viele Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklungen und Bedrohungen durch Islamismus nach dem 11. September 2001 sind nicht eingetreten. Es liegt die Annahme nahe, dass dies mit der Erweiterung der sicherheitsbehördlichen Kompetenzen und Mittel seit 2001 zusammenhängt, wodurch eine Reihe von Anschlägen verhindert und zugleich erheblichen Verfolgungsdruck auf islamistische Szenen ausgeübt werden konnte.

#### Rechtliche Veränderungen seit 2001

Zwischen 2001 und 2023 wurden insgesamt 80 Antiterrorgesetze erlassen. Die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden wurden systematisch erweitert. Diese betrafen vor allem die Erfassung, Verarbeitung und den Austausch von Daten. Die Nachrichtendienste und Polizeibehörden erhielten größeren Handlungsspielraum bei drohender Gefahr, etwa bei der elektronischen Überwachung, Durchsuchungen sowie der Errichtung umfassender Datenbanken. Auch zahlreiche Maßnahmen zum Grenz-, Infrastruktur- und Zivilschutz sowie gegen Terrorismusfinanzierung wurden verabschiedet.

Im Strafrecht wurden zwar weniger, aber einschneidendere Veränderungen vorgenommen. Exemplarisch ist das Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG) zu nennen, durch das Vorbereitungshandlungen strafbar wurden und das Vorfeld für die Strafjustiz breiter erschlossen wurde. Zudem gab es mehrfach Änderungen im Aufenthaltsrecht, die ebenfalls auf Terrorismusbekämpfung abzielten.

Diese Trends lassen eine Normalisierung der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung erkennen, die sich nicht mehr allein auf konkrete Anschlagssituationen bezogen, sondern als notwendiger Teil des ständigen Repertoires der Sicherheitsbehörden beschrieben wurden.

### **Sicherheitsbehördliche Bedrohungsdarstellungen**

Während die Intensität der Bedrohungsdarstellung durch Islamismus in den Verfassungsschutzberichten zwischen 2001 und 2013 schwankte, ließ sich von 2014 bis 2018 tendenziell eine Zunahme feststellen. 2016 und 2017 wurde dabei am stärksten betont, dass es in Deutschland „jederzeit“ zu einem Anschlag kommen könne (Bundesamt für Verfassungsschutz 2017, S. 155, 2018, S. 164). Anschließend ging die Bedrohungsdarstellung wieder zurück, blieb jedoch hoch. 2019 wurde die Bedrohung durch Islamismus als „unterschwellig-diffus“ dargestellt (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020, S. 173). Seit dem Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 verzeichnet der Verfassungsschutz wieder einen Anstieg der Gefährdung, einhergehend mit einer hohen Zunahme an Straftaten.

### **Debatten im Deutschen Bundestag**

Weitgehende Einigkeit unter den Bundestagsfraktionen bestand über die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung von Islamismus. Darüber, wie der Staat konkret dagegen vorgehen sollte und wie weit er dabei gehen durfte, gingen die Meinungen zum Teil deutlich auseinander. Wenn sich ein inhaltlicher Schwerpunkt ausmachen lässt, dann der Hinweis auf die Notwendigkeit, der schwer abschätzbaren und komplexen Bedrohung durch Islamismus bereits im Vorfeld zu begegnen. Insgesamt überwogen die Forderungen nach mehr staatlichen Befugnissen gegenüber denen nach Zurückhaltung und der Befürchtung der Entstehung eines „Sicherheitsstaates“. Mit ihrem Regierungsantritt Ende 2021 hat die Ampelkoalition eine Verschiebung des Diskurses im Bundestag eingeleitet und mehr Gewicht auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus gelegt. Redner:innen aus der Ampelkoalition übten deutliche Zurückhaltung bei Forderungen nach weiteren Maßnahmen, insbesondere Kompetenzerweiterungen für die Sicherheitsbehörden, und forderten mehr Gewicht für Prävention und politische Bildung.

### **Bedrohungsdarstellungen und Handlungsanforderungen in den Medien (SZ und Die WELT)**

Unmittelbar nach Terroranschlägen nahm die Berichterstattung in den Medien stark zu: Es wurden die Umstände und Folgen der Taten diskutiert sowie ihre Hintergründe und mutmaßlichen Motive beleuchtet. Hinsichtlich der dargestellten Bedrohungen wurde nicht nur über die Furcht vor islamistischen Anschlägen in Deutschland berichtet, sondern auch von ansteigender Muslimfeindlichkeit, einer sich polarisierenden Gesellschaft sowie der Gefährdung demokratischer und rechtstaatlicher Werte. Berichtete Handlungsanforderungen, bezogen sich sowohl auf den repressiven Umgang mit Islamismus als auch auf Präventionsmaßnahmen und die Vermeidung einer Spaltung der Gesellschaft. Insgesamt war auch in den Spitzenzeiten nach Anschlagseignissen eine eher ausgewogene Berichterstattung zu beobachten.

### **Maßnahmen gegen Islamismus in Deutschland**

Die Analyse von Entwicklungen der Maßnahmen gegen Islamismus nach den Anschlägen des 11. September 2001 zeigte neben erweiterten Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden, der Vorfeldkriminalisierung und der Einführung von Datenbanken auch die Förderung präventiver staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ansätze, die sich vor allem auf Radikalisierungsprozesse konzentrierten.

Zwei Sicherheitspakete, die wenige Monate nach den Anschlägen des 11. September 2001 beschlossen worden waren, führten zu einer Reihe von Gesetzesänderungen, die den Handlungsspielraum internationaler Terrororganisationen einschränken und Anschlagsvorbereitungen verhindern sollten. In den Jahren darauf folgten weitere Gesetzeseinführungen. Ab 2001 erhielten die Sicherheitsbehörden zusätzliche Befugnisse für weitreichende Überwachungsmaßnahmen. Nach den Anschlägen in Madrid (2004) und London (2005), spätestens jedoch ab den 2010er Jahren mit der Ausweitung von Bundesprogrammen wie „Demokratie Leben!“, wurde der Fokus verstärkt auf zivilgesellschaftliche Ansätze gelegt, nachdem erkannt worden war, dass gewaltbereiter Extremismus und Terrorismus nicht ausschließlich mit repressiven Maßnahmen verhindert bzw. bekämpft werden können.

### **Eigenwahrnehmungen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen**

Aus den Interviews geht hervor, dass sich die Bedrohungseinschätzungen nach institutioneller Zugehörigkeit und regionaler Verortung unterscheiden. Trotz gewisser Schwankungen lässt sich als Gemeinsamkeit festhalten, dass Islamismus als hohe abstrakte Bedrohung beschrieben wurde. Es wurde jedoch ebenso darauf hingewiesen, dass die Bedrohungslage durch terroristische Anschläge zuletzt im Vergleich zu den Jahren 2015 bis 2017 geringer sei und der Phänomenbereich Rechtsextremismus inzwischen eine größere Gefahr darstelle. Politiker:innen, die nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 interviewt wurden, bewerteten Islamismus wieder stärker als hochbedrohlich.

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen verwiesen häufig auf eine verbreitete Unwissenheit über den Islam und auf diskriminierende Haltungen von Lehrer:innen und Polizist:innen. Aus ihrer Sicht sollten daher der Bereich des antimuslimischen Rassismus finanziell und strukturell ausgebaut und Inhalte zu Antidiskriminierung besser in der Lehrkräfte- und Polizeiausbildung verankert werden. Aus sicherheitsbehördlicher Sicht lässt sich eine Professionalisierung und Sensibilisierung von Verfassungsschutz und Polizei in der Bekämpfung von Islamismus feststellen.

Wesentliche Entwicklungen im Feld der Islamismusbekämpfung sahen die Befragten durch eine wellenförmig verlaufende Aufmerksamkeitsökonomie in Politik und Medien bestimmt, die zu Symbolpolitik und Aktionismus führe. Maßnahmen gegen Islamismus seien in Zyklen eingeführt und oft als Reaktion auf Ereignisse oder als Anpassung an den sich verändernden Modus Operandi von Islamist:innen begründet worden.

### **Individuelle Wahrnehmungen von und Einstellungen zum Umgang mit Islamismus in der deutschen Bevölkerung**

Die Umfrageteilnehmenden unterstützen die staatlichen Maßnahmen unterschiedlich stark und abhängig vom jeweiligen Phänomenbereich: Rasterfahndung und Präventivhaft wurden im Schnitt besonders stark bei Islamismus unterstützt, der Einsatz maximaler Strafen und Überwachung wurde bei Linksextremismus besonders wenig befürwortet. Die Unterstützung der Maßnahmen hing mit der Bedrohungswahrnehmung im Sinne einer „Bedrohung für Deutschland“ zusammen. Außerdem spielte die politische Selbstzuordnung auf einer Rechts-Links-Skala eine bedeutende Rolle: Während Menschen am rechten Rand des Spektrums insbesondere Maßnahmen gegenüber Linksextremismus und Islamismus, jedoch weniger gegenüber Rechtsextremismus befürworteten, unterstützten Menschen am linken Rand des Spektrums insbesondere Maßnahmen gegenüber Rechtsextremismus.

Alle Teilnehmenden zusammengenommen bewerteten im Schnitt Rechtsextremismus als am bedrohlichsten für Deutschland, gefolgt von Islamismus und Linksextremismus. Die Bedrohungswahrnehmung unterliegt dabei eher Schwankungen als die Zustimmung zu Maßnahmen, die längerfristiger stabil zu bleiben scheint. Konkret zeigte sich in der letzten Erhebungswelle im November/Dezember 2023 ein Anstieg bei der Bedrohungswahrnehmung durch Islamismus. Dies kann als Reaktion auf den Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und die folgende Eskalation im Konflikt in Israel/Palästina interpretiert werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Bedrohungswahrnehmungen „phänomenspezifisch“ sind und Menschen, die sich selbst an den Rändern des politischen Spektrums verorten, Repressionen gegen bestimmte Extremismusformen stärker priorisieren.

## **4. Fazit und Handlungsempfehlungen**

Die Ergebnisse zeigen, dass sich eine Tendenz zur Verlagerung von Maßnahmen weit in das Vorfeld krimineller Handlungen und zur möglichen Entstehung von Radikalisierungsprozessen beobachten lässt. Gleichwohl verdeutlichen die Analysen, dass im komplexen Geflecht aus öffentlicher Debatte, vermeintlichen sicherheitspolitischen Handlungszwängen und zivilgesellschaftlichen Interventionen in den letzten Jahren keine Überbetonung sicherheitspolitischer Maßnahmen zu erkennen ist. Vielmehr reagiert man oftmals auf einzelne Ereignisse mit einem Ausbalancieren zwischen Alarmismus und Zurückhaltung, was nicht zuletzt durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mitbestimmt wird. Gleichzeitig haben sich die Erweiterung

der Kompetenzen und die Vernetzung der Sicherheitsbehörden – etwa durch die Einrichtung von Kooperationszentren, den Ausbau von Datenbanken und den Einsatz neuer Technologien zur Überwachung – zu strukturellen Verfestigungen entwickelt, die auch zukünftige Veränderungen der Bedrohungslage überdauern werden.

Diese Entwicklungen unterstreichen die kontinuierlichen Herausforderungen und Ambivalenzen, die es zu verhandeln gilt, um Sicherheit und Freiheit im Lichte gesellschaftlicher Bedrohungswahrnehmungen sowie der daraus resultierenden Anforderungen an Politik und Sicherheitsbehörden auszubalancieren.

Die Komplexitäten im Umgang mit Islamismus – bedingt durch föderale Verflechtungen, rechtliche Bestimmungen, institutionelle Interessen und historisch gewachsene Problemlösungspraktiken in sicherheits- und gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern – können kaum in einem einzigen zeitlich begrenzten Forschungsprojekt vollständig erfasst werden. Die Debatten über Kontroll- und Überprüfungsverfahren sowie die im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vorgesehene Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung machen zusätzlich deutlich, wie zwingend erforderlich eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit langfristigen Trends in diesem Bereich ist. ■

### Literatur

Bundesamt für Verfassungsschutz (2017). Verfassungsschutzbericht 2016.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2018): Verfassungsschutzbericht 2017.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2020). Verfassungsschutzbericht 2019.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022). Verfassungsschutzbericht 2021.

Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (2022). Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022.

# Kapitel 4: Vom Rand in die Mitte?

## Rechtspopulistische Islamdeutungen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen

*Anna-Maria Meuth, Max Manuel Brunner, Liriam Sponholz, Mirjam Weiberg und Sabrina Zajak (Projekt RaMi)*

### 1. Hintergrund

Ausgangspunkt des Projekts RaMi („Vom Rand in die Mitte? Rechtspopulistische Deutungen über den Islam als gesellschaftliche Herausforderung in Deutschland, Europa and beyond“) ist die Beobachtung, dass in der Auseinandersetzung europäischer Gesellschaften mit dem Islam Bedrohungsängste und Verunsicherung weit verbreitet sind. Es wird angenommen, dass dabei dem erstarkenden Rechtspopulismus in westeuropäischen Demokratien (Fallbeispiele: Deutschland, Frankreich und UK) bei der Deutung und Prägung des Diskurses über den Islam als bedrohlich eine zentrale Rolle zukommt. Interessant ist daher, ob, wie, unter welchen Bedingungen und in welche Richtung sich der öffentliche Gesamtdiskurs durch die populistische Deutung und Verknüpfung von nationaler Identität, (muslimischer) Migration und Vorstellungen eines Islam als radikal in den letzten Jahrzehnten verändert hat.

Die gesellschaftlichen Mechanismen der Übernahme und Normalisierung rechtspopulistischer Positionen und Wertvorstellungen durch etablierte Akteur:innen in Politik, Kirche und Zivilgesellschaft in der demokratischen Mitte sind hier von besonderem Interesse (Krzyżanowski et al. 2023; Wodak 2018, 2020). Der vermehrte Zuspruch, den rechtspopulistische Parteien in den untersuchten Ländern erfahren, ist dabei nicht denkbar ohne die Massenmedien. Durch die Präsenz in Medien wie Talkshows und Zeitungsinterviews werden Populist:innen zu vollwertigen Teilnehmenden im politischen Feld.

Populist:innen nutzen zudem Social Media-Plattformen hochprofessionell und effizient (Serrano et al. 2019; Engesser, Fawzi & Larsson 2017). Inwiefern dabei gesellschaftliche und politische Kontextbedingungen, insbesondere eine beschleunigte Medialisierung der Politik, für die Verbreitung rechtspopulistischer Deutungen über den Islam als radikal und bedrohlich fungieren, scheint somit von besonderem Interesse. Erwartet wird, dass sich innerhalb des medialen Diskurses und des politischen Feldes in den letzten Jahrzehnten eine Normalisierung von Intoleranz und Abwertung gegenüber dem Islam und Muslim:innen verstärkt und verfestigt hat (Sponholz et al. 2023).

Die Leitfrage lautet daher, ob und in welcher Weise rechtspopulistische, islamfeindliche Narrative „vom Rand in die Mitte“ gelangt sind, d.h. ob und in welcher Weise sie als Norm in der Mitte der Gesellschaft hervortreten und dort von rechtspopulistischen Akteur:innen getriggert und instrumentalisiert werden.

### 2. Methodik

Methodisch wurden länderspezifische historische Kontextanalysen mit automatisierten und manuellen Inhaltsanalysen von Zeitungsartikeln sowie mit leitfadengestützten qualitativen Interviews kombiniert.

In den Kontextanalysen wurden rechtspopulistische Parteien, ihre Feindbildkonstruktionen von Islam und Migration und ihre historischen Entwicklungen in Frankreich, Deutschland und UK gegenübergestellt.

Anhand von Medienberichten wurde analysiert, unter welchen Bedingungen und in welche Richtung sich der öffentliche (Medien-)Diskurs über den Islam und Muslim:innen in den letzten 20 Jahren geformt und entwickelt hat. Hierzu wurde die Berichterstattung der überregionalen Qualitätspresse in Deutschland, UK und Frankreich untersucht (Süddeutsche Zeitung, DIE WELT, The Guardian, The Times, Libération und Le Figaro).



Folgende Fragestellungen standen im Fokus:

- (1) Wie verteilt sich die Medienaufmerksamkeit auf den Islam und Muslim:innen?
- (2) Welche Ursachen bzw. welche Ereignisse führten zwischen 2000 und 2020 zu der höchsten Medienaufmerksamkeit?
- (3) Welche sozialen Akteur:innen äußern sich in den Medien über den Islam und Muslim:innen, wenn die Medienaufmerksamkeit am höchsten ist?
- (4) Wie deuten solche Akteur:innen den Islam?

Dazu wurde zunächst eine Zeitreihenanalyse durchgeführt, um die Frequenz der Berichterstattung über den Islam im Zeitraum von 2000 bis 2020 zu erfassen. Anschließend erfolgte eine automatisierte Inhaltsanalyse der Artikel, die innerhalb von vier Wochen nach den größten Aufmerksamkeitschüben veröffentlicht wurden. Anhand der Analyse der häufigsten Wörter und Wortkombinationen wurde erfasst, ob ein Ereignis, und wenn ja, welches, den Aufmerksamkeitschub ausgelöst hat. Aus allen identifizierten Artikeln wurde eine Zufallsstichprobe von 600 Artikeln gezogen und einer weiteren, manuellen Inhaltsanalyse unterzogen, um herauszuarbeiten, welche Akteur:innen vier Wochen nach den Aufmerksamkeitschüben das Wort ergreifen. Die Aussagen dieser Akteur:innen wurden zudem nach der Erwähnung des Islam und von Muslim:innen und den damit verbundenen Assoziationen (Kriminalität, Terrorismus, Geschlecht, Demografie, Krankheit, Genetik, Rückständigkeit, Diskriminierung, wirtschaftliche Belastung, Sexualität, Antisemitismus) kodiert.

Schließlich wurden 2022/2023 leitfadengestützte, halbstrukturierte Interviews mit 20 Engagierten aus Lokalpolitik, Verwaltung und (inter-)religiöser Zivilgesellschaft aus dem kommunalen Raum in Deutschland und UK geführt. Im Fokus standen die Verbreitungsmechanismen und Auswirkungen von islamfeindlichen Narrativen in der Gesellschaft.

### 3. Hauptideen

Es zeigt sich, dass die aktuell zu beobachtenden rechtspopulistischen Deutungen über den Islam vor dem Hintergrund langjährig tradierter Diskursmuster einzuordnen sind und solche Entwicklungen in vielen westeuropäischen Gesellschaften gleichzeitig stattfinden. Die historischen Kontextanalysen weisen auf den Beginn der Formung von Normalisierungsprozessen seit den 1970er Jahren hin. Seit den 2000er Jahren hat der Rechtspopulismus in westeuropäischen Demokratien den Islam als Bedrohung der sogenannten westlichen Zivilisation zu einem neuen Feindbild aufgebaut. Dem Rechtspopulismus kam in der Deutung und Prägung des Diskurses über den Islam in den untersuchten Zeitungen in Deutschland, UK und Frankreich jedoch nicht die ausschlaggebende Rolle zu, vielmehr zeigte er sich als ein Verschärfer und Trittbrettfahrer langjähriger medialer Berichterstattung.

Die Verlaufsanalyse des medialen Diskurses brachte hervor, dass die untersuchten Medien das Thema Islam und Muslim:innen nach den islamistischen Anschlägen von 9/11 in erhöhtem Ausmaß auf die Agenda setzten. Im Jahr 2000 schwankte die durchschnittliche Anzahl der täglich veröffentlichten Artikel zu diesem Thema zwischen 2,6 und 5 pro Zeitung. Im Jahr 2001 verdoppelte sich diese durchschnittliche Thematisierung in fast allen Sammlungen. Dieser Anstieg hatte eine nachhaltige Wirkung: In fast allen untersuchten Sammlungen blieb der Tagesdurchschnitt über den Zeitraum von 20 Jahren höher als im Jahr 2000.

Die Berichterstattung konzentriert sich dabei stark auf terroristische Akte. Innerhalb eines Jahres kann, je nach Zeitung und Ereignis, in jedem dritten Artikel über den Islam und Muslim:innen ein Bezug zu einem Terroranschlag festgestellt werden. Dies prägt den Diskurs und die Verbindung des Islam mit Gewalt und Terrorismus in der öffentlichen Wahrnehmung. Dabei kommt rechtspopulistischen Akteur:innen jedoch nur eine marginale Rolle zu (ca. 1% aller Äußerungen), und dies erst seit etwa 2010.

Die Analyse der Akteur:innen zeigt, dass nach einem Terroranschlag vornehmlich Regierungsbeamte:innen und Amtsträger:innen zu Wort kommen. Medienvertreter:innen (Journalist:innen, öffentliche Intellektuelle und



Nachrichtenmedien) assoziieren am häufigsten den Islam und Muslim:innen mit Terrorismus und Rückständigkeit. Bürger:innen verwenden solche Assoziationen am wenigsten.

Aus den Expert:inneninterviews geht hervor, dass antimuslimischer Rassismus im Alltag eine ebenso wichtige Rolle bei der Verbreitung islamfeindlicher Narrative spielt wie die zunehmende Normalisierung rechtspopulistischer Positionen. Insbesondere in den Aushandlungen von politischen Entscheidungen sowie für Teilhabe und Zugänge zu Engagement wird die bedrohliche Relevanz von antimuslimischem Rassismus – bei dem parlamentarischen Erstarken rechtspopulistischer Parteien betont. Verschiedene Kontextbedingungen und Ausprägungen konnten diesbezüglich in Engagementfeldern in Lokalpolitik und Zivilgesellschaft herausgearbeitet werden:

- (1) Institutioneller Rassismus in Form von politisch-taktischer Diffamierung als Bestandteil politischer Logik z.B. zum Erhalt politischer Macht
- (2) Barrieren für politische Teilhabe und Mitbestimmung durch mangelnde Berücksichtigung von Diversität in der Besetzung von Ämtern und in der Rekrutierung des Personals für Parteiarbeit (bei regionalen Unterschieden)
- (3) Intransparenz bei v.a. informellen Entscheidungsfindungsprozessen und dadurch mangelnde Berücksichtigung der Perspektiven marginalisierter Gruppen

#### **4. Fazit und Handlungsempfehlungen**

Wesentlich zu beachten ist als Gemeinsamkeit der Entwicklungen westeuropäischer Demokratien, dass die Normalisierung radikaler Ideologien nicht nur zu einer Radikalisierung einzelner Akteur:innen und der oft als extremistisch verstandenen Ränder der Gesellschaft führt. Der Mainstream als solcher wird oder bleibt radikal (Sponholz & Meuth et al. 2025) – und das Radikale zur neuen oder verteidigten Normalität erhoben (Quent und Virchow 2024; Zick et al. 2023). Diese ideologischen Verschiebungen und ihre Bedingungen und Ursachen müssen in der Gesellschaft noch sichtbar gemacht, kommuniziert und bearbeitet werden, da sie eine Bedrohung für unsere Demokratie und für ihre Weiterentwicklung per se darstellen.

##### **Handlungsempfehlungen für Forschende**

Eine grundlegende Perspektiverweiterung in der Demokratie- und Radikalisierungsforschung erscheint notwendig: weg von einer verengenden Betrachtung extremistischer Ränder und sozialer Gruppen, die als solche definiert werden, hin zur Betrachtung der kontinuierlichen Dynamik zwischen Normalisierung und De-Normalisierung der heterogenen Akteure der gesellschaftlichen Mitte. Auch sollten Forschende bei der Stichprobenziehung in der Mediendiskursanalyse zu Islam und Muslim:innen künftig stärker die Ereignisbezogenheit der Berichterstattung berücksichtigen, insbesondere bei Terroranschlägen. Dabei ist auch der überproportionale Anteil von Artikeln, die den Islam mit Terrorismus assoziieren, kritisch zu beachten, da diese anderen Diskurse mit Islambezug überdecken. Zudem sollten Forschungsschwerpunkte auf alternative Kommunikationskanäle, soziale Medien und Messengerdienste gelegt werden.

##### **Handlungsempfehlungen für Behörden und Politik**

Die Intensität der Berichterstattung in den Medien über Terroranschläge ist nicht nur ein entscheidender, sondern auch ein sich schnell entwickelnder Faktor in der öffentlichen Diskussion über den Islam, denn sie manifestiert sich innerhalb weniger Tage. Regierungssprecher:innen und Sicherheitsbehörden tragen maßgeblich zum Bild des Islam als bedrohlich und rückständig bei. Dass sie damit auch auf die islam- und migrationsfeindlichen Programme und Forderungen von Rechtspopulist:innen reagieren und diese übernehmen, kann dabei nicht ausgeschlossen werden. Für die Bekämpfung von Islamophobie bzw. antimuslimischem Rassismus ist es daher erforderlich, dass für den Fall eines Terroranschlags Kommunikationsstrategien für Politiker:innen und Behörden bereits im Vorfeld entwickelt werden, um eine diskriminierungsfreie und mediengerechte Reaktion zu gewährleisten.

Zudem sollte in den Ausbau politischer Bildungs- und demokratischer Kulturprogramme investiert werden. Mit einem Auf- und Ausbau (neuer) demokratischer Allianzen sollten konkrete Projekte zur progressiven Entwicklung der Demokratie erarbeitet und verfolgt werden. Die öffentliche Sichtbarkeit von marginalisierten Betroffenenengruppen sollte erhöht und ihnen gesellschaftliche Anerkennung erwiesen werden. Mit konkreten Evaluationsinstrumenten sollten regelmäßig Fortschritte von Maßnahmen gegen Islamfeindlichkeit und rechtspopulistische Normalisierung festgehalten werden.

### Handlungsempfehlungen für Medien und Journalist:innen

Es bedarf verstärkt Schulungen für Journalist:innen in der Terrorismusberichterstattung, um die Dynamiken zwischen den verschiedenen Konfliktparteien und Terrororganisationen adäquat einzuordnen. Eine pauschale Verknüpfung von Terrorismus mit dem Islam und/oder Muslim:innen sollte vermieden und zurückgewiesen werden. Auf der narrativen Ebene sollten Brückenargumente zwischen demokratischen und rechten Akteursgruppen in Diskursen stärker in ihrer Funktion und Einbettung verstanden werden. Denn sie bieten einen Ausgangspunkt für eine Normalisierung rechtsextremer Inhalte, z. B. einer völkischen Ideologie. Dem ist durch die kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Positionen innerhalb des Mainstreams zu begegnen. ■

### Literatur

- Engesser, S., Fawzi, N., & Larsson, A. O. (2017). Populist online communication: Introduction to the special issue. *Information, Communication & Society*, 20(9), 1279–1292.
- Krzyżanowski, M., Wodak, R., Bradby, H., Gardell, M., Kallis, A., Krzyżanowska, N., Mudde, C., & Rydgren, J. (2023). Discourses and practices of the “new normal”: Towards an interdisciplinary research agenda on crisis and the normalization of anti- and post-democratic action. *Journal of Language and Politics*, 22(4), 415–437.
- Quent, M. & Virchow, F. (2024). *Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme*. Piper.
- Serrano, J. C. M., Shahrezaye, M., Papakyriakopoulos, O., & Hegelich, S. (2019). The rise of Germany’s AfD: A social media analysis. In *Proceedings of the 10th international conference on social media and society* (pp. 214–223).
- Sponholz, L., Meuth, A. M. & Weiberg-Salzmann, M. (2023). Hatespeech, aber normal? Empirische Evidenz von Hatespeech im Bundestagswahlkampf 2021 auf Facebook. In *Digitale Wahlkämpfe: Politische Kommunikation im Bundestagswahlkampf 2021*, 205–233. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sponholz, L., Meuth, A. M., Weiberg, M., Zajak, S., & Berger, S. (i.E. 2025). *Radicalizing the mainstream in Western Europe: The far right and narratives of Islam in contemporary and historical perspective*. Palgrave Macmillan.
- Wodak, R. (2018). Vom Rand in die Mitte: “Schamlose Normalisierung”. *Politische Vierteljahresschrift*, 59, 323–335. <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0079-7>.
- Wodak, R. (2020). *The politics of fear: The shameless normalization of far-right discourse*. SAGE.
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Dietz.

# Kapitel 5: Wie erleben und deuten in Deutschland lebende Jüdinnen:Juden politisch-islamischen Antisemitismus?

Niklas Herrberg, Bjarne Goldkuhle, Heiko Beyer und Melanie Reddig (Projekt ArenDt)

## 1. Hintergrund

Für Jüdinnen:Juden ist Antisemitismus eine „kollektive Handlungsproblematik“ (Reimer-Gordinskaya und Tzschiesche 2021, S. 34), mit der sie im Alltag konfrontiert sind. Die Antizipation von Antisemitismus, das Abwägen angemessener Umgangsweisen sowie die Erklärung und Ausdeutung erlebter Taten stellen Herausforderungen dar, denen Jüdinnen:Juden sich oftmals nicht entziehen und die gravierende Folgen für den Alltag und das eigene Wohlbefinden haben können.

Eine wachsende gesellschaftliche Herausforderung ist politisch-islamischer Antisemitismus (PIA), der in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatten und der Forschung gerückt ist. Betroffene Jüdinnen und Juden schreiben antisemitische Taten häufig muslimischen Gruppen/Personen zu und betonen, dass für sie die Bedrohung durch den unter Muslim:innen verbreiteten Antisemitismus in den letzten Jahren zugenommen habe (Zick et al. 2017).

Diese Befunde lassen sich im Lichte einer seit Jahren kontrovers ausgetragenen öffentlichen Debatte verstehen, in der es darum geht, ob und in welcher Hinsicht Antisemitismus im gegenwärtigen Deutschland ein „muslimisches Problem“ (Öztürk und Pickel 2023) sei. Das projektive Framing eines „importierten Antisemitismus“ wird im Rahmen dieser Debatte von Forscher:innen (etwa Arnold 2018) zu Recht mit Verweis auf die Geschichte des europäischen und vor allem deutschen Antisemitismus sowie die gegenwärtige Prävalenz antisemitischer Einstellungen in allen gesellschaftlichen Milieus in Frage gestellt. Gleichzeitig zeigt die Antisemitismusforschung, dass Antisemitismus unter Muslim:innen nicht erst seit den Ereignissen in Israel am 07.10.2023 und der darauf folgenden globalen Welle des Antisemitismus verbreitet ist (Salzborn 2020; Jikeli 2019; Öztürk und Pickel 2022; Fischer und Wetzels 2024).

Die hier vorgestellte Studie knüpft an bisherige Analysen über die Perspektiven von Jüdinnen:Juden auf Antisemitismus unter Muslim:innen an und stellt die folgenden Kernfragen in den Vordergrund:

- (1) Wie erleben Jüdinnen:Juden Antisemitismus, den sie bei muslimischen Täter:innen verorten, in Relation zu Antisemitismus, den sie bei anderen Täter:innen verorten?
- (2) Wie verbreitet sind Erfahrungen mit politisch-islamischem Antisemitismus und welche Kriterien beeinflussen einen „islamisch“ motivierten Antisemitismus?

## 2. Methodik

Um das Erleben von Antisemitismus im Alltag und den persönlichen Umgang damit zu untersuchen, wurde ein Mixed-Methods-Ansatz gewählt. Zwischen Oktober 2021 und Februar 2023 wurden 21 qualitative problemzentrierte Interviews mit Jüdinnen:Juden geführt, in denen die Interviewpartner:innen von Alltagserfahrungen mit Antisemitismus aus jüngerer Zeit erzählen sowie Vorfälle schildern sollten, die ihnen besonders im Gedächtnis geblieben sind. Die Interviews wurden angelehnt an der Grounded Theory analysiert. Diese Untersuchung bediente sich einer phänomenologisch orientierten Wissenssoziologie, die auf Arbeiten von Schütz (1974) zurückgreift. Sein Ansatz betont das subjektive Erleben innerhalb einer intersubjektiv geteilten Sozialwelt. Im Alltag unterstellen wir demnach wechselseitig, dass andere die Welt in vergleichbarer Weise verstehen wie wir. Die Konfrontation mit Antisemitismus kann Jüdinnen:Juden aber vor Augen führen, dass das Gegenüber die gemeinsame Welt ganz anders – nämlich im bewussten oder unbewussten Rückgriff auf antisemitische Narrative – deutet und entsprechend auch verschieden mit anderen umgeht. Dies berührt auch die

Unterstellung, dass der Alltag, der einem als gegeben erscheint, in der Zukunft noch genauso funktionieren wird wie in der Gegenwart und man morgen in gleicher Weise auf diesen einwirken kann, wie man es heute vermag. Der plötzliche Einbruch von Antisemitismus in den Alltag kann an diesen Gewissheiten rütteln.

Zusätzlich wurde zwischen Mai 2022 und Februar 2023 eine quantitative Online-Umfrage umgesetzt, um zu erfassen, wie verbreitet Erfahrungen mit dem Phänomen PIA und damit verbundene Wahrnehmungen sind. Die 295 Teilnehmenden wurden über die E-Mail-Listen der Jüdischen Gemeinden, das ELES Studierendenwerk sowie eine Anzeige auf der Homepage der Jüdischen Allgemeinen rekrutiert. Befragt wurden die Teilnehmenden nach ihrem allgemeinen Verständnis von Antisemitismus, ihren Erfahrungen mit PIA und den Gründen für die Deutung einer Handlung als „islamisch motiviert“.

Mittels eines Survey-Experiments wurde zudem untersucht, welche Rolle die Zuschreibung von Radikalität bei der Problemwahrnehmung und einem gesteigerten Bedrohungsgefühl spielt. Hierzu wurden innerhalb der Stichprobe randomisiert zwei in etwa gleich große Experimentalgruppen gebildet. Die erste Gruppe beantwortete Fragen zu „Muslimen“, die zweite zu „radikalen Muslimen“. Dabei wurden drei Problemebenen unterschieden: Antisemitismus als allgemeines Problem unter (radikalen) Muslim:innen, die allgemeine Bedrohung von Jüdinnen:Juden durch (radikale) Muslim:innen sowie die persönliche Bedrohung bzw. konkrete Angst vor (radikalen) Muslim:innen. Letztere berührt die individuelle Lebenswelt der Befragten am stärksten und macht dementsprechend auch eine praktische Auseinandersetzung in höherem Maße nötig.

### 3. Hauptergebnisse

#### Interviewstudie zu Antisemitismuserleben von Betroffenen

Für viele Jüdinnen:Juden ist Antisemitismus eine alltägliche Realität, die ihre Wahrnehmung von Sicherheit, Teilhabe und Selbstbestimmung beeinflusst. Die Interviews zeigen, dass die Relevanz, die speziell muslimischem Antisemitismus in jüngerer Zeit von Forschung und Öffentlichkeit zugesprochen wird (Zick et al. 2017; Bundesverband RIAS 2023a, 2023b), sich nicht im Erleben der potenziell Betroffenen niederschlägt. Für die Interviewpartner:innen ist das Erleben von muslimischem Antisemitismus strukturidentisch mit anderem Antisemitismuserleben. Das mögliche Erleben von PIA ist Teil einer alltäglichen Lebensrealität, in der Jüdinnen:Juden in ganz unterschiedlichen Bereichen und durch ganz verschiedene Gruppen antisemitischen Beleidigungen und Angriffen ausgesetzt sind.

Die Auswertung von Interviewpassagen mit erlebten Antisemitismuskonfrontationen zeigt, dass das Erleben von Antisemitismus zu drei zentralen Begrenzungserfahrungen führt:

Erstens erleben Jüdinnen:Juden, dass die Vorhersehbarkeit von Antisemitismus begrenzt ist. Zwar gibt es im Alltag Situationen, in denen sich die Befragten auf mögliche Antisemitismuserfahrungen einstellen können – beispielsweise im Kontext von israelfeindlichen Demonstrationen oder in den Kommentarspalten auf Social Media-Plattformen. Trotzdem können Jüdinnen:Juden auch in Situationen auf Antisemitismus stoßen, in denen sie es eigentlich nicht erwartet haben. Zweitens zwingt die Konfrontation mit Antisemitismus Jüdinnen:Juden, ihre alltäglichen Prioritäten anzupassen und sich mit Themen und Bedrohungen auseinanderzusetzen, die sie nicht selbst gewählt haben. Die erzwungene Interaktion erzeugt unmittelbaren Handlungsdruck und unterbricht bestehende Alltagsroutinen. Schließlich zeigt sich im Fortgang der Konfrontation eine Begrenzung der Handlungsfähigkeit: Die Möglichkeit, sich aktiv gegen Antisemitismus zu wehren, ist stark vom Kontext abhängig. Faktoren wie das Verhalten von Umstehenden, die Unmittelbarkeit der Interaktion, der Grad der Anonymität in der Interaktion und Machtverhältnisse zwischen den Beteiligten spielen hierbei entscheidende Rollen.

#### Online-Umfrage zur Verbreitung von Erfahrungen mit politisch-islamischem Antisemitismus

Etwa 29% der Befragten geben an, innerhalb der letzten zehn Jahre Erfahrungen mit „islamisch“ motiviertem Antisemitismus gemacht zu haben. Demgegenüber stehen ca. 39% der Befragten, die ausschließlich nicht-islamischen Antisemitismus und 33%, die keinen Antisemitismus erfahren haben. Differenziert man zusätzlich nach der Deliktart (Bedrohung/Beleidigung, Vandalismus, physische Gewalt), lassen sich weitere

Besonderheiten ausmachen. Unter den Befragten, die antisemitische Bedrohungen und Beleidigungen erfahren haben (67,5%), gaben 38% an, dass diese Taten islamisch motiviert gewesen seien. Ein rechtes Motiv wurde in 24% der Fälle vermutet, ein linkes in 6%, ein christliches in 2%. Auch bei antisemitischer Sachbeschädigung bzw. Vandalismus steht aus der Sicht der Betroffenen in 37% der Fälle ein islamisches Motiv hinter der Tat, wobei ebenso in 37% der Fälle ein rechtes Motiv vermutet wurde. Bei physischen Angriffen berichten 57% der Betroffenen, dass diese Taten islamisch motiviert gewesen seien, gegenüber 17%, die ein rechtes Motiv vermuteten.

Die Zuschreibung eines islamischen Motivs basiert dabei auf mehreren Faktoren: 77,4% der Befragten nennen die Aussagen der Täter:innen als entscheidendes Kriterium, 61,9% verweisen auf deren Sprache und 57,1% auf das äußere Erscheinungsbild. Räumliche (z.B. pro-palästinensische Demonstrationen) und zeitliche (z.B. Eskalationen im Nahostkonflikt) Kontexte spielen hingegen eine untergeordnete Rolle.

Die Ergebnisse des Experiments zeigen, dass die Befragten auf jeder der drei Ebenen radikale Muslim:innen deutlich bedrohlicher bzw. problematischer einschätzen als Muslim:innen. Zudem nimmt die Bedrohungswahrnehmung mit zunehmender Nähe zur persönlichen Lebenswelt ab. Während 30% „Muslimen“ im Allgemeinen eine große Bedrohlichkeit zuschreiben, liegt dieser Wert bei „radikalen Muslimen“ bei 66%. Noch deutlicher ist der Unterschied in der persönlichen Bedrohungswahrnehmung, die insgesamt geringer ausgeprägt ist: 6,5% der Befragten geben an, Angst vor „Muslimen“ zu haben, während 46% angeben, Angst vor „radikalen Muslimen“ zu haben (Antwortoptionen „stimme voll und ganz zu“).

Die Befragten unterscheiden also hinsichtlich der Problem- und Bedrohungswahrnehmung durch PIA deutlich zwischen „Muslimen“ und „radikalen Muslimen“, insbesondere wenn es um das persönliche Bedrohungsgefühl geht. Dieses ist wiederum allgemein weniger stark ausgeprägt als die allgemeine Problemwahrnehmung und die allgemeine Bedrohungswahrnehmung.

#### 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Studie zeigt, dass Antisemitismus für Jüdinnen:Juden eine alltägliche Bedrohung darstellt, die unerwartet auftreten kann und schnell handlungspraktische Aufmerksamkeit erzwingt, wobei die Reaktionen Dritter entscheidend für die Wahrung der eigenen Handlungsfähigkeit sind. Bezogen auf PIA als spezielle Erscheinungsform zeigt sich, dass die Täter:innengruppe meist über als islamisch wahrgenommene Merkmale identifiziert wird, wobei wahrgenommene Radikalität als zentrales Kriterium für eine empfundene Bedrohung gilt.

Da nicht abschließend geklärt ist, ob die Taten, die das Bedrohungsempfinden hervorrufen, tatsächlich von ideologisch überzeugten Täter:innen verübt werden, werden weitere Mixed-Methods-Studien empfohlen, die das Verständnis des Begriffs „politischer Islam“ unter Jüdinnen:Juden weiter ergründen.

Politische Bildungsarbeit könnte damit ansetzen, die gegenwärtigen Perspektiven von Jüdinnen:Juden (noch stärker) zu vermitteln. Besonders die Erkenntnis, dass Jüdinnen:Juden Antisemitismus zwar als Problem verstehen, das aus allen Teilen der Gesellschaft kommen kann, der Antisemitismus radikalierter Muslim:innen jedoch einen zentralen Aspekt dieser Bedrohung darstellt, sollte hier in den Vordergrund gestellt werden. Wenn Antisemitismus auch von der nicht-jüdischen Bevölkerung als Praxisproblem verstanden wird, das die gesamte Gesellschaft etwas angeht, ist für die Unterstützung von Betroffenen in alltäglichen Konfrontationen ein wichtiger Schritt geleistet. ■

#### Literatur

- Arnold, S. (2018). *Kann man Antisemitismus abschieben?* FAZ. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kann-man-antisemitismus-abschieben-15509998.html>. [Zugegriffen: 27.08.2024].
- Bundesverband RIAS (2023a). *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023*. <https://www.report-antisemitism.de/publications/>. [Zugegriffen: 16.01.2024].
- Bundesverband RIAS (2023b). *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland 2017–2020*. <https://www.report-antisemitism.de/publications/>. [Zugegriffen: 16.01.2024].

- Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2024). Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland: Befunde aktueller repräsentativer Befragungen zu Trends seit 2021 und den Einflüssen von Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*. <https://doi.org/10.1007/s41682-024-00167-6>.
- Jikeli, G. (2019). Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa. In O. Glöckner & G. Jikeli (Hrsg.), *Das neue Unbehagen: Antisemitismus in Deutschland heute*. Georg Olms Verlag.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2023). Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure? In S. Pickel et al. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*. Politik und Religion. Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-40559-5\\_11](https://doi.org/10.1007/978-3-658-40559-5_11).
- Öztürk, C. & Pickel, P. (2022). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 189–231. <https://doi.org/10.1007/s41682-021-00078-w>.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2020). Antisemitismus als kollektive Handlungsproblematik in einer Gesellschaft der Vielen. *Forum Kritische Psychologie Neue Folge* 3 (S. 34–55). Argument Verlag.
- Salzborn, S. (2020). *Globaler Antisemitismus: Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. Beltz Juventa.
- Schütz, A. (1974). *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt: Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Suhrkamp.
- Zick, A., Hövermann, A., Jensen, S., Bernstein, J. & Pearl, N. (2017). *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus*. Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.



# Kapitel 6: Zwischen Misstrauen und der Hoffnung auf Anerkennung: Wechselwirkungen in den Beziehungen von Staat, Gesellschaft und Muslim:innen

Jörn Thielmann, Tina Brosi, Charlotte Jawurek, Patricia Wiater, Inken Okrug, Katharina Weinmann, Stephanie Müssig, Tarek Badawia, Fatma Aydinli, Ertuğrul Şahin, Nina Nowar und Serdar Aslan (Projekt WECHSELWIRKUNGEN)

## 1. Hintergrund

Ausgangspunkt des Projekts WECHSELWIRKUNGEN („Wechselwirkungen islamistischer Radikalisierung im gesellschaftlichen und politischen Kontext betrachtet“) war die Überzeugung, dass Radikalisierung und Radikalität aus einem komplexen Geflecht miteinander interagierender und einander beeinflussender Kräfte entsteht. Kurz, aus wechselwirkenden Beziehungen, die das komplexe und dynamische Gefüge „Gesellschaft“ hervorbringen.

Um systematisch vor allem auf eine Seite von Prozessen der Radikalisierung gerichtete Fragestellungen zu überwinden, wurde die muslimische Perspektive ins Zentrum gerückt: Welche Effekte haben gesetzgeberische Maßnahmen oder behördliches Handeln im sogenannten „Anti-Terrorkampf“ auf Grund- und Menschenrechte? Wie wirken sich mediale Diskurse und gesellschaftliche Diskriminierung auf Einstellungen von Muslim:innen aus? Wie sehen Muslim:innen staatliches Handeln und politische Diskurse im Feld, z.B. beim Islamischen Religionsunterricht? Wie bewältigen sie in städtischen Lebenswelten Konfrontationen mit „Islamkritiker:innen“? Wie verhandeln sie untereinander – in Facebook-Gruppen oder in rituellen Predigten – Formen (frommen) islamischen Lebens in Deutschland?

Das Ziel war es, mögliche Quellen und mögliche Nahrung für den meist diffusen Nährboden für Radikalisierung unter Muslim:innen zu identifizieren und zugleich nach Faktoren muslimischer Resilienz gegen Radikalisierung zu suchen. Der vorgestellte Beitrag beleuchtet verschiedene Facetten von Wechselwirkungen zwischen Muslim:innen und muslimischen Organisationen sowie staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in unterschiedlichen Handlungs- und Diskursfeldern und auf variierenden Ebenen.

## 2. Methodik

Die Forschung war multi-, inter- und transdisziplinär angelegt. Die Forschungsorte in West- und Ostdeutschland sowie die Forschungsdaten waren vielfältig: Gesetzestexte und Gerichtsurteile, Facebook-Diskussionen, Predigten, teilnehmende Beobachtungen, Einzel- wie Gruppeninterviews, moderierte Planspiele, Online-Experimente und Metaanalysen von Survey-Daten in einem Mixed-Methods-Design. Zudem wurden verschiedene Ebenen in den Blick genommen: nationale, europäische wie internationale, individuelle wie kollektive Perspektiven und Einstellungen.

Um zu analysieren, ob und inwiefern rechtliche Maßnahmen zur präventiven Terrorismusbekämpfung in die personelle Breite gehen und neben terroristischen Gefährdern Grund- und Menschenrechte von Muslim:innen insgesamt betreffen, wurden einerseits die nationale und andererseits die internationale Ebene, hierbei insbesondere Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, in den Blick genommen. Folgende Aspekte wurden juristisch analysiert: relevante nationale und europarechtliche Gesetze, Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, einschlägige Entscheidungen nationaler Verwaltungsgerichte sowie des Bundesverfassungsgerichts, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Mithilfe eines Online-Experiments mit 135 Teilnehmenden wurde der Einfluss von Diskriminierung auf politisches Vertrauen untersucht. Konkret wurde analysiert, ob Informationen über die Diskriminierung von

Musliminnen in einem bestimmten Lebensbereich, dem Arbeitsmarkt, auf das Vertrauen von Muslim:innen in politische Institutionen übergreifen und dieses beeinflussen. Zur Einordnung und Differenzierung der Ergebnisse des Online-Experiments wurden in zwei Erhebungswellen zwischen Oktober 2021 und Juni 2022 sowie Ende Januar 2024 sieben Gruppendiskussionen realisiert. Die Gruppen setzten sich jeweils aus drei bis sieben Personen zusammen, die in ihrem Alltag in unterschiedlichem Grad muslimisch gelesen werden. Zudem wurde in einem systematischen *scoping review* der bisherige Forschungsstand zum Einfluss von Diskriminierung auf Handlungsabsichten in Form von zivilgesellschaftlichem Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, unter anderem Muslim:innen, erfasst und analysiert.

Die Erfahrungen der „muslimischen Gemeinschaft“ im Laufe der Institutionalisierungsprozesse der Konzeptionierung, Implementierung und schulorganisatorischen Etablierung des Islamischen Religionsunterrichts (IRU) wurden in leitfadengestützten narrativen Interviews ergründet. Zwischen Oktober 2020 und September 2024 wurden Expert:innen (aus Verbänden und Institutionen, Lehrkräfte, die IRU an den Schulen erteilen, sowie Eltern, deren Kinder den IRU aktuell besuchen oder besucht haben) in 67 Gruppeninterviews (mit Lehrkräften und Eltern) sowie 26 Einzelinterviews (mit Eltern) geführt.

Zudem wurden Konfrontationen im städtischen Raum zwischen Muslim:innen und „Islamkritiker:innen“ und ihre moderierten Bewältigungen durch unterschiedliche staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen in den Blick genommen. Hierzu wurden Diskurs- und Dokumentenanalysen (z.B. von Einladungsflyern zu Dialogveranstaltungen), teilnehmende Beobachtungen von Moderationsformaten und 63 qualitative Interviews mit Expert:innen aus der Wissenschaft, Fachleuten mit überregionaler Expertise, lokalen Expert:innen und Moderator:innen aus der Praxis sowie Muslim:innen aus unterschiedlichen Gruppen in zwei west- und zwei ostdeutschen Städten durchgeführt.

In einer weiteren Untersuchung standen die Diskussionen in muslimischen Frauengruppen auf Facebook im Fokus, um nachzuvollziehen, wie religiöse Normen alltagsrelevant, auch in Wechselwirkung mit bestimmten Ereignissen oder gesellschaftlichen Debatten, ausgehandelt werden und ob und wie sich Gruppenmitglieder gegen mögliche, auch subtile islamistische Beeinflussungsversuche abgrenzen. Hierzu wurden im Verlauf des Jahres 2021 1.550 Diskussionsverläufe szenefremder, d.h. nicht-radikalisierter und von extremistischen Kreisen unabhängiger muslimischer Frauen in deutschsprachigen Facebook-Gruppen ausgewertet.

Schließlich wurden öffentlich zugängliche Predigten der beiden großen türkeistämmigen Verbände Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) und Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) gesammelt und die darin aufgegriffenen gesellschaftspolitischen Themen analysiert. Die Predigtsammlung umfasst mehr als 730 Predigten der DITIB von 2011 bis 2024 und mehr als 1.000 Predigten der IGMG von 2003 bis 2024.

### 3. Hauptergebnisse

Die Daten zeigen, dass Muslim:innen besonders häufig diskriminiert werden. Das Misstrauen, das sie aus Politik, Medien und Gesellschaft spüren, zeigt sich bei ihnen wechselwirkend als Skepsis, in manchen Bereichen gar als Misstrauen. Dennoch gibt es weiterhin ein starkes generelles Vertrauen in den Staat und seine Institutionen und die von muslimischen Verbänden stark ermutigte Bereitschaft vieler Muslim:innen, sich in die gesamte Gesellschaft aktiv einzubringen. Dafür erhoffen sich Muslim:innen Akzeptanz und Anerkennung, für sich selbst als Individuen, aber auch für ihre Verbände und Vereine und deren Leistungen. Sie erwarten, dass so Diskriminierungen mit der Zeit abnehmen oder gar ganz verschwinden werden.

#### **Grund- und menschenrechtliche Effekte im gesetzgeberischen und behördlichen Vorgehen gegen islamistischen Terrorismus**

Nationale Maßnahmen zur Terrorbekämpfung betreffen häufig auch Menschenrechte von nicht-radikaliserten Muslim:innen. Terrorismusgesetze greifen verstärkt in Grundrechte ein, insbesondere bei nichtdeutschen Staatsangehörigen. Obwohl die gesetzlichen Maßnahmen der Bekämpfung von Radikalisierung dienen sollen, haben sie oft unbeabsichtigte soziale Auswirkungen, wie beispielsweise verstärkte Diskriminierungserfahrungen. Auf europäischer und internationaler Ebene kommt es zu Maßnahmen, die neben den Adressat:innen auch Familienangehörige, zivilgesellschaftliche und humanitäre Akteur:innen betreffen.



### **Diskriminierung, Bewältigung und politische Einstellungen von Muslim:innen**

Diskriminierung, ob subjektiv wahrgenommen oder objektiv erfahren, ist schmerzhafter Teil des Alltags von Muslim:innen in Deutschland, der Spuren hinterlässt. Diese Spuren sind nicht nur emotionaler Art, sondern schlagen sich auch in den (politischen) Einstellungen und in vielfältigen Handlungsweisen von Muslim:innen nieder. Es zeigte sich, dass gruppenbezogene Diskriminierungswahrnehmungen sich besonders auf Einstellungen auswirken und persönliche Diskriminierung stärker Bewältigungsstrategien auf der Handlungsebene hervorruft.

Die Ergebnisse des Online-Experiments zeigen, dass Muslim:innen weniger in die Polizei vertrauen, wenn sie zuvor Informationen zur Arbeitsmarktdiskriminierung von Kopftuch tragenden Musliminnen erhalten haben. Für das Vertrauen von Muslim:innen in andere politische Institutionen wie die Bundesregierung, Gerichte, Parteien und Politiker:innen konnten keine signifikanten Effekte festgestellt werden. Außerdem ergab die Studie, dass sich Muslim:innen mit einer ausgeprägten muslimischen Identifikation stärker von der Diskriminierung der eigenen Gruppe betroffen fühlen. Dies mündet bei ihnen neben einem geringeren Vertrauen in die Polizei in ein geringeres Vertrauen in den deutschen Bundestag, wenn sie zuvor von der Arbeitsmarktdiskriminierung von Musliminnen erfahren haben.

In den Gruppendiskussionen kristallisierte sich die Wahrnehmung heraus, dass politische Institutionen und Akteur:innen zwar die Fähigkeit hätten, Muslim:innen vor Diskriminierung zu schützen, ihnen aber offenbar der Wille dazu fehle, diesen Schutz tatsächlich zu gewähren. Zudem empfinden die Befragten den Staat selbst als mögliche Quelle von Diskriminierung durch politische Entscheidungen, behördliche Praktiken und Akteur:innen. Trotzdem wiederholt sich in mehreren Gruppen der Wunsch der Teilnehmer:innen, einen eigenen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu leisten, und die Überzeugung, dass die benachteiligenden Erfahrungen in Zukunft abnehmen werden.

Die Analyse der Gruppendiskussionen hat zudem bekräftigt, dass Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, zahlreiche und vielfältige Strategien anwenden, um mit diesen Erfahrungen umzugehen. Insgesamt konnten 20 Bewältigungsstrategien identifiziert werden, darunter Humor.

### **Islamischer Religionsunterricht zwischen Akzeptanz und Ablehnung, Vertrauen und Skepsis**

Die befragten Eltern formulierten in Bezug auf den IRU Elemente der Akzeptanz und Ablehnung. Das Fachprofil des IRU wird von den Eltern positiv aufgenommen. Insbesondere wird deutlich, dass die Unterrichtsinhalte eine einheitliche Übersetzung der religiösen Inhalte des Islam in die Schule vermitteln und dementsprechend „alle“ muslimisch geprägten Kulturen unter einem Fach vereinigen. Ein fundiertes Verständnis über die islamische Religion könne nur durch Inklusion von Schüler:innen unterschiedlicher Richtungen (theologischer Schulen, Rechtsschulen) bestmöglich vermittelt werden. Ein integrativer Unterricht, der sich an unterschiedlichen Lebenswelten orientiert, sei von großer Wichtigkeit. Die Differenzen ermöglichten den Kindern ein fundiertes Wissen und die Erweiterung des Horizonts.

Deutlich wird neben der Wertschätzung des IRU als Fach die Rolle bzw. die Relevanz der muslimischen Lehrkraft. Ein fundiertes Wissen und eine authentische Vermittlung der Lehrinhalte sei von entscheidender Bedeutung. Daneben spiele die pädagogisch-didaktische Vermittlung der Lehrinhalte eine ebenso große Rolle, damit ein subjektorientiertes Lernen ermöglicht werden kann.

Die Eltern fokussieren zudem deutlich auf Fragen der Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Verwaltung und den Verbänden bei der Gestaltung des IRU und der Zertifizierung der Lehrkräfte. Einige Interviewpartner:innen kritisieren die mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse der Politik und äußern den Wunsch nach einer offen gestalteten Kommunikation. Die Herausforderung bestehe darin, dass die strukturellen Regelungen so gestaltet werden, dass die Interessen der Eltern und Kinder berücksichtigt werden können. Eine übermäßige Einflussnahme der Verbände und ein unverhältnismäßiger Eingriff des Staates in die strukturelle Gestaltung des Unterrichts würde die Neutralität und die Unabhängigkeit des Faches beeinträchtigen. Eine kritische Haltung lässt sich in Bezug auf eine einseitig staatliche Kontrolle des IRU erkennen. Diese Kontrolle würde nämlich dazu führen, dass eine gegenseitige Transparenz und damit auch ein wechselseitiges

Vertrauen nicht gewährleistet werden können. Auch hier zeigen sich Wechselwirkungen zwischen staatlichen und muslimischen Akteur:innen und Gemeinschaften: Transparenz des staatlichen Handelns und Vertrauen in den Staat sind entscheidend für die Akzeptanz des IRU unter Muslim:innen.

### **Bewältigung von Konfrontationen mit „Islamkritiker:innen“ in städtischen Lebenswelten**

In allen vier Untersuchungsstädten ließen sich Konfrontationen und gesellschaftliche Polarisierungstendenzen beobachten, die in Radikalisierungsprozessen eine auslösende oder unterstützende Wirkung erzeugen (können). Die Polarisierung zwischen konstruierten Gruppen – bspw. „Deutsche“ vs. „Muslime“ –, bei der die Religion als das zentrale Zuschreibungselement fungiert, nahm in den letzten Jahren vor allem in ostdeutschen Städten graduell zu (vgl. mit weiteren Nachweisen Pickel und Pickel 2023, S. 2). In den Interviews sind verschiedene Radikalisierungsfaktoren, u.a. Diskriminierungs- und Diffamierungserfahrungen, wechselseitige Wahrnehmungen und Zuschreibungen sowie wiederkehrenden Motivations- und Frustrationsmuster in großem Umfang erkennbar. Gewaltakte gegen Muslim:innen – etwa der Mordanschlag in Hanau 2020 oder die Ermordung von Marwa El-Sherbini 2009 in Dresden, beides bis heute im Bewusstsein von Muslim:innen sehr präsent – beinhalten im unmittelbaren Raum ein viel intensiveres Polarisierungs- und Eskalationspotential. Zusätzliche Motivations- und Frustrationschübe gehen ebenso von einzelnen Konfliktfällen – z.B. PEGIDA-Demos, Moscheebauten in Erfurt und Dresden, Anschläge auf Moscheen – aus wie von Erfahrungen mit städtischen oder Landesbehörden, u.a. der Ausländerbehörde oder der Polizei.

Eindeutig ist der Befund, dass Radikalisierungs- und Islamismusprävention bei Muslim:innen in westdeutschen Städten ein großes Unbehagen und Misstrauen auslöst. Unter ihnen ist die Wahrnehmung weit verbreitet, dass Muslim:innen unter Generalverdacht gestellt werden, indem viele klassische Vereinstätigkeiten, soziale und pädagogische Projekte oder etwa Jugend- und Dialogarbeit nur unter der Prämisse der Islamismusprävention unterstützt oder finanziert werden.

Im Kontext von Islamkritik lässt sich von einer *Spirale der Kritik* oder *reziproken Abwehrhaltungen* reden, denen radikalierungsfördernde Effekte zugeschrieben werden können: Die pauschalisierende Kritik führt zur muslimischen Apologetik, Abwehrhaltung und Gegenkritik, die wiederum eine verschärfte und undifferenzierte Islamkritik auslöst.

### **Die Verhandlung religiöser Normsetzung in muslimischen Frauengruppen auf Facebook**

Geschlossene muslimische Frauengruppen auf Facebook sind keine digitalen Räume der Radikalisierung, sondern in erster Linie Schutzräume für den Austausch über die Herausforderungen alltäglicher Lebenswelten und den Umgang mit islamischen Normen im Alltag.

Diskussionsbeiträge, die niederschwellig extremistische Botschaften übermittelten, zeichneten sich durch eine eher dogmatische Haltung zum Umgang mit islamischen Normen und deren Umsetzung in alltäglichen Situationen aus. Vorgeschlagene Lösungsansätze zu diskutierten Fragen tendierten dazu, das nichtmuslimische Umfeld auszublenden oder für irrelevant zu erachten. So wurden politische, wirtschaftliche, rechtliche oder kulturelle Rahmenbedingungen der religiösen Pflichterfüllung untergeordnet oder als unislamisch abgelehnt, wobei ein rigides und auf das Jenseits ausgerichtete Islamverständnis zum Ausdruck kam. Auf Kritik wurde mit wenig Interesse reagiert, neue Informationen aufzunehmen oder auf andere Auslegungen islamischer Normen einzugehen. Negative Auswirkungen auf soziale Beziehungen wurden billigend in Kauf genommen, wenn die angesprochene Person sich nicht offen für die extremistischen Inhalte zeigte. In vielen Fällen kam es dabei zu einem deutlichen Bruch im Umgangston, der nach einer äußerst freundlichen und vereinnahmenden Ansprache merklich abkühlte.

Die Reaktionen der muslimischen Frauen auf solche niederschwelligen extremistischen Botschaften zeichneten sich durch einen betont zugewandten Umgangston aus, der auch bei Meinungsverschiedenheiten bestehen blieb. Um den dogmatischen Haltungen zu begegnen, wurde ein pragmatischer Umgang mit islamischen Normen vorgestellt, wobei mögliche Lösungsvorschläge und Handlungsoptionen sehr praxisnah und ergebnisorientiert waren.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist die Beschäftigung der Frauen mit der Vereinbarkeit von religiösen Pflichten mit dem in Deutschland geltenden Recht, z.B. die Ansprüche aus islamischen Eheverträgen bei einer Scheidung in Deutschland oder die Möglichkeiten der Religionsausübung am Arbeitsplatz. Die Bezugnahme auf islamische Großgelehrte und islamische Quellen war in den Diskussionen dabei unverzichtbar, um eigene Argumente zu belegen und Lösungsansätze zu legitimieren. Gleichzeitig bestanden große Unsicherheiten, was die deutsche Rechtsprechung betrifft.

Die Frauen griffen in ihren Diskussionen zudem gesamtgesellschaftliche Diskurse auf und machten deutlich, dass sie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Islamfeindlichkeit in Deutschland als ungerecht und bedrohlich wahrnahmen. Die Reaktionen reichten von Politikverdrossenheit über Aufrufe zum politischen Aktivismus bis hin zu Extremformen des politischen Zynismus und Verschwörungserzählungen. Darüber hinaus berichteten sie wiederholt von Alltagssituationen, in welchen sie sich diskriminiert fühlten. In vielen Fällen führten die Frauen diese Begegnungen auf mangelndes Wissen über den Islam oder die Bedürfnisse muslimischer Frauen zurück.

### Themenfelder und Botschaften in „Mainstream-Predigten“ in Deutschland

Der durchschnittliche Moscheegänger erlebt in der Regel keine Hasspredigt, sondern erhält Hinweise für eine religiös-moralische Lebensführung im Alltag. Freitagspredigten machen zumeist religiöse Inhalte im engeren Sinne und ethisch-moralisches Leben zu ihrem Thema. In den Predigten werden im Wesentlichen drei große thematische Bereiche behandelt: die islamische Glaubenslehre (*aqida*), die Praxislehre (*Scharia*) und die Moral-, Ethik- bzw. Charakterlehre (*akhlaq*).

Darüber hinaus beschäftigen sich viele Predigten mit zwischenmenschlichen Beziehungen und Verhältnissen, Erziehung und Bildung, Tugenden, Spiritualität etc. Predigten der DITIB und IGMG befassen sich, wenn auch nicht so häufig wie mit religiösen Fragen, ebenso mit gesellschaftlichen und politischen Themen. Hierzu zählen etwa Krieg und Frieden, Terrorismus und Extremismus, Heimat, Integration, Migration und Partizipation, Gesellschaft, Rassismus, Diskriminierung und Islamfeindlichkeit.

In Bezug auf die Themenkomplexe (1) Rassismus, Diskriminierung und Islam-/Muslimfeindlichkeit sowie (2) Islamistischer Extremismus/Radikalismus und Terrorismus zeigt sich:

Muslimische Verbände sprechen die negativen Erfahrungen von Muslim:innen einerseits deutlich an, deuten sie andererseits aber religiös und mahnen zu einer konstruktiven, friedlichen Bewältigung dieser Erfahrungen. Extremismus und Radikalität erkennen sie als existenzielles Problem für sich und für die deutsche Gesellschaft. Sie vermitteln ihren Gläubigen die konsequente Ablehnung von Extremen und Gewalt und eine Orientierung an der „Gemeinschaft der Mitte“, also der Mäßigung. Sie fordern daher nachdrücklich zu rechtstreuem, aktivem Engagement nicht nur für andere Muslim:innen, sondern für die gesamte Gesellschaft auf.

Das damit verbundene Potenzial für Prävention kann sich aber nicht völlig entfalten, da oft Türkisch immer noch die dominante Sprache ist und dadurch ein Teil der jüngeren Gemeindebesucher:innen oder auch nicht-türkeistämmige Muslim:innen, die nicht oder nicht ausreichend Türkisch verstehen, nicht erreicht werden.

## 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Muslim:innen sind in ein dichtes Netz von Wechselwirkungen eingewoben und wirken selbst in dieses hinein. Diskriminierung und Stigmatisierung, Skepsis und Misstrauen, Sehnsucht nach Akzeptanz und Wertschätzung, aber auch Vertrauen in den Staat und seine Institutionen bestimmen diese Wechselwirkungen.

Zentral ist dabei die „Empfindungslage“ von Muslim:innen: Das Misstrauen, das sie aus Politik, Medien und Gesellschaft spüren, zeigt sich wechselwirkend bei ihnen ebenfalls als Skepsis, in manchen Bereichen gar als Misstrauen. Diskriminierung führt kurzfristig zu weniger Vertrauen von Muslim:innen in bestimmte staatliche Institutionen. Dennoch gibt es weiterhin ein starkes generelles Vertrauen in den Staat und seine Institutionen und – sehr wesentlich – die von muslimischen Verbänden stark ermutigte Bereitschaft vieler Muslim:innen, sich in die gesamte Gesellschaft aktiv einzubringen. Dafür erhoffen sich Muslim:innen Akzeptanz und

Anerkennung, für sich selbst als Individuen, aber auch für ihre Verbände und Vereine und deren Leistungen. Sie erwarten, dass so Diskriminierungen mit der Zeit abnehmen oder gar ganz verschwinden werden.

### **Handlungsempfehlungen für die Politik**

Das Wahr- und Ernstnehmen muslimischer Erfahrungen, Befindlichkeiten und Erfahrungen ist dringend geboten, die nicht schnell und leichthin abgewehrt werden sollten. Nach über sechzig Jahren deutlicher muslimischer Präsenz in Deutschland sollte endlich die rechtliche Anerkennung muslimischer Verbände als Partner des Staates und seiner Organe im Rahmen des Religionsverfassungsrechts erfolgen. Dies würde die jeweiligen Verbände in den *res mixtae*-Feldern, z.B. beim Islamischen Religionsunterricht, transparent mit Recht und Pflichten einbinden und wirkliche Partizipation ermöglichen. Vertrauen und Identifikation mit dem Staat, seinen Organen und der ganzen Gesellschaft würden so sicher zunehmen. Verbunden damit ist eine zwingend erforderliche Veränderung der Sprache und Rhetorik im öffentlichen Raum, wenn es um Muslim:innen und Islam geht. Konstante Abwertung, stigmatisierende Zuschreibungen und Generalisierungen, auch die zunehmende Verknüpfung mit Sicherheits- und Migrationsdiskursen durch Politiker:innen oder Vertreter:innen von staatlichen Organen fördern den Nährboden der Radikalisierung. Hier sind auch die Medien in der Pflicht.

### **Handlungsempfehlungen für Moscheegemeinden**

Muslimische Verbände und Gemeinden sollten ihre deutschsprachigen Angebote vervielfachen, besonders für Kinder und Jugendliche. Deutschsprachige Imame und Religionslehrkräfte, die mit der hiesigen Lebenswelt vertraut sind, sind dafür unverzichtbar. Kooperationen mit Schulen und verbandlicher Jugendarbeit schafft Begegnungsräume und Professionalisierung. Geschützte und wohnortnahe Begegnungsorte (z.B. Frauencafés) sowie juristische Beratungsangebote erscheinen als primärpräventive Maßnahmen geeignet, um sozialer Deprivation muslimischer Frauen entgegenzuwirken, der niederschweligen Ansprache von Extremistinnen zu begegnen und die Bindung an den deutschen Rechtsstaat zu stärken.

### **Handlungsempfehlungen für die Gesamtgesellschaft**

Durch Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen kann man Diskriminierungserfahrungen reduzieren, welche eine Radikalisierung begünstigen und auch bei Co-Radikalisierungsprozessen eine negative Wirkung entfalten können. Die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft sollte Kenntnisse über den Islam vermittelt bekommen, um Vorurteile abzubauen. Medizinisches, pädagogisches und sozialarbeiterisches Fachpersonal sollte für die besonderen Bedürfnisse muslimischer Frauen sensibilisiert werden, um Konfliktsituationen gar nicht erst entstehen zu lassen. ■

### **Literatur**

Pickel, S. & Pickel, G. (2023). Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. M. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 1–30). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-40559-5>.

# Kapitel 7: Salafistische Überbietungsdiskurse im Islamfeld in Deutschland: Wissenssoziologische Diskursanalysen und Handlungsempfehlungen

Youssef Dennaoui (Projekt Deutungsmacht)

## 1. Hintergrund

Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Salafismus als „Phänomen der Radikalisierung“ (Zick 2017) in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren verstetigt: Während zunächst das Interesse an der Diskussion historischer Entwicklungen und theologischer Konzepte die Forschung dominierte, rückte nach und nach die Erforschung lokaler Ausprägungen des Salafismus in den Mittelpunkt des Interesses. Beide Forschungsstränge haben zentrale Aspekte salafistischer Ideologien, Organisationsstrukturen und Mobilisierungsstrategien zu untersuchen und Präventionskonzepte zu entwickeln. Weitgehend unberücksichtigt blieben jedoch Fragen, die die internen Konkurrenzkämpfe zwischen salafistischen Gruppierungen einerseits und zwischen diesen und anderen muslimischen Gruppen und Akteur:innen andererseits betreffen. Diese zeichnen sich auf salafistischer Seite vor allem dadurch aus, dass sie sich eine aggressiv-polemische und auf Zuspitzungen basierende Konkurrenzstrategie bedienen, die darauf abzielt, ihre Gegner mit allen – erlaubten und unerlaubten – Mitteln zu überbieten. Darin – so die These – liegt nicht nur das Konfliktpotenzial salafistischer Konkurrenzstrategien begründet, sondern auch ihre Tendenz zur religiösen Radikalisierung.

Forschungsleitend ist daher die Frage: Wie und unter welchen Bedingungen können salafistische Überbietungsdiskurse zu jenen Konflikten führen, die religiöse Radikalisierung begünstigen?

Um diese Frage zu beantworten, wurden insgesamt sechs salafistische Debatten zwischen 1990 und 2024 in zwei unterschiedlichen Kontexten (Marokko und Deutschland) untersucht. Der Beitrag fasst die Ergebnisse der Analyse einer salafistischen Debatte aus Deutschland zusammen, die zwischen 2013 und 2015 stattfand und hier als *Modernismusdebatte* bezeichnet wird. Es handelt sich dabei um eine Debatte, die von salafistischer Seite in Form einseitiger Angriffe auf reformtheologische Ansätze im Zuge der akademischen Institutionalisierung islamischer Theologien an deutschen Universitäten stattfand. Der salafistische Prediger Pierre Vogel hat sich ab 2013 massiv negativ und polemisch gegen das Zentrum für Islamische Theologie der Universität Münster positioniert. In seiner *Problembeschreibung* nutzt er den bereits entbrannten Streit zwischen den islamischen Verbänden und dem Zentrum für Islamische Theologie, um seine Position vor seinen Anhänger:innen als die wahre und richtige zu proklamieren.

## 2. Methodik

Methodisch wurde eine wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2011) gewählt, um religiöse Wissensinhalte und Konzepte des Islam sowie deren umkämpfte Deutung durch kollektive oder individuelle Akteur:innen in öffentlichen sozialen Debatten zu analysieren. Der Datenkorpus besteht aus 55 Webvideos (YouTube), die mehrfach gesichtet und zeitlich eingeordnet wurden. Für die abschließende Auswertung wurden 19 Webvideos (Gesamtdauer 808 Minuten) transkribiert, kodiert und für die Feinanalyse aufbereitet.

## 3. Hauptergebnisse

In begrifflicher Hinsicht stellen religiöse Überbietungsstrategien besondere Formen der Konkurrenz dar, die meist in Konfliktsituationen auftreten und ohne Rücksicht auf religiös-institutionalisierte Regeln ablaufen. Sie haben eine kompensatorische Funktion, die vor allem von nicht-institutionellen Akteur:innen (hier: aktivistischen Salafist:innen) eingesetzt wird, um das eigene Defizit an institutionalisiertem religiösem Kapital auszugleichen. Sie wirken kompensatorisch, weil sie salafistischen Akteur:innen vor ihren Anhängern temporär

‚religiöse Macht‘ verleihen und sie gegenüber institutionellen Akteur:innen im Islam als gleichwertig erscheinen lassen.

Auf der diskursanalytischen Ebene lassen sich zwei zentrale Befunde hervorheben: Erstens sind salafistische Überbietungsdiskurse als Angriffe auf offizielle religiöse Reform- und Institutionalisierungsprozesse im islamischen Feld zu verstehen. Institutionelle Reformansätze erscheinen aus dieser Perspektive als Verfälschung des Islam, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Der Inhalt der salafistischen Überbietungsstrategie besteht dabei darin, sich selbst religiös-theologisch zu ermächtigen (Selbstautorisierung), im Namen des Islam und der Muslim:innen zu handeln und sich gegenüber den offiziellen theologischen Institutionen als ‚wahrer‘ und ‚authentischer‘ Verkünder und Erretter der Botschaft des Islam vor dem Verlust zu präsentieren.

Zweitens lässt sich eine innere Verbindung von Überbietungsstrategien und *Verlustaffekten* wie Angst, Bedrohung, Verbitterung oder Hass und Wut herausarbeiten. Salafistische Überbietungsdiskurse handeln überwiegend von Verlustwahrnehmungen einer bestimmten Version des Islam, die sie für die wahre halten und die es wiederzuerwecken gilt. Sie sind daher als *Verlustdiskurse* zu bezeichnen, die durch Verlustaffekte angetrieben und – unter bestimmten Bedingungen – aggressiver gemacht werden. Verlust und Errettung sind daher hier als tragende Deutungsmuster zu nennen, die die Persistenz salafistischer Überbietungsangriffe stützen. In dieser Strategie mag auch die Attraktivität der salafistischen Ansprache für Jugendliche liegen, die auf der Suche nach religiösen Sinn- und Identitätsangeboten sind und diese in den etablierten Moscheen nicht oder nur in einer Sprache finden, die sie nicht mehr verstehen. Die hier diskutierten Befunde wollen auf diese Verschränkung von starken negativen Verlustaffekten und Überbietungsdiskursen aufmerksam machen und diese Verschränkung als eine wesentliche Triebkraft salafistischer Radikalisierung begreifen, die durch die akribische Arbeit bestimmter *Verlustprediger* ausgelöst und über längere Zeiträume aufrechterhalten wird.

#### 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Religiöse Überbietungsstrategien liegen nicht objektiv vor. Sie bedürfen der Interpretation und Deutung im jeweiligen Kontext, um als solche erkannt zu werden. Als Radikalisierungsfaktor werden sie deshalb unterschätzt oder gar nicht wahrgenommen. Sie in ihrem Kontext zu beschreiben und ihre Funktionsweisen zu rekonstruieren, kann dazu beitragen, präventive Gegenstrategien zu entwickeln, die möglichen Radikalisierungen frühzeitig entgegenwirken.

#### **Religiöse Institutionalisierungsprozesse des Islam in Deutschland intensivieren und die akademische Islamtheologie stärken**

Religiöse Institutionalisierungsprozesse (religionspolitisch, rechtlich, bildungspolitisch etc.) führen innerhalb salafistisch-politisierter Milieus zu Distanzierungen und negativen Umdeutungen von für Muslim:innen positiven Entwicklungen. Es folgen Gegenangebote im Überbietungsmodus, die solche positiven Ereignisse zum Anlass nehmen, die eigene Version des Islam zu propagieren, die kaum noch Rücksicht auf die Gesellschaft nimmt, in der dieser praktiziert und gelebt wird. Die akademische Islamtheologie sollte (externen) Gegentheologien erforschen und religionspädagogische Instrumente zu ihrer Dekonstruktion entwickeln. Dadurch kann die Kompetenz angehender Islam-Lehrkräfte im Umgang mit salafistischen Überbietungsstrategien gestärkt werden.

#### **Lehrkräfte und Präventionsakteur:innen in Bildungseinrichtungen für die Wahrnehmung von Überbietungspraktiken sensibilisieren**

Als eine Form religiöser Überbietung kann eine „konfrontative Religionsausübung“ (Kiefer 2021) verstanden werden. Diese zeichnet sich durch ein strenggläubiges Religionsverständnis aus, das den Islam als Rechtfertigung für bestimmte provokative Äußerungen oder Praktiken heranzieht. Eine solche Religionsausübung kann zu Konflikten in der Schule führen. Wann dies der Fall ist, hängt jedoch entscheidend davon ab, ob es den Lehrkräften gelingt, die religiöse Begründung einer konfrontativen Äußerung inhaltlich zu bestimmen und von anderen Faktoren pubertärer, persönlicher, familiärer, ethnischer oder sonstiger Art zu isolieren (Nordbruch 2022; Schiffauer 2015). Werden solche Äußerungen und Praktiken von Lehrkräften in ihrem Bereich als



bewusst eingesetzte Überbietungspraktiken wahrgenommen, können sie rechtzeitig präventiv bearbeitet und Maßnahmen gegen ihre Wiederholung ergriffen werden.

### Prozesse religiöser Überbietung mehrdimensional erforschen

Die bisherige Fokussierung auf diskursive Formen der Überbietung bedeutet nicht, dass diese nur diskursiv anzutreffen sind. Sie treten auch als Affektlagen, körperliche Inszenierungen, audiovisuelle Darstellungen oder Organisationsweisen in Erscheinung. Die Fokussierung allein auf die Diskurse religiöser Überbietung erwies sich als dringliche Aufgabe, da es bislang keine Untersuchungen zu diesem besonderen Phänomen gibt und die anderen Dimensionen (Affekte, körperliche Praktiken, audiovisuelle Inszenierungen, Organisationsweisen etc.) (vgl. dazu Krech 2021), unterschiedliche methodische – insbesondere ethnografische – Zugänge erfordern. Das Phänomen sollte zukünftig jedoch nicht nur in seiner Diskursivität, sondern auch in seinen materiellen, audiovisuellen und öffentlichen Manifestationen untersucht werden.

### Soziologische, theologische und religionsvergleichende Forschung zum religiösen Überbietungsphänomen vernetzen

In vergleichender Perspektive könnten Forschungen zu salafistischen Überbietungen als Teil der Erforschung von Co-Radikalisierungsprozessen stärker berücksichtigt werden. So könnten wechselseitige Verstärkungszusammenhänge und Lernprozesse zwischen unterschiedlichen radikalisierten Verlustdiskursen (radikale Salafist:innen versus Rechtsextremist:innen) mit Hilfe qualitativ-rekonstruktiver Analyseverfahren untersucht werden (vgl. Becker und Dennaoui 2025). Auch in vergleichender Perspektive lässt sich das Thema weiter vertiefen und in Richtung einer soziologisch gehaltvollen *Theorie religiöser Überbietungspraktiken* weiterentwickeln. ■

### Literatur

- Becker, P. & Dennaoui, Y. (2025). Religious fundamentalism in a global context. Exploring new dynamics and paradoxes using the example of global Salafism and evangelicalism. (eingereicht)
- Keller, R. (2011). *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. (4. Aufl.) VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiefer, M. (2021). *Konfrontative Religionsausübungen von muslimischen Schülerinnen und Schülern, Analysen & Argumente* (Nr. 425), Konrad Adenauer Stiftung.
- Krech, V. (2021). *Die Evolution der Religion. Ein soziologischer Grundriss* (1. Aufl.). Transcript.
- Nordbruch, Götz (2022): *Konfrontative Religionsbekundung?! Pädagogische Zugänge zu Konflikten jenseits von religiösem Othering und Alarmismus*. In: C. Bossong, D. Dipçin, P. A. Marquardt, F. Schellenberg und J. Drerup. Islamismusprävention in pädagogischen Handlungsfeldern. Rassismuskritische Perspektiven (Band 10718, S. 163-178). Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Schiffauer, W. (2015). *Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention: „Brücken im Kiez“ - ein Projekt der Stiftung Brandenburger Tor* (1. Aufl., Bd. 2699). Suhrkamp.
- Zick, A. (2017). *Salafismus als Phänomen der Radikalisierung: Ein Blick auf den viralen Salafismus und die Frage der Forschungsnotwendigkeiten*. CoRE NRW, Forschungsberichte. [www.uni-bielefeld.de/ikg/core/](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/core/). [Zugegriffen: 26.07.2024].

# Kapitel 8: Räumliche Perspektiven auf die Anfälligkeit für Radikalisierung: Eine Vergleichsstudie

*Sebastian Kurtenbach, Armin Küchler, Linda Schumilas, Yann Rees, Gerrit Weitzel und Andreas Zick (Projekt RadiRa)*

## 1. Hintergrund

In der Literatur findet sich bislang keine systematische Einbeziehung des Raums als Erklärungsfaktor für Radikalisierungsanfälligkeit.

Demnach wäre die islamistische Radikalisierung einer Person beispielsweise in Kabul genauso wahrscheinlich wie in Köln, was nicht plausibel erscheint. Für den deutschen bzw. europäischen Kontext sind vor allem die Unterschiede innerhalb von Städten bedeutsam, die häufig stärker ausgeprägt sind als zwischen Städten (El-Mafaalani et al. 2015). Es macht einen deutlichen Unterschied, ob der Alltag unter den Bedingungen konzentrierter Armut, städtebaulicher Probleme und teils einer als belastend empfundenen sozialen Umwelt gestaltet werden muss oder nicht.

Der Vorteil der räumlichen Perspektive liegt darin, dass die kontextuellen Rahmenbedingungen in Form des alltäglichen Wohnumfelds berücksichtigt werden können. Es ist davon auszugehen, dass Merkmale, die zur Anfälligkeit für Radikalisierung führen, ungleich über eine Stadt verteilt sind. Kontexteffekte von Wohngebieten auf die Anfälligkeit für Radikalisierung sind jedoch bislang kaum untersucht (Hüttermann 2018; Kurtenbach et al. 2024). Der Vorteil eines möglichen Nachweises solcher Kontexteffekte wäre auch, dass sie zur Prävention vor allem der Anfälligkeit für Radikalisierung genutzt werden können, bzw. die zusätzliche Benachteiligung durch den Raum abgemildert werden könnte. Den räumlichen Blick auf Radikalisierung einzunehmen, bedeutet also einen Fortschritt sowohl für die Erklärung als auch die Prävention von Radikalisierung.

Das Forschungsprojekt „Radikalisierende Räume“ (RadiRa) verfolgte entsprechend das Ziel, Erkenntnis darüber zu gewinnen, ob der Raum einen Effekt auf die individuelle Anfälligkeit für Radikalisierung hat.

## 2. Methodik

Die Untersuchung wurde als Fallvergleichsstudie in drei Städten vorgenommen: In Dortmund (Stadtteil Nordstadt), Bonn (Stadtteil Neu-Tannenbusch) und Berlin (im Norden Neuköllns). Alle drei Stadtteile weisen ein ähnliches benachteiligendes sozialstrukturelles Profil in Form einer erhöhten Armutsquote und eines erhöhten Anteils von Zugewanderten aus mehrheitlich muslimischen Ländern auf. Die Vorrecherchen zeigten Unterschiede in der Art der Aktivität der islamistischen Szene.

An den drei Untersuchungsstandorten wurden jeweils drei Teilstudien durchgeführt:

Durch eine Umfragestudie zwischen September und November 2022 wurden Kontexteffekte auf die Anfälligkeit für Radikalisierung untersucht. Hierzu wurden in einer deutschlandweiten Stichprobe 2.029 Personen als Referenzrahmen befragt und mit den drei städtespezifischen Stichproben aus Dortmund (2.075 Befragte), Bonn (2.006 Befragte) und Berlin (2.062 Befragte) verglichen. Basierend auf einer Vorstudie (Kurtenbach et al. 2018) wurden Risikofaktoren ausgewählt, welche gemeinsam das Konstrukt der Anfälligkeit für Radikalisierung bilden: (1) Demokratiemisstrauen, (2) Autoritarismus und (3) Diskriminierungserfahrungen. Die Annahme war, dass das Zusammenfallen dieser Merkmale die individuelle Anfälligkeit für Radikalisierung erhöht und damit ein Radikalisierungsverlauf wahrscheinlicher wird. Als erklärende Variablen wurden Selbstkontrolle, digitaler Kontakt mit politischen Inhalten, Einkommenszufriedenheit, Rechtszynismus und zwischenmenschliches Vertrauen in der Nachbarschaft erhoben.



Zudem wurde eine Interviewstudie umgesetzt, in der jeweils zehn Expert:innen-Interviews mit Fachkräften der Sozialen Arbeit sowie Bewohner:innen-Interviews mit zehn Teilnehmenden und zehn nicht-Teilnehmenden an sozialen Angeboten im Stadtteil geführt wurden. Im Mittelpunkt standen dabei die Auswirkungen des Raums auf die jeweilige Alltagswelt und die Rolle der lokalen Angebotslandschaft für die Radikalisierungsprävention.

Ebenfalls wurden pro Stadtteil einjährige ethnografische Erhebungen vorgenommen, um die Rolle der islamistischen Szene und ihre Interaktion mit der Stadtteilgesellschaft nachzuvollziehen. Dabei wurden sowohl die Rolle des digitalen Raums für den Alltag vor Ort als auch Proteste, v.a. im Zuge des Nahostkriegs 2023/2024, einbezogen. Die ethnografische Feldphase begann jeweils mit Beobachtungen im öffentlichen Raum und im Alltag. Ergänzt wurden die Beobachtungen durch informelle ethnografische Interviews, die als Alltagsgespräche geführt wurden. Durch die Beobachtungen und Gespräche konnten Kontakte zu Personen im Feld aufgebaut werden, die durch ihr lokales *Insiderwissen* wichtige Informationen und weitere Kontakte zur Verfügung stellen konnten. Die Beobachtungen wurden in Feldprotokollen festgehalten, später kamen (kombinierte) Interviews hinzu. Parallel dazu wurden Feldartefakte wie Dokumente, Bilder etc. in die Untersuchung einbezogen. Die Feldprotokolle und Interviews wurden in Anlehnung an die Grounded Theory ausgewertet.

### 3. Hauptergebnisse

#### Umfragestudie: Räumliche Muster der Anfälligkeit für Radikalisierung

Die Ergebnisse zeigen, dass an allen Orten höhere Werte in Bezug auf die eigene Selbstkontrolle, die subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen, aber auch das zwischenmenschliche Vertrauen in der eigenen Nachbarschaft mit einer geringeren Anfälligkeit für Radikalisierung einhergehen. Rechtszynismus (legal cynicism) sowie ein Migrationshintergrund korrelieren jedoch mit einer erhöhten Anfälligkeit für Radikalisierung, ebenfalls an allen Untersuchungsorten. Lediglich der Zusammenhang mit zwischenmenschlichem Vertrauen in der eigenen Nachbarschaft ist in der bundesweiten Befragung geringer ausgeprägt als in den städtischen Befragungen. Dies kann ein Hinweis auf den lokalen Kontext und die soziale Dynamik vor Ort in den untersuchten Städten sein.

Ein weiterer Unterschied zwischen der bundesweiten Befragung und den Stadtbefragungen findet sich bei den digitalen Praktiken. Konkret zeigt sich in den Stadtbefragungen, dass bei Personen, die sich verstärkt im Internet über politische und religiöse Themen informieren, ein positiver Zusammenhang mit Radikalisierungsanfälligkeit besteht, während dies in der bundesweiten Befragung nicht der Fall ist.

Die muslimische Religionszugehörigkeit steht nur in Bonn und Gesamtdeutschland in einem signifikanten Zusammenhang mit Radikalisierungsanfälligkeit. Für Dortmund und Berlin zeigt sich ebenfalls ein negativer Zusammenhang, der jedoch nicht signifikant ist. Das heißt, dass Befragte mit muslimischer Religionszugehörigkeit tendenziell eine geringe Radikalisierungsanfälligkeit angeben.

Ein signifikanter, aber in seiner Ausprägungsstärke sehr schwacher Faktor ist in Dortmund der Anteil des Wandervolumens im Stadtteil. Je höher dieser Anteil tendenziell ist, desto geringer ist der Zusammenhang mit der Radikalisierungsanfälligkeit. In Berlin zeigt sich für den Anteil der unter 18-Jährigen im Stadtteil ein leicht erhöhter Zusammenhang mit der Radikalisierungsanfälligkeit. In allen anderen Untersuchungsorten zeigt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Abschließend kann attestiert werden, dass individuell berichtete Faktoren eine dominante Rolle im Prozess der Radikalisierungsanfälligkeit spielen. Die Rolle sozialstruktureller Merkmale des Raums, in dem sich die Befragten bewegen, scheint dem untergeordnet zu sein.

#### Interviewstudie: Lokale Einsichten zu Faktoren der Anfälligkeit für Radikalisierung

Die Betrachtung der Ergebnisse der Interviewstudien mit Bewohner:innen und Fachkräften der drei Untersuchungsstadtteile zeigt, dass sich die betreffenden Akteur:innen der Kontexteffekte, welche die Anfälligkeit für die Radikalisierung erhöhen können, bewusst sind. Präventiv wirkende Strategien seitens der Bewohner:innen können dabei einerseits friedliche Koexistenz beinhalten, wobei hier vor allem die kurzfristige Vermeidung von Konflikten im Vordergrund steht, eine Abschwächung von Kontexteffekten allerdings nicht erzeugt wird.

Andererseits weist soziale Kontrolle im Raum eine präventive Wirkung auf, die als ein Lerneffekt aus vergangenen Vorfällen islamistischer Raumnahme beschrieben werden kann.

Die lokale Nachbarschaft übernimmt hier eine Schutzfunktion und kann teilweise auch Aufgaben übernehmen, die von der Angebotslandschaft vor Ort nicht abgedeckt werden. So kann der Raum potenziell die Anfälligkeit für Radikalisierung reduzieren. Das ist besonders dann notwendig, wenn Lücken in der Angebotslandschaft bestehen, weil Zuständigkeiten für stadtteilrelevante Themen und insbesondere Radikalisierung(sprävention) nicht abschließend geklärt sind.

### **Ethnografie vor Ort: Islamismus als Fragment des Alltags**

Die Veränderungen der Szene in den letzten Jahren führten zunächst zu einem Rückgang der öffentlichen islamistischen Agitation. Nach den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 und den darauf folgenden Reaktionen in Berlin und anderen Orten in Deutschland ist jedoch eine verstärkte Rückkehr auf die Straße zu beobachten, auch von Akteur:innen, die zuvor stärker in den sozialen Medien aktiv waren. Sie instrumentalisieren den Konflikt und die schreckliche Lage in Gaza, um Anhänger:innen zu mobilisieren und anti-israelische und antisemitische Narrative zu verbreiten und gleichzeitig für ihre eigenen Botschaften und Ziele zu werben, wie die Rückkehr zum Kalifat und die Stärkung der (vermeintlichen) muslimischen Einheit und Identität.

Gleichzeitig zeigte sich, dass es in allen Untersuchungsorten Institutionen gibt, die dem legalistischen Islam zuzuordnen sind. Diese Gruppierungen verfügen zum Teil über gewachsene Strukturen. Sie sind in den Räumen präsent, werben aber weder stark nach außen, noch versuchen sie, den Raum für sich zu vereinnahmen. Sie fügen sich in die Struktur des Raums ein und verfügen in erster Linie über eine Komm-Struktur, d.h. die Menschen vor Ort müssen in die Einrichtungen kommen. Dabei vermitteln sie ein separatistisches, aber nicht verbotenes Islambild. Ein solches Angebot knüpft auch stark an die Identitätsebene an, indem es verspricht, das (vermeintliche) Spannungsverhältnis zwischen „islamischer Tradition“ und „westlicher Kultur“ zugunsten einer islamischen Identität aufzulösen.

## **4. Fazit und Handlungsempfehlungen**

Alles in allem zeigt das Projekt im Hinblick auf die Anfälligkeit für Radikalisierung, dass Raum bedeutsam ist. Menschen organisieren ihren Alltag in lokalen Alltagswelten, welche einen Einfluss auf diese ausüben. Das kann benachteiligend sein, bringt aber auch Handlungsoptionen für präventives Handeln mit sich.

Bezieht man die Ergebnisse der drei Teilstudien aufeinander, so zeigt sich, dass die Alltagswelt der Menschen – ebenso wie die Stadtteile, in denen sie leben – sie vor die Herausforderung stellt, mit dieser in einen Aushandlungsprozess zu treten. In diesem Aushandlungsprozess erfahren Menschen Restriktionen, aber auch Ressourcen und gehen mit diesen in Abhängigkeit von ihren individuellen Merkmalen um. Wenn es vor Ort wenig Solidarität und nachbarschaftliches Miteinander gibt, wenn lokale soziale Einrichtungen keine alltägliche Anlaufstelle sind und das soziale Umfeld belastend ist, kann dies die Anfälligkeit für Radikalisierung erhöhen.

Gerade dort, wo Menschen Ausgrenzungserfahrungen machen oder sich und ihre Interessen in einem politischen Konflikt nicht wahrgenommen sehen, ist es wichtig, islamistischen Akteur:innen nicht das Feld zu überlassen und entsprechende Gegenangebote zu machen. Die Förderung und Stärkung zwischenmenschlicher sozialer Beziehungen im lokalen Umfeld der Nachbarschaft scheint ein vielversprechender Ansatz zu sein, um Radikalisierungsanfälligkeit vorzubeugen.

Dementsprechend muss es bei der Prävention darum gehen, den Blick auf die räumliche Ebene sowie den digitalen Raum zu richten und die territoriale Stigmatisierung eines Ortes als sog. *Hot Spot* zu vermeiden, soziale Dienste und Angebote als Ausdruck kommunaler Sozialpolitik zu stärken, das Vertrauen in öffentliche Institutionen und Einrichtungen zu fördern und den lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dazu braucht es sowohl eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen als auch einen *Governance*-Ansatz zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Ein Ausdruck dessen sind kommunale Handlungskonzepte. Diese finden sich noch nicht in der Fläche, bieten aber den organisatorischen Rahmen für eine Verknüpfung von staatlicher Ebene, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Stadtteilebene. ■

## Literatur

- El-Mafaalani, A., Kurtenbach, S. & Strohmeier, K.P. (2015). Vorwort. In A. El-Mafaalani, S. Kurtenbach & K.P. Strohmeier (Hrsg.), *Auf die Adresse kommt es an* (S. 9–17). Beltz.
- Hüttermann, J. (2018). Neighbourhood effects on jihadist radicalisation in Germany? *International Journal of Conflict and Violence*, 12, 1–16. <https://doi.org/10.4119/UNIBI/ijcv.649>.
- Kurtenbach, S., Küchler, A. & Zick, A. (2024). Radicalizing spaces: Neighborhood effects on susceptibility to radicalization. *European Journal of Criminology*, Advance online publication.
- Kurtenbach, S., Linßner, J. & Weitzel, G. (2018). *Anfällig für Radikalisierung?* BICC.

# Kapitel 9: Kränkungserfahrungen, Ressentiment und Radikalisierung in der muslimischen Bevölkerung

*Evelyn Bokler, Sarah Demmrich, Özkan Ezli, Mouhanad Khorchide, Olaf Müller, Detlef Pollack und Levent Tezcan (Projekt Ressentiment)*

## 1. Hintergrund

Mit Blick auf die Frage nach den Ursachen von Islamismus und Radikalisierungstendenzen unter Muslim:innen verweist die Forschung unter anderem auf Vorurteile gegenüber dem Islam, Mechanismen der kulturellen Ausgrenzung, Prozesse der sozialen Diskriminierung, Segregationstendenzen sowie Integrationsprobleme (Pollack 2014, 2016; Pickel und Pickel 2019). Wenig Beachtung findet indes der Zusammenhang zwischen emotionalen Befindlichkeiten und Radikalisierung. Eben diese emotionalen und affektiven Befindlichkeiten von Muslim:innen (bzw. Migrant:innen allgemein) stand im Zentrum des Projekts *Ressentiment* („Ressentiment als affektive Grundlage von Radikalisierung“).

Das Projekt hat dazu beigetragen, die einseitige Konzentration auf die sicherheitspolitischen Aspekte von Radikalisierung zu überwinden und stärker die kulturellen, religiösen und sozialen Wurzeln zu berücksichtigen, aus denen die radikalen Einstellungen und Handlungen erwachsen. Hierzu wurde ein Fokus auf die Zusammenhänge zwischen Kränkungsgefühlen, Ressentiment und Radikalisierung gelegt. *Ressentiment* bezeichnet dabei die Verfestigung eines Gefühls der Kränkung, das negative soziale Erfahrungen ins Zentrum stellt, positive Erfahrungen hingegen entwertet. Als Zusammenspiel (1) ausgeprägter Kränkungsgefühle und (2) starker Feindbilder bei gleichzeitig (3) geringer Lernbereitschaft und (4) geringer Kritik-/Reflexionsfähigkeit können solche verfestigten Gefühle langfristig zu negativen Einstellungen gegenüber der sozialen Umwelt beitragen und Radikalisierungsprozesse begünstigen.

Das Projekt ging der Frage nach, welche Bedeutung Affektlagen des Ressentiments für Radikalisierungen besitzen und auf welche Weise sie mit Kränkungsgefühlen, kollektiven Zurechnungen, Wahrnehmungsmustern und Demütigungserfahrungen zusammenhängen. *Ressentiment* wurde aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet: Es wurden sowohl seine Erscheinungsformen untersucht als auch die sozialen und individuellen Bedingungen, die seine Ausbildung begünstigen. Welche Rolle diese Affektlagen für einen Radikalisierungsprozess spielen können, stand ebenso im Fokus wie die Frage nach der Verbreitung eines *Ressentiments* unter Muslim:innen. Es stellte sich zudem die Frage, inwiefern die Ausbildung von *Ressentiments* und ihre Auswirkungen bei Muslim:innen mit dem Islam verbunden auftreten.

## 2. Methodik

Das Projekt kombinierte quantitative und qualitative Methoden. Zwischen Juli 2023 und April 2024 wurde eine quantitative Umfrage unter Muslim:innen mit Migrationshintergrund durchgeführt. Die 1.887 Teilnehmenden wurden zu den vier Faktoren befragt, die zusammen das *Ressentiment*-Konzept bilden: (1) kollektive Kränkungsgefühle, (2) Feindbilder (anti-westlich, antisemitisch, anti-assimilierte Muslim:innen), (3) kollektive Lernbereitschaft sowie (4) kollektive Kritik-/Reflexionsfähigkeit.

Zwischen Oktober 2021 und Mai 2024 wurden 81 Interviews mit insgesamt 131 Proband:innen geführt, davon 50 Einzelinterviews und 26 Gruppeninterviews. Die Proband:innen waren größtenteils türkeistämmig, mit einem geringen Anteil von arabischstämmigen Personen. Die Themen umfassten unter anderem gesellschaftliche Teilhabe, den Blick auf Islam in Deutschland, Diskriminierungserfahrungen, Identität und das Verhältnis zu Deutschen.

In weiteren 23 qualitativen Interviews, zum Teil mit inhaftierten radikalisierten Personen mit einem muslimischen Hintergrund, und zum Teil mit aus der Radikalisierung ausgestiegenen Personen, stand die Rolle von Ressentiments und Religion bei der Präventionsarbeit bzw. Deradikalisierung im Fokus.

Um den Zusammenhang von Ressentiment mit Kränkungsgefühlen und Radikalisierung zu differenzieren sowie zu ergründen, wie Muslim:innen Kränkungerfahrungen verarbeiten und welche Rolle ihr Glaube dabei spielt, wurden 17 Menschen mit muslimischem, vorwiegend arabischem Migrationshintergrund interviewt. Es wurde eine heterogene Stichprobe anhand der Kriterien Geschlecht, Alter, Herkunft und Ausbildung zusammengestellt. Als unabhängige Variable wurde der muslimische Glaube herangezogen, der für die eigene Identitätskonstruktion eine erhebliche Rolle spielt und je nach Verständnis zu unterschiedlichen Umgangsformen mit Kränkung (abhängige Variable) führen kann.

Zusätzlich wurde eine qualitative Textanalyse durchgeführt, um zu analysieren, wie Islamist:innen Kränkungerfahrungen und Opferdiskurse verarbeiten und Menschen mit Ressentiment ansprechen, um sie gegen die deutsche Gesellschaft zu mobilisieren. Hierfür wurden u.a. YouTube-Videos des islamistischen Predigers Abul Baraa dahingehend ausgewertet, inwiefern in seinen Videos ein Zusammenhang zwischen Extremismus und Ressentiment zu erkennen ist.

### 3. Hauptergebnisse

#### Ressentiment und Radikalisierung aus quantitativer Perspektive

Die zugrunde gelegten vier Ressentimentvariablen lassen sich bei den Befragten in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Kombination finden. 20 % der Stichprobe weisen hohe Kränkungsgefühle und starke Feindbilder bei gleichzeitig geringerer Lernbereitschaft und Kritik-/Reflexionsfähigkeit auf. Ein gegensätzliches, ressentimentfreies Profil zeigt sich bei 29 % der Befragten: Hier gehen geringe Kränkungsgefühle und geringe Feindbilder mit höherer Lernbereitschaft und höherer Kritik-/Reflexionsfähigkeit einher. Die übrigen 51,2 % weisen bei den vier Variablen entweder durchschnittliche oder geringe Werte auf.

Die Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Ressentiment und Soziodemografie, Sozialstruktur, Integration, Religion und vorläufige Berechnungen zum Zusammenhang mit Radikalisierung zeigen einige signifikante Unterschiede zwischen der Ressentiment-Gruppe und der ressentimentfreien Gruppe:

Die Ressentiment-Gruppe ist signifikant jünger, gehört häufiger zur zweiten und dritten Migrant:innengeneration, hat seltener eine höhere Bildung und verdient im Durchschnitt weniger als die ressentimentfreie Gruppe. Die Muslim:innen der Ressentiment-Gruppe schätzen ihre Deutschkenntnisse höher ein als die ressentimentfreie Gruppe, sind jedoch emotional (Verbundenheit mit Deutschland) und sozial (Kontakte mit Nicht-Muslim:innen) schlechter integriert. Zudem zeigen sie eine geringere Integrationsbereitschaft und stimmen eher der Aussage zu, dass Muslim:innen sich nicht in nicht-muslimische Gesellschaften integrieren sollten. Unterschiede finden sich auch bei verschiedenen Religiositätsindikatoren: Muslim:innen der Ressentiment-Gruppe weisen eine deutlich höhere subjektive Religiosität auf und besuchen häufiger die Moschee als Muslim:innen der ressentimentfreien Gruppe. Zudem ist die Ressentiment-Gruppe stärker orthodox religiös und stärker fundamentalistisch geprägt als die ressentimentfreie Gruppe.

Die größten Unterschiede zeigen sich in der Radikalisierung. Bezogen auf eine Radikalisierung ohne Gewalt (Abay Gaspar et al. 2019) befürwortet über die Hälfte der Ressentiment-Gruppe islamismusbezogene Aussagen (Islam als letztgültige politische Autorität, *Scharia*befürwortung). Etwa ein Drittel würde an nicht genehmigten Demonstrationen für die Rechte von Muslim:innen teilnehmen. Die Zustimmungen zu diesen drei Aussagen liegen in der ressentimentfreien Gruppe zwischen 2 und 8 %. Hinsichtlich einer Radikalisierung mit Gewalt zeigt sich, dass ein Drittel der Ressentiment-Gruppe reaktive Gewalt akzeptiert, 16 % den Koran als Legitimationsgrundlage für Gewalt ansehen und 11 % selbst Gewalt einsetzen würden, um muslimische Interessen zu verteidigen. In der ressentimentfreien Gruppe sind die Zustimmungen hier erneut deutlich geringer (zwischen 0 und 5 %).

Erste weiterführende Analysen zeigen, dass sich Ressentiment als eigenständiger und hochsignifikanter Prädiktor für Radikalisierung ohne und mit Gewalt erweist, auch unter Berücksichtigung einer Vielzahl weiterer unabhängiger Variablen, wie Sozialstruktur, Integration, Benachteiligungswahrnehmungen und Religiosität.

### **Ressentiment als Affektlage**

Kränkungen allein reichen noch nicht für das Aufkommen des Ressentiments aus. Denn die damit in Verbindung stehenden negativen Affekte und Zustände (Hass, Zorn, Neid und Ohnmacht bei Unterlegenheit, Gewalterfahrungen und Verletzungen) können in sozialen und institutionellen Auseinandersetzungen und Diskursen bearbeitet und repariert werden. Ressentiment bildet sich dann aus, wenn eine empfundene Kränkung nicht ausagiert werden kann, sich Betroffene in einer Ohnmachtssituation wiederfinden und dann fragen, wer Schuld an ihrer emotionalen Misere hat. Die Schuld wird dann einem bösen und abstrakten Täter oder einem abstrakten und bösen System zugeschrieben. Daher trägt das Ressentiment nicht dazu bei, eine tatsächliche oder vermeintliche Kränkung und ungerechte Behandlung zu verarbeiten, sondern dazu, dass sie stets wiederempfunden wird.

### **Die Rolle von Groß Erzählungen im (De-)Radikalisierungsprozess**

Die Gespräche mit radikalisierten Personen zeigen unabhängig vom Alter, dass grundsätzlich zwischen Faktoren, die Radikalisierungsprozesse begünstigen, und Radikalisierungserzählungen unterschieden werden muss. Der Begriff *Erzählung*, konkreter *Groß Erzählung*, bildet ab, dass es sich dabei nicht um religiöse oder politische Argumente, reale Fakten oder rational nachvollziehbare Diskurse handelt. Stattdessen handelt es sich um hoch emotional aufgeladene Narrative, die das Selbst- und Weltbild prägen und somit identitätsstiftend sind.

Bei allen radikalisierten Interviewpartner:innen findet sich eine stark anti-westliche Groß Erzählung, die sich auf Ungerechtigkeiten durch den Westen bezieht, denen Muslim:innen weltweit ausgesetzt seien, und die als Begründung für die eigene radikale Haltung dargelegt wird. Einige erzählen von Diskriminierungserfahrungen der Muslim:innen in europäischen Gesellschaften, allerdings als abstraktes Phänomen und nicht als eigene durchlebte Erfahrung. Diese Groß Erzählung teilen gewalttätige Personen mit denen, die zum Islamismus gehören und trotzdem Gewalt ablehnen. Warum Menschen, die dieselben negativen Groß Erzählungen bedienen, sich nicht alle radikalisieren und zur Gewalt greifen, kann nur individuell beantwortet werden. Die Auseinandersetzung mit den Biografien von Radikalisierten im Gefängnis deutet auf sozialpsychologische Hintergründe hin.

### **Die Rolle des Glaubens im Umgang mit Kränkungserfahrungen**

Der muslimische Glaube half der Mehrheit der Proband:innen ihre Resilienz zu stärken, Gemeinschaft zu schaffen und vor Ressentiment oder gar vor Radikalisierung zu schützen. Denn obwohl die interviewten Proband:innen von Kränkungserfahrungen berichten, entwickeln viele unter ihnen, mit bewusstem Verweis auf ihren muslimischen Glauben, alternative Verarbeitungsprozesse zu einem Ressentiment oder einer Radikalisierung.

Entscheidend bei der Verarbeitung von Kränkungserfahrungen sowie der Positionierung des Einzelnen zur Gesellschaft ist, welche islamische Lesart den Gläubigen angeboten wird bzw. welcher sie individuell folgen. Daraus ergibt sich, wie die Betroffenen aus ihrem Glauben heraus auf ihre Kränkungserfahrungen in der Gesellschaft blicken und diese verarbeiten. Fundamentalistische Lesarten bestärken ressentimentale Affektlagen. Beim Ressentiment und seinem Verhältnis zu Radikalismus muss ferner unterschieden werden: Nicht jeder Radikale verspürt ein Ressentiment. Und nicht jeder Mensch mit einem Ressentiment muss in die Radikalisierung abgleiten oder gar Extremist:in werden. Dennoch bezeugen die Ergebnisse, dass religiös gebundene Narrative wie Brücken vom Ressentiment in Richtung Radikalisierung fungieren können.

### **Ressentiment in der Ansprache durch Islamist:innen**

Die Analyse der YouTube-Videos zeigt: Gewisse Brückennarrative des Ressentiments und extremistischer Ideologien wie dem Islamismus scheinen geeignet, Muslim:innen mit einem Ressentiment und/oder mit



Kränkungserfahrungen für einen radikalen Aufbruch in die Tat anzusprechen. Es ist v.a. das Opfernarrativ, das für ein *self-empowerment* verwendet wird und in dem negative Erfahrungen als Glaubensprüfungen gedeutet werden. Islamist:innen wie Abul Baraa bestätigen das Gefühl der Ausgegrenztheit (Kränkungserfahrung), das sie mit der Auserwähltheit vor Gott als „wahre Muslim:innen“ adeln und sinnstiftend aufladen. Abul Baraa nutzt also den Glauben, um im Namen des Islam für die als diskriminiert und gedemütigt wahrgenommene Glaubensgemeinschaft zu kämpfen und sich als „ganz anders“ sowie nicht dazugehörig zu fühlen. Für Kränkungserfahrungen wird pauschal die Mehrheitsgesellschaft verantwortlich gemacht. Extremist:innen wie Abul Baraa sind also an der Erzeugung bzw. an der Instrumentalisierung eines Ressentiments interessiert, da es ihnen hilft, Keile in die Gemeinschaft zu treiben und Menschen mit Ressentiment zu radikalieren.

#### 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Ressentiment scheint durch die Spannung zwischen hohen Kränkungsgefühlen und starken Feindbildern bei gleichzeitig geringer kollektiver Lernbereitschaft und Reflexionsfähigkeit gekennzeichnet zu sein. Immerhin bei einem Fünftel der befragten Muslim:innen ist dieses Zusammenspiel erkennbar. Das Projekt zeigt jedoch, dass Kränkungsgefühle nicht notwendig in eine verfestigte Affektlage des Ressentiments hineinführen müssen und dass Ressentiments auch nicht in jedem Fall der Nährboden für Radikalisierungen sind. Dabei können bestimmte Formen von Religiosität als Brückenmedium eine bedeutsame Rolle spielen, sowohl beim Weg in die Radikalisierung als auch bei den alternativen Wegen.

Ein zentraler Faktor, der zur Radikalisierung beiträgt, sind vom Islam geprägte Groß Erzählungen, die den Radikalisierungstendenzen einen individuell anzueignenden Sinn verleihen. Es wird zudem deutlich, dass Gegen Erzählungen allein nicht reichen, um Radikalisierungserzählungen zu irritieren. Hierzu braucht es zusätzlich entweder eigene positive Erfahrungen, die nicht oder nur schwer mit der Radikalisierungserzählung vereinbar sind, oder Gegenerzählungen, mit denen sich die Betroffenen als Teil des eigenen Selbst- und Weltbilds identifizieren können. In der Präventionsarbeit geht es daher darum, sich um die Etablierung und Generierung von Groß Erzählungen zu bemühen, die als Gegenerzählungen zur Radikalisierung gelten.

Groß Erzählungen über einen islamhassenden Westen können am besten durch Groß Erzählungen über den positiven Beitrag westlicher Gesellschaften im Zusammenhang mit dem Islam und den Muslim:innen irritiert werden, durch gezielte Maßnahmen im Bereich Bildung, Jugendarbeit, Medien, aber auch in der persönlichen sowie kollektiven Kommunikation auf der emotionalen Ebene. Räume der positiven Erfahrungen sind zudem entscheidend, um nicht nur die negative antiwestliche Groß Erzählung zu irritieren, sondern um präventiv ein positives Weltbild vom Westen/von der Mehrheitsgesellschaft zu etablieren. Auch eine positive Groß Erzählung über den Islam und Muslim:innen selbst (Muslim:innen als Bereicherung für die Gesellschaft), also nicht nur über „den Westen“ und über die Mehrheitsgesellschaft, ist Teil der anzustrebenden Lösung. Dies gilt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Muslim:innen und Nicht-Muslim:innen zugleich. Hierfür sind nicht nur Bildungseinrichtungen und Moscheegemeinden gefordert, sondern auch Medien und Politik.

Schließlich besteht eine große Herausforderung für die Präventionsarbeit darin, dass ausgewogen über Diskriminierung und Benachteiligung von Muslim:innen gesprochen werden muss, also ohne, dass dadurch der nicht-muslimische Teil der Gesellschaft zu einem moralischen Täter und Muslim:innen zu Opfern stigmatisiert werden. Eine inflationär verwendete Rede von Diskriminierung läuft Gefahr, die Radikalisierungserzählung zu bestärken. Hier ist auch die Forschung in der Pflicht, sich stärker mit Kriterien von anti-muslimischem Rassismus auseinanderzusetzen. ■

#### Literatur

- Abay Gaspar, H., Deitelhoff, N., Daase, C., Sold, M. & Junk, J. (2019). Vom Extremismus zur Radikalisierung: Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen. In C. Daase, N. Deitelhoff, & J. Junk (Hrsg.), *Gesellschaft Extrem: Was wir über Radikalisierung wissen* (S. 15–44). Campus.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2019). Der „Flüchtling“ als Muslim–und unerwünschter Mitbürger? In O. Hidalgo & G. Pickel (Hrsg.), *Flucht und Migration in Europa: Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften* (S. 279–323.). Springer.



Pollack, D. (2014). Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas: Erste Beobachtungen. In D. Pollack, O. Müller, G. Rosta, N. Friedrichs, and A. Yendell (Hrsg.), *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa* (S. 13–34). Springer.

Pollack, D., Müller, O., Rosta, G. & Dieler, A. (2016). *Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland*. Universität Münster. [https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion\\_und\\_politik/aktuelles/2016/06\\_2016/studie\\_integrations\\_und\\_religion\\_aus\\_sicht\\_t\\_\\_rkeist\\_\\_mmiger.pdf](https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integrations_und_religion_aus_sicht_t__rkeist__mmiger.pdf).

# Kapitel 10: „Deutscher Islam“ zwischen antimuslimischem Rassismus und „Islamismus“? Zur Co-Produktion eines kontroversen Konzepts

Özgür Özvatan (Projekt D:Islam)

## 1. Hintergrund

Islamismus stellt sowohl für die nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft als auch für muslimische Communities in Deutschland eine erhebliche Herausforderung dar. Schon länger wird argumentiert, dass islamistische Akteur:innen gezielt versuchen, muslimische Gemeinschaften unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Verrats zu delegitimieren und alternative Lebensentwürfe als unislamisch zu brandmarken. Parallel dazu gewinnt in muslimischen Communities ein ethnonationalistisch geprägter Diskurs an Bedeutung, der durch nostalgische Narrative über die glorreiche Geschichte der Muslim:innen vermeintlich authentische kulturelle Werte propagiert. Vor diesem Hintergrund formulierte Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, auf der Deutschen Islamkonferenz 2018 die Vision eines „Deutschen Islam“. Diese sollte von den in Deutschland lebenden Muslim:innen selbst geprägt und getragen werden. Die Forderung stieß auf kontroverse Reaktionen: Während einige sie als Möglichkeit betrachteten, einen adaptiven, lokal verankerten Islam zu entwickeln, lehnten andere sie mit der Begründung ab, der Islam sei eine universelle Religion, die sich nicht nationalisieren lasse.

Das Projekt „Deutscher Islam als Alternative zum Islamismus?“ (D:Islam) untersuchte, ob ein „Deutscher Islam“ jenseits von normativen oder politischen Vorgaben in Gemeinden, Verbänden und der Zivilgesellschaft entstanden ist. Es analysierte zudem, welche Substanz und Konturen er im Spannungsfeld zwischen antimuslimischem Rassismus und islamistischem Extremismus entwickelt.

Im Themenkomplex (1) islamistisch-extremistische Phishing-Strategien wurde untersucht, wie entsprechende Akteur:innen versuchen, online Mitglieder in muslimischen Communities zu rekrutieren.

Der Themenkomplex (2) Community Defense stellte den Umgang muslimischer Communities mit islamistischen Einflussnahmegesuchen in den Mittelpunkt. Hier wird ein Hauptaugenmerk darauf gelegt, wie muslimische Frauenorganisationen mit Bedrohungen umgehen.

Im Themenkomplex (3) „Deutscher Islam“ wurde schließlich zusammenführend ein Konzept beleuchtet, das aus den obigen zwei Themenkomplexen empirisch belastbare Anhaltspunkte für die Theoretisierung des Konzepts „Deutscher Islam“ generiert.

## 2. Methodik

Das Projekt verfolgte einen Mixed-Methods-Ansatz, bei dem sowohl qualitative als auch quantitative Methoden zum Einsatz kamen.

Islamistische Phishing-Strategien und digitale Radikalisierungsmechanismen wurden anhand von 3.000 TikTok-Videos muslimischer Content Creator untersucht. Hier wurde unter anderem das programmatische Social Media-Angebot von extremistischen und deradikalisierenden Accounts mit Blick auf das Angebot der narrativen Überzeugungsarbeit verglichen (Ali et al. 2023).

Zudem wurden qualitative Interviews mit sechs muslimischen Frauenorganisationen geführt, um deren Erfahrungen mit antimuslimischem Rassismus sowie religiös begründetem Extremismus zu erfassen. Dabei wurden Selbstverständnis, Bedrohungswahrnehmung und Strategien der Abwehr analysiert. Die Interviews wurden

zwischen Juni und Dezember 2022 vor Ort und online durchgeführt und nach der Grounded-Theory-Methode (Glaser und Strauss 1998) ausgewertet.

Schließlich wurde die gesellschaftliche Aushandlung eines „Deutschen Islam“ als Antwort auf revisionistische und essentialistisch-partikularistische Islamismus-Ansätze untersucht. Dabei wurde berücksichtigt, wie sich muslimische Communities zwischen antimuslimischem Rassismus und islamistischer Einflussnahme positionieren und welche hybriden Identitätskonstruktionen daraus entstehen.

### 3. Hauptergebnisse

#### Islamistische Phishing-Strategien in der digitalen Welt

Islamistische Akteur:innen nutzen gezielt Social Media-Plattformen, insbesondere TikTok, um junge Muslim:innen zu rekrutieren. Sie setzen auf algorithmische Verstärkung durch personalisierte Inhalte, die gezielt Unsicherheiten und Ausgrenzungserfahrungen ansprechen. Diese Narrative verstärken ein stark vereinfachtes und hybrides Islamverständnis, das sich aus Religion, Männlichkeit, Popkultur und Stärke zusammensetzt (Ceylan und Jokisch 2014). Zudem zeigt sich, dass islamistische Online-Strategien sich nicht an Radikalisierungsbereite richten, sondern an bereits Radikalisierte, um sie ideologisch weiter zu festigen. Dabei wird auf exklusives Wissen und spezifische ideologische Vorannahmen zurückgegriffen, die von unbeteiligten Akteur:innen oft nicht gleichermaßen erkannt werden (Ali et al. 2023).

#### Community Defense: Strategien muslimischer Frauenorganisationen

Muslimische Frauenorganisationen sind in hohem Maße von antimuslimischem Rassismus betroffen. Dieser äußert sich auf diskursiver Ebene, beispielsweise durch subtile oder explizit geäußerte Vorurteile, Misstrauen und Generalverdacht oder Diffamierungen und Verleumdungen. Auf materieller Ebene erfahren muslimische Frauenorganisationen Ausschlüsse von Arbeitsgruppen oder die Ablehnung von (Förder-)Anträgen (El Sayed 2023). In den Interviews wurde betont, dass muslimische Frauen als Vertreterinnen ihrer Organisationen nicht auf Augenhöhe wahrgenommen werden und ihnen oft die objektive Urteilsfähigkeit abgesprochen wird (ebd.).

Während islamistische Einflussnahme als weniger akute Bedrohung wahrgenommen wurde, berichteten einige Organisationen von Versuchen islamistischer Akteur:innen, ihre Arbeit zu diffamieren oder zu instrumentalisieren. Besonders betroffen sind Organisationen, die sich stark politisch und medial positionieren. Die Umgangsstrategien mit islamistischen Akteur:innen umfassen Konfrontation, Antwortverweigerung, Löschen von Social Media-Posts und Sensibilisierung (von Communities und vulnerablen Gruppen). Die Grenzziehungsprozesse gegenüber religiösen Extremist:innen konsolidieren bereits bestehende Grenzen, die jedoch nicht entlang der Kategorien Geschlecht, Religion oder *race* verlaufen, sondern vielmehr entlang der politischen Haltung. Eine solche Art der Grenzziehung kann als Hinweis auf ein postmigrantisches Selbstverständnis gedeutet werden, in dem weniger die sozialen Identitätskategorien als die politische Positionierung die Grenzen substantiieren.

#### „Deutscher Islam“ als Konfliktfeld

Das Projekt zeigt, dass die Genese eines „Deutschen Islam“ maßgeblich durch gesellschaftliche Konflikte beeinflusst wird. Dabei entsteht ein bipolares Spannungsfeld zwischen antimuslimischem Rassismus und islamistischem Extremismus. Beide Pole versuchen, die Aushandlung eines adaptiven, pluralistischen Islammodells in Deutschland zu konterkarieren. Während islamistische Akteur:innen das Narrativ eines „verratenen Islam“ propagieren, nutzen antimuslimische Akteur:innen die Vorstellung eines „fremden Islam“, um exkludierende Diskurse zu rechtfertigen.

Technologische Transformationen, insbesondere algorithmisch verstärkte Radikalisierungsstrategien, spielen dabei eine entscheidende Rolle. Studien belegen, dass Empfehlungssysteme auf Plattformen wie TikTok radikale Inhalte verstärken können (Weimann 2016). Die digitale islamische *Advocacy*-Arbeit stellt somit ein entscheidendes Gegengewicht dar, indem sie hybride, ambivalenzoffene Aushandlungsprozesse unterstützt.

## 4. Fazit und Empfehlungen

Die Studie zeigt, dass die Zukunft eines „Deutschen Islam“ entscheidend von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen abhängt. Während islamistische und antimuslimische Strömungen versuchen, die Entwicklung eines pluralistischen Islammodells in Deutschland zu verhindern, gestalten muslimische Communities aktiv alternative Identitätsmodelle. Die digitale Welt spielt dabei eine zunehmende Rolle, sowohl als Radikalisierungsraum als auch als Plattform für innovative islamische Advocacy-Arbeit. Langfristig erfordert die Debatte um einen „Deutschen Islam“ eine differenzierte, wissenschaftlich fundierte Betrachtung, die sowohl gesellschaftliche Polarisierung als auch adaptive Integrationsprozesse einbezieht.

Zudem können folgende Empfehlungen formuliert werden:

- Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen: Muslimische Frauenorganisationen und andere progressive muslimische Netzwerke sollten gezielt unterstützt werden, um ihre Rolle als Brückenbauer zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Communities zu stärken.
- Digitale Aufklärung und Medienkompetenz: Bildungsinitiativen sollten darauf abzielen, muslimische Jugendliche für islamistische Online-Strategien zu sensibilisieren und kritisches Denken gegenüber radikalen Inhalten zu fördern.
- Algorithmische Transparenz und Plattformverantwortung: Social Media-Unternehmen sollten in Mechanismen investieren, die islamistische Propaganda frühzeitig erkennen und eindämmen, um die Verbreitung extremistischer Inhalte zu verhindern. Dies umfasst auch die Überprüfung und Anpassung von Algorithmen, die radikale Inhalte verstärken können.
- Antimuslimischen Rassismus bekämpfen: Politik und Gesellschaft sollten Diskriminierung gegen Muslim:innen konsequenter adressieren, um ihre soziale Teilhabe zu fördern und extremistische Gegenreaktionen zu verhindern.
- Forschung und Praxis verzahnen: Um soziale Kohäsionsdynamiken besser zu verstehen, sollte zukünftige Forschung gesellschaftliche Machtverhältnisse in der Analyse stärker berücksichtigen und die jeweiligen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen mit den entsprechenden Reaktionen und Umgangsstrategien von muslimischen (Frauen)Organisationen in Relation setzen. Ebenso wichtig erscheint die enge, transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Praxis und muslimischen Communities, um innovative Ansätze in co-kreativen Settings entwickeln und evaluieren zu können. ■

## Literatur

- Ali, R., Özvatan, Ö., & Walter, L. (2023). The narrative foundations of radical and deradicalizing online discursive spaces: A comparison of the cases of Generation Islam and Jamal al-Khatib in Germany. *Religions*, 14(2), 167.
- Ceylan, R. & Jokisch, B. (2014). *Salafismus in Deutschland: Entstehung, Radikalisierung und Prävention*. Peter Lang Edition.
- El Sayed, F. (2023). Confronting anti-Muslim racism and Islamism: An intersectional perspective on Muslim women's activism in Germany. *Journal of Women, Politics & Policy*, 44(4), 486–507. <https://doi.org/10.1080/1554477X.2023.2249619>.
- Glaser, B. & Strauss, A. (1998). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Hans Huber.
- Weimann, G. (2016). Why do terrorists migrate to social media? In A. Aly, T. Chen, L. Jarvis & S. Macdonald (Hrsg.), *Violent Extremism Online: New Perspectives on Terrorism and the Internet* (pp. 45–64). Routledge.

# Kapitel 11: Krisenkommunikation muslimischer Verbände nach Anschlägen mit islamistischem Hintergrund

*Gerrit Hirschfeld und Sabrina Hegner (Projekt OKAI)*

## 1. Hintergrund

Terroristische Anschläge wirken sich nicht nur physisch auf die unmittelbaren Opfer aus, sondern haben auch zahlreiche indirekte Folgen, wie etwa die Verstärkung von Vorurteilen (Frey 2022). Negative Einstellungen gegenüber Muslim:innen und Vorurteile gegenüber dem Islam treten nach islamistischen Anschlägen häufig auf (Saleem et al. 2017). Muslimische Gemeinschaften werden dabei mit den Taten einzelner islamistischer Fundamentalist:innen in Verbindung gebracht und für die Handlungen Einzelner kollektiv verantwortlich gemacht (Bruneau et al. 2018; Abdullah 2015).

In nicht-muslimischen Ländern fungieren muslimische Verbände oft als zentrale Anlaufstellen für Dialog und Kontakt, auch und insbesondere nach islamistischen Terroranschlägen. So haben muslimische Verbände in Deutschland nach solchen Terroranschlägen bis dato Pressemitteilungen veröffentlicht, in denen sie diese Taten verurteilen. Allerdings bleibt die Wirksamkeit solcher Stellungnahmen bislang unklar. Das Forschungsprojekt OKAI (Optimierte Krisenkommunikation nach Anschlägen mit islamistischem Hintergrund in Deutschland) sollte dazu einen Beitrag leisten.

Obwohl bisher keine spezifischen Untersuchungen zur Wirksamkeit von Krisenkommunikationsstrategien nach Terroranschlägen durchgeführt wurden, zeigt die Forschung robuste Zusammenhänge zwischen zugeschriebener Verantwortung und Rufschädigung sowie Hinweise darauf, dass effektive Krisenkommunikationsstrategien den Ruf einer Organisation in verschiedenen Krisensituationen schützen können (s. Ma und Zhan 2016 für einen Überblick). Es ist daher anzunehmen, dass die Stellungnahme eines muslimischen Verbands nach einem islamistischen Terroranschlag die Wahrnehmung des Verbands positiv beeinflussen und möglicherweise Einstellungen gegenüber Muslim:innen und dem Islam verbessern kann (Paolini et al. 2006; Aberson 2015; Kauff et al. 2017). Entsprechend wurde untersucht, inwiefern Krisenkommunikation durch muslimische Verbände als Reaktion auf einen islamistischen Terroranschlag die öffentliche Wahrnehmung des Verbands, die allgemeine Wahrnehmung von Muslim:innen und Vorurteile gegenüber dem Islam beeinflussen kann, um potenziellen Vorurteilen entgegenzuwirken.

Hierbei standen vier Forschungsfragen im Fokus:

- (1) Inwiefern versuchen sich muslimische Organisationen und Verbände nach Anschlägen durch Pressemitteilungen in den öffentlichen Diskurs einzubringen und welche Kommunikationsstrategien verwenden sie dabei?
- (2) Welchen Einfluss haben Stellungnahmen muslimischer Organisationen auf die Wahrnehmung der muslimischen Organisation, von Muslim:innen sowie auf Vorurteile gegenüber dem Islam?
- (3) Inwiefern werden nicht nur explizite Einstellungen, sondern auch implizite Aufmerksamkeitsprozesse durch Stellungnahmen beeinflusst?
- (4) Wie lassen sich diese Erkenntnisse in die Praxis transferieren?

## 2. Methodik

### Kommunikationsstrategien muslimischer Organisationen und Verbände

Um den Status quo der Kommunikationsstrategien von muslimischen Organisationen und Einzelpersonen zu ermitteln, wurden anhand von über 200 Statements und Pressemitteilungen die Kommunikationsstrategien nach terroristischen Anschlägen rekonstruiert und qualitativ und quantitativ analysiert. Hierzu wurden Pressemitteilungen von 14 überregionalen und sieben regionalen muslimischen Verbänden nach Anschlägen zwischen 2015 und 2020 durchsucht. Darüber hinaus wurde in regionalen (WAZ, MAZ) und überregionalen Zeitungen (BILD, Zeit, Süddeutsche, TAZ, Spiegel) und Online-Portalen (Spiegelonline, tagesschau.de) nach Namen von Verbandsvorsitzenden und Verbänden gesucht, um weitere Reaktionen zu finden. Es wurden Stellungnahmen zu 27 Anschlägen mit islamistischem und, als Vergleich, 22 Stellungnahmen zu Anschlägen mit islamfeindlichem Hintergrund erfasst.

### Einfluss der Stellungnahmen auf Wahrnehmung und Vorurteile

Um Erkenntnisse zu den Auswirkungen unterschiedlicher Kommunikationsstrategien zu gewinnen, wurden drei Online-Experimente durchgeführt, in denen Proband:innen fiktive Stellungnahmen muslimischer Organisationen vorgelegt wurden. Insgesamt nahmen 1.500 Proband:innen an den Experimenten teil (500 pro Experiment). Alle Teilnehmenden (bis auf die Kontrollgruppe) lasen zunächst einen Zeitungsartikel, der die Beschreibung eines fiktiven, als islamistisch eingestuften Anschlags in Berlin enthielt. Am Ende des Artikels fand sich die Reaktion einer muslimischen Organisation auf den Anschlag (formuliert anhand einer der vier Kommunikationsstrategien aus der *Situational Crisis Communication Theory*, SCCT, von Coombs & Holladay 1996). Zuletzt füllten die Teilnehmenden einen Fragebogen zu ihren Einstellungen zu dem muslimischen Verband, Muslim:innen im Allgemeinen und dem Islam aus.

In einem weiteren Experiment mit 599 Teilnehmenden wurden tatsächliche Stellungnahmen zu realen terroristischen Anschlägen verwendet. Der Hauptunterschied zum ersten Experiment bestand darin, dass die tatsächlichen Stellungnahmen oft eine Kombination verschiedener Kommunikationsstrategien enthielten. Erneut wurden die Einstellungen gegenüber dem muslimischen Verband, Muslim:innen im Allgemeinen und dem Islam abgefragt. Zusätzlich wurden auch die wahrgenommene Distanzierung, das wahrgenommene soziale Engagement des Verbands und die wahrgenommene Emotionalität der Stellungnahme erfasst. Die Studie enthielt reale Stellungnahmen von zehn muslimischen Verbänden, die nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 herausgegeben wurden.

### Einfluss von Stellungnahmen auf implizite Aufmerksamkeitsprozesse

Studien im Wirtschaftskontext (Claeys & Cauberghe 2014) haben bereits nachgewiesen, dass negative Berichterstattungen über ein Unternehmen dazu führen, dass Proband:innen auch in der Folge negative Informationen über das Unternehmen länger betrachten. Solche impliziten Aufmerksamkeitsprozesse können einen Mechanismus darstellen, über den aus einzelnen negativen Informationen stabile (negative) Stereotype werden.

Entsprechend wurde ein *Eye-Tracking*-Experiment mit 202 Proband:innen durchgeführt, mit dem untersucht werden sollte, ob die Kommunikationsstrategie einer muslimischen Organisation einen Einfluss darauf hat, wie viel Aufmerksamkeit die Proband:innen auf später präsentierte negative Informationen über Muslim:innen richten. Dabei wurden Blickfixationen, also Punkte, die die Teilnehmenden eingehender betrachten, erfasst und aufgezeichnet. Den Proband:innen wurden insgesamt zwölf Zeitungsartikel, verteilt auf vier Screenshots, zum Lesen vorgelegt. Der erste Artikel enthielt die Beschreibung des fiktiven islamistischen Anschlags in Berlin, am Ende befand sich eine Reaktion einer muslimischen Organisation auf den Anschlag (wieder formuliert anhand der SCCT). Die weiteren Zeitungsartikel behandelten verschiedene andere Themen (Netflix, Bitcoin, NASA). Auf dem letzten Screenshot befanden sich schließlich zwei Artikel über Muslim:innen, einer berichtete positiv, der andere negativ über sie. Nach dem Lesen der Artikel erhielten die Proband:innen einen Fragebogen, der soziodemografische Daten, Wissen über die gelesenen Artikel, die Einstellung gegenüber den verschiedenen Akteur:innen aus den Artikeln und Fragen zur Darstellung der Artikel enthielt. Die zentrale abhängige Variable war die Aufmerksamkeitslenkung der Proband:innen nach dem Lesen von unterschiedlichen

Artikelvarianten, operationalisiert als Dauer der Fixationen auf negative Artikel über Muslim:innen. In einem Fragebogen wurde außerdem die explizite Bewertung der genannten muslimischen Organisation abgefragt.

### **Praxistransfer**

Um schließlich die Handlungsempfehlungen, die aus den Studienergebnissen folgen, auf die Adressat:innen abzustimmen, wurden von Juni bis September 2023 zwölf Workshops und Treffen mit insgesamt 30 Vertreter:innen von muslimischen Religionsgemeinschaften, Verbänden, Kulturzentren und Gemeinden abgehalten.

## **3. Hauptergebnisse**

Über alle Untersuchungen hinweg zeigt sich, dass eine aktive Krisenkommunikation entscheidend zur Förderung positiver Einstellungen gegenüber muslimischen Organisationen beiträgt. Die Studienergebnisse verdeutlichen, dass allein die Abgabe einer Stellungnahme einen größeren Einfluss hat als die gewählte Krisenkommunikationsstrategie. Zwar kann keine Strategie die negativen Reputationseffekte eines islamistischen Anschlags vollständig beseitigen, doch jede getestete Stellungnahme führte zu einer positiveren Wahrnehmung als keine Stellungnahme.

### **Kommunikationsstrategien muslimischer Organisationen und Verbände**

Es wurden 226 Stellungnahmen zu Anschlägen identifiziert, davon 137 zu islamistischen und 89 zu islamfeindlichen Anschlägen. Die Reaktionen sind ungleich verteilt: Anschläge in Hauptstädten rufen eher Stellungnahmen hervor als solche in kleineren Städten. Von sieben islamistischen Anschlägen in Deutschland (2015–2020) blieben vier ohne Reaktion. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und die Türkisch-Islamische Union (DITIB) gaben die meisten Pressemitteilungen heraus, sowohl in Zeitungen als auch in sozialen Medien.

Die Verbände nutzen eine breite Palette an Krisenkommunikationsstrategien. Reaktionen auf islamfeindliche Angriffe enthalten häufiger spezifische Angaben zu Ort, Zeit und Schäden sowie mehr religiöse Bezüge als Stellungnahmen zu islamistischen Anschlägen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass muslimische Verbände ihre Kommunikationsstrategien an die Art des Anschlags (islamistisch vs. islamfeindlich) anpassen.

### **Einfluss der Stellungnahmen auf Wahrnehmung und Vorurteile**

Die Experimente mit fiktiven Szenarien zeigen, dass Stellungnahmen muslimischer Organisationen nach islamistischen Terroranschlägen das Vertrauen in den Verband steigern. Teilnehmende, die eine Stellungnahme lasen, zeigten mehr Vertrauen und positivere Einstellungen gegenüber dem Verband als jene, die nur den Artikel ohne Stellungnahme lasen oder erfuhren, dass keine Stellungnahme abgegeben wurde. Untersuchungen mit tatsächlichen Stellungnahmen zeigen, dass eine Distanzierung von Täter:innen keinen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung hat. Eine Betonung des gesellschaftlichen Engagements und positiver Taten der Organisation hingegen verbessert sowohl die Wahrnehmung des Verbands als auch die Einstellungen gegenüber Muslim:innen. Diese Strategie wirkt sich nicht nur auf den Verband aus, sondern beeinflusst auch die Wahrnehmung der breiteren muslimischen Gemeinschaft positiv.

Zudem zeigt sich eine starke Verbindung zwischen der zugeschriebenen kollektiven Verantwortung für Terrorismus und negativen Einstellungen gegenüber der muslimischen Organisation, Muslim:innen und dem Islam.

### **Einfluss von Stellungnahmen auf implizite Aufmerksamkeitsprozesse**

Die *Eye-Tracking*-Studie zeigte keine signifikanten Unterschiede in der Betrachtungszeit der negativen Artikel über Muslim:innen, unabhängig davon, ob die Proband:innen vorher eine aktive Krisenkommunikation präsentiert bekamen oder erfuhren, dass kein Kommentar abgegeben wurde. Auch die gewählte Kommunikationsstrategie hatte keinen systematischen Einfluss auf die Aufmerksamkeitslenkung. Es fand sich jedoch ein Effekt in Bezug auf das Ansehen der genannten muslimischen Organisation: Nach dem Lesen von Artikeln, die eine Stellungnahme enthielten, wurde eine positivere Einstellung gegenüber der Organisation festgestellt als nach dem Lesen von Artikeln ohne Stellungnahme. Insgesamt bestätigen auch die Ergebnisse des



*Eye-Tracking*-Experiments die Befunde aus den anderen Studien, nach denen aktive Krisenkommunikationsstrategien eingesetzt werden sollten.

#### **4. Fazit und Handlungsempfehlungen**

Terroristische Anschläge verstärken bestehende gesellschaftliche Spaltungen. Ein wirksames Gegenmittel ist Offenheit für Austausch – sowohl seitens muslimischer Verbände als auch der Mehrheitsgesellschaft und Medien.

##### **Empfehlungen für muslimische Verbände**

Viele muslimische Organisationen zögern, nach islamistischen Anschlägen Stellungnahmen abzugeben, da sie befürchten, damit assoziiert zu werden, auch wenn sie sich distanzieren. Die Studie zeigt, dass die Verbände diese Sorge überwinden und ihre Kommunikationskanäle nach islamistischen Anschlägen aktiv nutzen sollten. Je emotionaler sie dies tun und je stärker sie glaubhaftes gesellschaftliches Engagement betonen, desto positiver werden sie wahrgenommen.

Eine weitere Professionalisierung ist hier ebenfalls wichtig: Pressemitteilungen sollten professioneller gestaltet und möglichst noch am Tag des Anschlags veröffentlicht werden. Dazu müssen Verantwortlichkeiten klar geregelt und Kommunikationsstrategien im Vorfeld festgelegt sein.

##### **Empfehlungen für Zivilgesellschaft und Presse**

Die Mehrheitsgesellschaft kann muslimische Organisationen in ihren Bemühungen unterstützen, indem sie ihnen die Freiheit lässt, sich auf eine Weise zu distanzieren, die ihnen entspricht, statt bestimmte Formen der Abgrenzung zu fordern (z.B. Demonstrationen). Andernfalls könnten sich die Organisationen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt fühlen und eine ablehnende Haltung entwickeln.

Auch Journalist:innen können dazu beitragen, gesellschaftliche Spaltungen zu verringern, indem sie muslimische Verbände konsequenter in die Berichterstattung einbeziehen. Stellungnahmen muslimischer Organisationen werden unterschiedlich häufig veröffentlicht und in der Berichterstattung über Anschläge zitiert. Eine Etablierung journalistischer Standards für die Berichterstattung über Anschläge wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll.

##### **Empfehlungen für Forschende**

Das Projekt untersuchte, wie muslimische Organisationen nach islamistischen Anschlägen wahrgenommen werden und wie sie ihre Kommunikation optimieren können. Präskriptive Forschung sollte jedoch sensibel gestaltet und Empfehlungen entsprechend formuliert werden, da muslimische Verbände dies als Eingriff in ihre Autonomie empfinden könnten.

Zudem würde die Extremismusforschung von mehr experimenteller Evidenz profitieren, um Fehlschlüsse zu vermeiden. So bleibt unklar, ob negative Berichterstattung über Muslim:innen allein durch den Zusammenhang mit Anschlägen bedingt ist oder ob abnehmende interkulturelle Kontakte hier eher eine Rolle spielen. Während experimentelle Designs in anderen Forschungsfeldern Standard sind, werden sie in der Extremismusforschung selten genutzt. Eine Analyse von 14.000 Studien zur Extremismusprävention ergab, dass nur neun eine Kontrollgruppe einbezogen (Jugl et al. 2020). Wer Veränderungen bewirken möchte, sollte daher verstärkt auf experimentelle Studiendesigns setzen. ■

## Literatur

- Abdullah, M. A. S. (2015). Muslims in pre-and post-9/11 contexts. *International Journal of Comparative Literature and Translation Studies*, 3(3), 52–59.
- Aberson, C. L. (2015). Positive intergroup contact, negative intergroup contact, and threat as predictors of cognitive and affective dimensions of prejudice. *Group Processes & Intergroup Relations*, 18(6), 743–760.
- Bruneau, E., Kteily, N. & Falk, E. (2018). Interventions highlighting hypocrisy reduce collective blame of Muslims for individual acts of violence and assuage anti-Muslim hostility. *Personality and social psychology bulletin*, 44(3), 430–448.
- Claeys, A.-S. & Cauberghe, V. (2014). What makes crisis response strategies work? The impact of crisis involvement and message framing. *Journal of Business Research*, 67(2), 182–189.
- Coombs, W. T. & Holladay, S. J. (1996). Communication and attributions in a crisis: An experimental study in crisis communication. *Journal of Public Relations Research*, 8(4), 279–295.
- Jugl, I., Lösel, F., Bender, D., & King, S. (2020). Psychosocial prevention programs against radicalization and extremism: A meta-analysis of outcome evaluations. *The European Journal of Psychology Applied to Legal Context*, 13(1), 37–46. <https://doi.org/10.5093/ejpalc2021a6>.
- Frey, A. (2022). Getting under the skin: The impact of terrorist attacks on native and immigrant sentiment. *Social Forces*, 101(2), 943–973.
- Kauff, M., Asbrock, F., Wagner, U., Pettigrew, T. F., Hewstone, M., Schäfer, S. J. & Christ, O. (2017). (Bad) feelings about meeting them? Episodic and chronic intergroup emotions associated with positive and negative intergroup contact as predictors of intergroup behavior. *Frontiers in Psychology*, 8, 1449. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2017.01449>.
- Ma, L. & Zhan, M. (2016). Effects of attributed responsibility and response strategies on organizational reputation: A meta-analysis of situational crisis communication theory research. *Journal of Public Relations Research*, 28(2), 102–119.
- Paolini, S., Hewstone, M., Voci, A., Harwood, J. & Cairns, E. (2006). Intergroup contact and the promotion of intergroup harmony: The influence of intergroup emotions. In R. Brown & D. Capozza (Eds.), *Social identities: Motivational, emotional, and cultural influences*, 209–238. Psychology Press.
- Saleem, M., Prot, S., Anderson, C. A. & Lemieux, A. F. (2017). Exposure to Muslims in Media and Support for Public Policies Harming Muslims. *Communication Research*, 44(6), 841–869. <https://doi.org/10.1177/009365021561921>.

# Kapitel 12: Der islamische Religionsunterricht im Spannungsfeld von Erwartungen und Wirklichkeit: Potenziale und Grenzen der Präventionsarbeit gegen islamistische Radikalisierung

Margit Stein, Alexandra Schramm und Veronika Zimmer (Projekt UWIT)

## 1. Hintergrund

Die Schule bietet einen zentralen Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen eines Jahrgangs erreicht werden können und an dem diese verpflichtend einen großen Teil ihrer Jugendphase in heterogenen Gruppen Gleichaltriger verbringen. Der Schule wird im Allgemeinen eine Vielzahl an Aufgaben und Funktionen zugeschrieben, da große Hoffnungen und Erwartungen in ihre sozialisatorische, erzieherische und präventive Kraft gelegt werden (Körs 2023; Zimmer und Stein 2024). Innerhalb des Fächerkanons an Schulen ist dem Religionsunterricht spezifisch, dass er das einzige verfassungsrechtlich im Grundgesetz verankerte Unterrichtsfach ist (Artikel 7). Mit Blick auf die steigende Anzahl muslimischer Schüler:innen in etlichen Bundesländern, in denen viele Menschen muslimischen Glaubens leben – hier sind in erster Linie die sogenannten westlichen Bundesländer zu nennen – wird bereits an vielen Schulen islamischer Religionsunterricht (IRU) angeboten (Ströbele 2021; Zimmer und Stein 2024). Der IRU wurde in seinen Modellversuchen, etwa im einwohner:innenstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wissenschaftlich begleitet und gut von Eltern und Schüler:innen angenommen (Uslucan 2015).

Gesellschaftspolitisch ist der IRU mit vielfältigen Erwartungen konfrontiert, die hochgesteckte Ziele verfolgen, wie etwa die Integration muslimischer Kinder und Jugendlicher in die Gesellschaft, die Sichtbarmachung des Islam in Deutschland und somit Wertschätzung gegenüber muslimischen Personen sowie nicht zuletzt eine radikalierungspräventive Wirkung. Pädagogische Akteur:innen, insbesondere Lehrkräfte, nehmen hier eine zentrale Rolle ein und müssen für diese Aufgaben und Herausforderungen entsprechend vorbereitet werden. In der Ausbildung von islamischen Religionslehrkräften und Theolog:innen, die später wiederum selbst als Multiplikator:innen gegen radikale Tendenzen wirken können, kommt den Dozierenden an den Zentren und Instituten für Islamische Theologie eine entscheidende Bedeutung zu.

Im Projekt UWIT („Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam aus der Perspektive (angehender) Theolog:innen“) wurde ergründet, welche spezifische Rolle die Schule und vor allem der (islamische) Religionsunterricht in der Förderung interkultureller und reflexiver Kompetenzen spielen kann, die präventiv gegen Radikalisierung wirken und identitätsstiftend sein können. Die Perspektiven der Dozierenden wie auch Studierenden auf ihr eigenes Handlungsfeld und die Problemlagen in ihrem beruflichen Kontext standen im Zentrum der Studie.

## 2. Methodik

In einer Dokumentenanalyse wurde die Thematisierung von Radikalisierung in Studiengängen Islamischer Theologie analysiert. Die Inhalte der Bachelor- und Masterstudiengänge Islamische Theologie, Religion, Religionspädagogik sowie Religionslehre auf Lehramt in Deutschland wurden anhand von Dokumenten wie Modulbeschreibungen, Modulhandbüchern, Modulübersichten, fachspezifischen Bestimmungen sowie Studien- und Prüfungsordnungen ausgewertet. Die Recherche erfolgte im Februar 2022 und umfasste alle Standorte in Deutschland, konkret an den Universitäten in Erlangen-Nürnberg, Frankfurt am Main (mit Gießen), Münster, Osnabrück und Tübingen, Berlin, Hamburg sowie die Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen Karlsruhe, Ludwigsburg, Weingarten und Freiburg.

26 Dozierende und 19 Studierende an elf der 13 Zentren und Institute für Islamische Theologie in Deutschland wurden zu ihren Erklärungsansätzen für islamistische Radikalisierung und zu möglichen positiven Impulsen des IRU interviewt. Erfasst wurde, wie die Interviewpartner:innen die Vorbereitung auf mögliche Radikalisierungsfälle und die Prävention von Radikalisierung im Studium entweder als Dozierende gestalten oder als Studierende erleben.

In einer deutschlandweiten Befragung von 864 Studierenden wurde zudem untersucht, inwieweit Studierende sozialwissenschaftlicher Studiengänge und der Lehramtsstudiengänge mit Themen wie Interreligiosität, Interkulturalität, Demokratiepädagogik und religiös begründeter Radikalisierung im Rahmen des Studiums konfrontiert werden und wie sie ihre berufliche Vorbereitung in diesen Themenfeldern einschätzen.

### **3. Hauptergebnisse**

#### **Dokumentenanalysen**

Die Analysen der Dokumente zu den untersuchten Bachelorstudiengängen zeigen: Die Ausbildung konzentriert sich einerseits auf eine Auseinandersetzung mit islamischen Rechtsschulen und theologischen Strömungen, um die Heterogenität und Vielfalt des Islam darzustellen und andererseits auf die methodische Schulung von Urteils- und Kommunikationskompetenzen, um Schüler:innen zur Selbstreflexion anzuregen. Trotz der allgemeinen Förderung von Demokratieverständnis und Offenheit wird Radikalisierung(sprävention) in den Modulbeschreibungen nur begrenzt und selten explizit behandelt. Die Inhalte der Module zielen hauptsächlich auf die Entwicklung von Deutungs-, Urteils- und Dialogkompetenzen ab, die entscheidend sind für eine reflektierte Auseinandersetzung mit religiösen und gesellschaftspolitischen Fragen im Lehrberuf.

Die Masterstudiengänge der Islamischen Theologie zielen darauf ab, ihre Studierenden auf eine reflektierte und kompetente Ausübung des Lehramts im Bereich des IRU vorzubereiten. Die Vertiefung der Kompetenzen in den Masterstudiengängen zeigt eine klare Weiterentwicklung gegenüber den Bachelorstudiengängen, insbesondere im Hinblick auf die notwendigen Fähigkeiten zur Analyse gesellschaftlicher Herausforderungen und zur pädagogischen Gestaltung des Religionsunterrichts. Bachelor- und Masterstudiengänge betonen die Wahrnehmung und Deutung religiöser Phänomene sowie die kritische Urteilsbildung. Der Fokus liegt auf theoretischer Reflexion und weniger auf praktischer Umsetzung im Umgang mit Radikalisierung.

#### **Qualitative Befragung von Dozierenden und Studierenden**

Alle befragten Dozierenden und fast alle befragten Studierenden sehen Zusammenhänge zwischen den Herausforderungen und Problemen in der (religiösen) Identitätsentwicklung und der Neigung zu radikalen Orientierungen. Die befragten Studierenden der Islamischen Theologie betrachten das fehlende Wissen über den Islam sowie mangelndes Selbstwertgefühl in Krisen und Konflikten in der Identitätsbildung als Hauptursachen für die Anfälligkeit gegenüber islamistischer Propaganda und radikalen Orientierungen. Entsprechend sehen sie die Vermittlung von fachlichem Wissen über den Islam und die Unterstützung der Schüler:innen in der Identitätsbildung als ihre Hauptaufgaben. Aus ihrem Studium und aus anderen Lebensbereichen verfügen sie sichtbar über Wissen, Erfahrungen und Hintergrundinformationen zur religiösen Entwicklung junger Menschen und möglichen Faktoren der Radikalisierung; ihre Argumentationen sind jedoch nur in Ansätzen multifaktoriell ausgewogen, sodass die von ihnen angegebenen Erklärungsmuster deutlich zu kurz greifen. Im Gegensatz dazu argumentieren die befragten Dozierenden deutlich komplexer und sehen Radikalisierung stärker multifaktoriell bedingt und auf verschiedenen Ebenen verortet. Sie betonen weniger stark als die Studierenden die Faktoren der Radikalisierung auf der Ebene des Individuums und beziehen stärker gesamtgesellschaftliche Faktoren wie Diskriminierung, Ausgrenzung und internationale Konflikte als Treiber mit ein.

Radikalisierungsprävention nimmt laut den befragten Dozierenden eine große und elementare Rolle in der Ausgestaltung des Religionsunterrichts ein, jedoch wird der Bereich der Radikalisierungsprävention weniger explizit und dezidiert thematisiert als die Vermittlung von reflexivem und fundiertem Wissen über den Islam. Prävention wird als Aufgabe eines reflexiven Religionsunterrichts insgesamt sowie als eine holistische lebenslange Aufgabe von Eltern, Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie Akteur:innen der außerschulischen Jugendbildung und -arbeit angesehen, die nicht als Feigenblattfunktion dem Religionsunterricht allein

übertragen werden dürfe. Von höchster Wichtigkeit sei hier die Zusammenarbeit von Schule mit anderen Sozialisationsinstanzen. Die Bedeutung des IRU und seiner Lehrkräfte wird trotz aller Einschränkungen als besonders groß wahrgenommen.

Hinsichtlich der Ausbildung angehender Lehrkräfte geben die Dozierenden an, dass es zumeist keine Veranstaltungen gebe, die sich ausschließlich islamistischem Extremismus oder Radikalisierung widmen würden, sondern das Thema in allen Veranstaltungen immer mitbedacht werde. Auch die Studierenden betonen, dass das Thema Radikalisierung eher implizit als explizit in die Ausbildung einfließe, wobei viele von ihnen bemängeln, dass es zu wenig Angebote gebe, um sich etwa auch auf Basis realer Probleme lebensweltlich orientiert mit dem Thema zu befassen.

### **Quantitative Befragung von Studierenden**

Die Studierenden beklagen, in den Bereichen Interreligiosität, Interkulturalität, Demokratiepädagogik und religiös begründeter Radikalisierung wenig umfangreich geschult zu werden. Insbesondere Lehramtsstudierende berichten von einer geringeren Auseinandersetzung mit diesen Themen. Ein Viertel bis ein Drittel der Lehrkräfte gibt an, viele religiös bedingte Konflikte im Schulalltag wahrzunehmen, aber zu wenig Vorbereitung erhalten zu haben. Ähnliche Erfahrungen schildern auch Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen in der (außer-)schulischen Kinder- und Jugendarbeit. Nur 23,4% der Lehramtsstudierenden im Masterstudium (Bachelor: 7%) geben an, im Studium Inhalte zur religiös begründeten Radikalisierung und zur Prävention behandelt zu haben, während dieser Anteil bei Studierenden der Sozialen Arbeit (Master: 14,7%, Bachelor: 20,1%) und Erziehungswissenschaften (Master: 40%, Bachelor: 46,2%) durchschnittlich etwas höher liegt. Ähnlich verhält es sich mit Themen rund um den Islam und das muslimische Leben, die von nur 17,8% der Lehramtsstudierenden im Bachelor- und 19,1% im Masterstudium behandelt wurden, im Vergleich zu 49,8% bzw. 46,1% bei den Studierenden der Sozialen Arbeit sowie der Erziehungswissenschaften (Master: 40%, Bachelor: 67,3%). Diese Diskrepanz deutet auf eine notwendige Überarbeitung der Curricula und Modulpläne – insbesondere im Lehramtsstudium – hin, um eine adäquate Vorbereitung auf die beruflichen Anforderungen sicherzustellen.

## **4. Fazit und Handlungsempfehlungen**

Zusammenfassend kann die Vorbereitung angehender Lehrkräfte auf die gesellschaftlichen Herausforderungen im Umgang mit muslimischen Schüler:innen als umfassend und holistisch charakterisiert werden, auch wenn einige Aspekte, wie etwa die Radikalisierung, kaum explizit angesprochen werden, womit sich ein Widerspruch zu den gesellschaftspolitischen Erwartungen an den IRU auf tut. Lehrkräfte und pädagogische Akteur:innen fühlen sich nicht ausreichend auf die Herausforderungen im Umgang mit Interreligiosität, religiös bedingten Konflikten und Radikalisierung im Schulalltag vorbereitet. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass das Thema Radikalisierung zwar in etlichen Lehrveranstaltungen implizit und indirekt angesprochen wird, aber selten dezidiertes Thema von Seminaren ist.

Es bleibt somit der Bedarf, diese Themen stärker in die Ausbildung der angehenden Lehrkräfte einzubauen sowie weiterer Forschungsbedarf, insbesondere bezüglich der Effektivität dieser Ausbildung in Bezug auf Radikalisierungsprävention und die Förderung einer pluralistischen Gesellschaft. Für eine umfassende Prävention müssten die Themen der interreligiösen und interkulturellen Konflikte einerseits und Verständigung andererseits ebenso wie Antirassismusbearbeitung und Demokratieförderung insgesamt stärker in die Curricula aller Studiengänge des Lehramts und sozialwissenschaftlicher Fächer integriert werden. Das Ziel muss sein, Lehrkräfte und pädagogische Akteur:innen darauf vorzubereiten, Angebote und Strategien zu schaffen, die gezielt die Lebenswirklichkeit (muslimischer) Jugendlicher einbeziehen. Ein praxisorientiertes Studienmodell sollte entsprechend interdisziplinär angelegt sein und sowohl theoretisches Wissen als auch praktische Fähigkeiten vermitteln. Dies umfasst die Förderung von interkulturellen und interreligiösen Dialogen, kritischem Denken und Empathie. Studierende sollten dazu befähigt werden, die Vielfalt ihrer Umgebung zu verstehen, zu respektieren und konstruktiv damit umzugehen, um eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu fördern.

Neben einer fundierten Ausbildung angehender Lehrkräfte und pädagogischer Akteur:innen ist es einerseits entscheidend, gezielt bedarfsgerechte, integrierende Angebote für alle Jugendlichen zur Förderung interreligiöser und interkultureller Verständigung und Demokratiefähigkeit zu entwickeln. Damit können die

Herausforderungen für muslimische Jugendliche in westlichen Gesellschaften im Spannungsfeld der Integration und Verbundenheit mit ihrer Religion minimiert werden. Andererseits sollte gesamtgesellschaftliche interreligiöse und interkulturelle Verständigung sowie Demokratiefähigkeit gefördert und damit nicht nur muslimische, sondern Jugendliche aller religiöser Orientierungen und ethnischer und sozialer Zugehörigkeiten einbezogen werden, um diesen einen sicheren Rahmen für ihre (religiöse) Identitätsentwicklung zu bieten. ■

## Literatur

- Körs, A. (Hrsg.) (2023). *Islam in der Gesellschaft. Islamischer Religionsunterricht in Deutschland: Ein Kaleidoskop empirischer Forschung*. Springer VS.
- Ströbele, C. (2021). Der islamische Religionsunterricht in Deutschland: Entwicklungen und Wirkungen. *Religion*, 135, 1-23.
- Uslucan, H.-H. (2015). Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Begleitung der Einführung des islamischen Religionsunterrichts (IRU) im Land Nordrhein-Westfalen. Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung.
- Zimmer, V. & Stein, M. (2024). *Zwischen Tradition und Moderne. Eine Studie zu Studierenden der (Islamischen) Theologie und Religionspädagogik in Deutschland*. Springer.

# Kapitel 13: Herausforderungen und Gelingensbedingungen der Prävention und Abwendung junger Menschen von islamistischer Radikalisierung

Eike Bösing, Yannick von Lautz, Mehmet Kart und Margit Stein (Projekt Distanz)

## 1. Hintergrund

Islamistische Radikalisierung und die Versuche, dieser präventiv und interventiv zu begegnen, sind aktuelle und drängende Themen. Umfangreiche Forschungen haben gezeigt, dass Radikalisierungsprozesse durch ein Zusammenspiel multidimensionaler Faktoren beeinflusst werden. Dazu gehören biografische Krisenereignisse, autoritäre Einstellungen, aber auch jugendtypische Identitätskonflikte, Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft oder Diskriminierungserfahrungen (Akkuş et al. 2020; Aslan et al. 2018; El-Mafaalani 2017; Schramm et al. 2023; Weitzel und Kurtenbach 2023; Wolfowicz et al. 2020; Zimmer et al. 2022; 2023).

Zur Radikalisierungsprävention und Begleitung von Ausstiegsprozessen hat sich in Deutschland eine breite Angebotslandschaft entwickelt. Präventionsakteur:innen sind gefordert, radikalisierte Individuen zu motivieren, sich von islamistischen Gruppen und Einstellungen zu distanzieren, und langfristige Rehabilitation und Reintegration zu ermöglichen. Dazu beraten sie das soziale Umfeld der Betroffenen oder arbeiten direkt mit den betroffenen Personen, oftmals über mehrere Monate bis Jahre. Sie erlangen tiefgreifende Einblicke in die Lebenswelten der Adressat:innen und können in den Abwendungsprozessen eine Schlüsselrolle einnehmen. Dennoch bleiben ihre Erfahrungen und Perspektiven oft unbeleuchtet. Dies gilt auch für Fachkräfte in pädagogischen Regelstrukturen, die oftmals erste Ansprechpersonen für junge Menschen sind. Durch systematische Analysen ihrer Erfahrungen und Handlungspraxis können somit die Professionalisierung des Handlungsfeldes vorangebracht und Wissensbestände über Prävention und (De-)Radikalisierung erweitert werden.

Das Projekt „Strukturelle Ursachen der Annäherung an und Distanzierung von islamistischer Radikalisierung – Entwicklung präventiv-pädagogischer Beratungsansätze“ (Distanz) zielte darauf ab, die zentralen Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Radikalisierungsprävention sowie Begleitung von Abwendungsprozessen zu identifizieren. Im Mittelpunkt standen zwei Aspekte:

- (1) Erfassung von Herausforderungen und Bedarfen im Kontext (vermeintlicher) Radikalisierungstendenzen in pädagogischen Regelsystemen
- (2) Analysen der Erfahrungen von Fachkräften, ihrer Handlungspraxis sowie von Gelingensbedingungen in der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierungsarbeit

## 2. Methodik

Zur Analyse der Herausforderungen und Bedarfe bezüglich religiös begründeter Konflikte und Radikalisierung in der Schule und außerschulischen Jugendarbeit wurden sowohl quantitative als auch qualitative Befragungen von Personen durchgeführt, die mit Kindern, Jugendlichen und deren Eltern arbeiten.

Die deutschlandweite quantitative Befragung aus dem Jahr 2023 umfasste eine Stichprobe von 694 Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal. Der Fragebogen behandelte die drei zentralen Themenbereiche a) Wahrnehmung religiöser Vielfalt in der Schule, b) Erfahrungen mit religiös begründeten Konflikten im Schulkontext und c) Erfahrungen mit islamistischer Radikalisierung im Schulkontext.

Zudem wurden 70 Interviews mit Personen geführt, die mit Kindern, Jugendlichen und deren Eltern entweder in der Schule oder im außerschulischen Bereich, etwa in offenen Jugendtreffs oder Jugendwohngruppen,



zusammenarbeiten. Kriterium für die Aufnahme in die Stichprobe war, dass bereits wegen mindestens eines Konflikts, der subjektiv von den Befragten im religiösen Bereich verortet wurde, interne oder externe Hilfe angefordert worden war. Der Interviewleitfaden umfasste offene Fragen zum individuellen und organisationalen Belastungserleben, zum Umgang mit den Konflikten und insbesondere zur Kooperation mit externen Beratungsstellen und sonstigen Akteur:innen der Präventionsarbeit.

Zur Analyse der Handlungspraxis und Gelingensbedingungen in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit wurden darüber hinaus 25 Interviews mit Praktiker:innen in fallübergreifender Perspektive und neun einzelfallbezogene Interviews geführt.

### **3. Hauptergebnisse**

#### **Quantitative Befragung zu religiös bedingten Konflikten in der Schule**

Obwohl etwa 80% der Befragten religiöse Vielfalt als bedeutend wahrnehmen, geben nur 52% an, dass dieser Aspekt in ihrer Schule aktiv thematisiert wird. Trotz dieser Lücke fühlen sich etwa 73% der Befragten sicher im Umgang mit religiöser Vielfalt. Etwa die Hälfte der Befragten (53,5%) betont die Notwendigkeit von Fortbildungen zum Umgang mit religiöser Diversität und islamistischer Radikalisierung im Schulkontext.

Etwa ein Drittel der Befragten beobachtet religiös begründete Konflikte zwischen den Schüler:innen. Am häufigsten werden interreligiöse Konflikte genannt, gefolgt von Konflikten um die Auslegung und Praxis der Religion, Konflikte in Bezug auf die Gleichberechtigung verschiedener Religionen, intrareligiöse Auseinandersetzungen sowie Missionierungsversuche. Trotz einer zunächst hinsichtlich der Religion unspezifischen Fragestellung schildern die Befragten nahezu ausschließlich Konflikte, die im Kontext des Islam bzw. muslimisch gelesenen Schüler:innen wahrgenommen werden.

Von den Befragten sehen sich 36,6% mit Herausforderungen bezüglich religiöser Praktiken der Schüler:innen konfrontiert. Etwa ein Viertel (26%) berichtet von Erfahrungen mit islamistischen Einstellungen und Äußerungen an ihrer Schule. Diese Angaben beruhen auf subjektiven Einschätzungen der Befragten, nicht auf objektiven Bewertungen oder dokumentierten Fällen. Besonders hervorheben lassen sich religiös begründeter Sexismus, Fundamentalismus, die Ablehnung anderer Religionen sowie religiös begründete Queerfeindlichkeit. Zusätzlich werden religiös motivierter Antisemitismus und die Ablehnung demokratischer Prinzipien als relevante Kategorien identifiziert. Kategorien, die auf einen direkten Zusammenhang mit religiösem Extremismus hindeuten, wie ein positiver Bezug auf islamistische Gruppen, ein positiver Bezug auf islamistische Anschläge/Vorfälle oder die Verwendung islamistischer Symbole, werden im Vergleich deutlich weniger genannt.

Mehrere Befragte stellen in ihren Schilderungen einen kontrastierenden Gegensatz zwischen „muslimischen“ und „deutschen“ Schüler:innen her, wodurch impliziert wird, dass diese Identitätsmerkmale nicht miteinander vereinbar seien. Diese Wahrnehmung kann zu Stigmatisierungen muslimisch gelesener Schüler:innen führen.

#### **Qualitative Befragung zu religiös bedingten Konflikten in der Schule und außerschulischen Jugendarbeit**

Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sehen im Schulalltag insbesondere diskriminierende und abwertende Äußerungen mit religiösem Bezug als Herausforderung. Bei den strukturellen Herausforderungen werden Konfliktpunkte etwa im Bereich des religiös bedingten Fastens, religiöser Bekleidungs Vorschriften, der Gebetszeiten und religiöser Feiertage deutlich. Dies führt insbesondere dann zu Problemen, wenn Schüler:innen, die Forderungen hinsichtlich ihrer religiösen Vorstellungen formulieren, auf geringe Flexibilität seitens der Schulleitungen treffen.

Viele Lehrkräfte berichten zudem über religiös bedingte Konflikte und Herausforderungen in der Elternarbeit, beispielsweise wenn der Lebenswandel der Schüler:innen in Bezug auf die eigene religiöse oder sexuelle Identität oder das Selbstbestimmungsrecht in Partnerschaften von den Eltern nicht akzeptiert würde oder Schüler:innen um Hilfe und Vermittlung bitten, etwa bei Zwangsverheiratungen.

Laut den Befragten sei auffällig, dass männlich gelesene Jugendliche eher als konfliktauslösend betrachtet werden und weiblich gelesene eher als konfliktbetroffen.

Erkennbar ist eine große Hilflosigkeit der Befragten im Umgang mit den genannten Konflikten, Herausforderungen und Radikalisierungsfällen, die nicht selten in Untätigkeit, Ignorieren des Problems oder aber in Überreaktionen mündet. Als Lösungsstrategien setzen die Befragten häufig auf inhaltliche Auseinandersetzung, während beziehungsorientierte Ansätze vernachlässigt werden. Hierfür werden in vielen Fällen fehlende zeitliche Ressourcen und mangelnde Unterstützung verantwortlich gemacht. Insgesamt wird von den Befragten ein hoher Bedarf an Beratung und Aus-, Fort- und Weiterbildung benannt.

### **Expert:inneninterviews: Gelingensbedingungen in der Radikalisierungsprävention**

Die Interviews verdeutlichen, dass Deradikalisierung ein vielschichtiger Prozess ist, der von den sozioökonomischen Bedingungen, dem sozialen Umfeld und der institutionellen Unterstützung abhängen kann. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die strukturellen Rahmenbedingungen gelegt: Prekäre Lebensverhältnisse und unzureichende Bildungszugänge begünstigen die Anfälligkeit für islamistische Radikalisierung. Gleichzeitig erschweren Diskriminierung und Ausgrenzung von Muslim:innen oder als muslimisch wahrgenommenen Personen die Abwendungsprozesse. Soziale Beziehungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, wobei Familie, Partnerschaften und der soziale Austausch im analogen und digitalen Raum wesentliche Faktoren sind. Positive Impulse zur Abwendung können durch die Bearbeitung familiärer Konflikte und die Einbindung in gesunde soziale Netzwerke entstehen. Umgekehrt können familiäre Krisen, problematische Partnerschaften oder Isolation in gleichaltrigen Gruppen eine Radikalisierung verstärken. Soziale Stabilität durch enge, unterstützende Beziehungen ist daher entscheidend. Schließlich wird die Bedeutung von Kooperationen zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sowie die Notwendigkeit zielgruppenspezifischer Ansätze hervorgehoben. Diese Kooperation kann durch Spannungen bezüglich des Datenschutzes und unterschiedlicher Handlungslogiken erschwert werden, weswegen transparente und koordinierte Ansätze notwendig sind.

### **Expert:inneninterviews: Handlungspraxis in der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierungsarbeit**

Es konnten vier Deradikalisierungsansätze identifiziert werden. In der Alltagspraxis handelt es sich nicht um statische Ansätze, sondern vielmehr um intuitiv und in Mischformen umgesetzte Strategien mit größeren Schnittmengen:

- (1) Der religiös-ideologische Ansatz zielt darauf ab, extremistische Überzeugungen durch Argumentation und Diskussionen zu hinterfragen.
- (2) Der akzeptanzorientierte Ansatz stellt die persönliche Unterstützung und das Erleben von Akzeptanz in den Vordergrund.
- (3) Der systemische Ansatz konzentriert sich auf die soziale Stabilisierung der Betroffenen.
- (4) Der Ansatz der Lebensbewältigung zielt darauf ab, die Resilienz und Selbstorganisation zu stärken, etwa durch psychologische oder wirtschaftliche Unterstützung.

Hinsichtlich des professionellen Handelns der Fachkräfte, speziell in Bezug auf ihre Beziehungs- und Interaktionsorganisation, lassen sich drei Typen identifizieren:

- (1) Der Typ *Commitment* ist durch ein hohes Engagement und eine starke emotionale Bindung an das Gelingen des Falls geprägt. Die Fachkräfte setzen dabei auf ganzheitliche, jedoch tendenziell entgrenzte Beziehungsarbeit.
- (2) Im Typ *Expertise* wird der Sachbezug betont und der Expert:innenstatus der Fachkräfte hervorgehoben. Hier besteht die Gefahr, zu einer Degradierung der Klientel beizutragen.

(3) Der Typ *Advocacy* ist von einer deutlichen Interessensvertretung und Fürsprache für die Adressat:innen gekennzeichnet. Die Fachkräfte versuchen so vertrauensvolle Beziehungen zu etablieren und Anerkennungserfahrungen zu schaffen.

#### 4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Das Projekt verdeutlicht, wie wichtig Demokratieförderung als Regel- und Querschnittsaufgabe sowie eine umfassende frühzeitige Prävention von Radikalisierung sind, die nicht bestimmte Gruppen an den Pranger stellen oder weiter stigmatisieren, sondern alle jungen Menschen als gemeinsam Lernende adressieren. Um dies zu erreichen, müssen die Regelstrukturen – insbesondere die Schule und die offene Jugendarbeit – eine bedeutendere Rolle spielen als bisher. Ferner muss eine ganzheitliche Radikalisierungsprävention besonders auch Fachkräfte in Regelstrukturen stärken. Die deutlichen Verunsicherungen bei den befragten Lehrkräften und Pädagog:innen müssen durch Fortbildungen sowie eine verbesserte Erstausbildung adressiert werden.

Es müssen zudem zeitliche und finanzielle Freiräume eingeräumt werden, um die wichtigen Querschnittsaufgaben der Pflege des Klassenzusammenhalts, der Demokratiepädagogik, des interreligiösen und -kulturellen Dialogs und der Radikalisierungsprävention umzusetzen. Dies kann auch durch die Einbeziehung externer Partner:innen geschehen, die niedrigschwellig Demokratiekompetenzen festigen. Gerade frühzeitige Radikalisierungsprozesse und erste Tendenzen sollten möglichst in bestehenden Systemen bearbeitet werden, sowohl etwa innerhalb der Familien als auch in professionellen Kontexten wie Jugendarbeit und Schule.

Auch in dem nach Handlungsorientierungen und -bedarfen ausdifferenzierten Handlungsfeld der Radikalisierungsprävention und der Ausstiegsarbeit braucht es gut ausgebildete Fachkräfte, die mit den komplexen Falllagen umgehen können. Gerade in einem Feld, das von hoher Fluktuation und kurzzyklischer Projektförderung geprägt ist, ist frühzeitige Professionalisierung unabdingbar. Auch hier besteht ein Bedarf, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung weitere Kompetenzen in Gesprächsführung und professioneller Beziehungsarbeit aufzubauen. Trotz entsprechend hohen Anforderungen an die Beratungsarbeit hat sich in diesem multiprofessionellen Handlungsfeld bisher keine Leitprofession herausgebildet und es sind vielfältige Berufsgruppen mit unterschiedlichen Wissensbeständen an der Praxis beteiligt. Eine enge Bindung an die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik scheint der weiteren Professionalisierung förderlich, um die Klient:innen umfassend zu stärken und Empowerment und Autonomie- und Selbstwirksamkeitserfahrungen jenseits radikaler Einstellungen und Gruppen erfahrbar zu machen. Dies könnte auch das Spannungsverhältnis zwischen Beratungsstellen und sicherheitsbehördlichen Interessengruppen entschärfen, indem eine kohärente professionelle Positionierung in der Aushandlung von Problemdeutungen und Lösungsansätzen ermöglicht würde. ■

#### Literatur

- Akkuş, U., Toprak, A., Yılmaz, D., & Götting, V. (2020). *Zusammengehörigkeit, Genderaspekte und Jugendkultur im Salafismus*. Springer VS.
- Aslan, E., Erşan Akkılıç, E., Hämmerle, M. (2018). *Islamistische Radikalisierung*. Springer VS.
- El-Mafaalani, A. (2017). Provokation und Plausibilität – Eigenlogik und soziale Rahmung des jugendkulturellen Salafismus. In A. Toprak, & G. Weitzel (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland* (S. 77–90). Springer VS.
- Schramm, A., Stein, M. & Zimmer, V. (2023). Ursachen der islamistischen Radikalisierung aus Sicht der Dozierenden der Zentren und Institute für Islamischen Theologie. *ZepRa – Zeitschrift für praxisorientierte (De-)Radikalisierungsforschung*, 2(1), 36–91.
- Weitzel, G. & Kurtenbach, S. (2023). *Literaturbericht zum Forschungsstand aus Frankreich, Spanien und dem Sprachenraum des Balkans zu räumlichen Einflüssen auf Radikalisierung*. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Fachbereich Sozialwesen der FH Münster.
- Wolfowicz, M., Litmanovitz, Y., Weisburd, D., & Hasisi, B. (2020). A field-wide systematic review and meta-analysis of putative risk and protective factors for radicalization outcomes. *Journal of Quantitative Criminology*, 36(3), 407–447. <https://doi.org/10.1007/s10940-019-09439-4>.
- Zimmer, V., Stein, M., Kart, M. & Bozay, K. (2023). Islamistische Radikalisierung – Ein Überblick über Erklärungsansätze auf Mikro-, Meso- und Makroebene. In E. Arslan, B. Bongartz, K. Bozay, B. Çopur, M. Kart, J. Ostwaldt, & V. Zimmer (Hrsg.), *Radikalisierung und Prävention im Fokus der Sozialen Arbeit*, (S. 57–70). Beltz Juventa.

Zimmer, V., Stein, M., Kart, M., Bösing, E., von Lautz, Y. & Ayyildiz, C. (2022). Gesellschaftliche Ursachen des radikalen Islam. *IU Discussion Papers Sozialwissenschaften*, 2(1), 1–24. [https://res.cloudinary.com/iubh/image/upload/v1644222630/Presse%20und%20Forschung/Discussion%20Papers/Sozialwissenschaften/DP\\_Sozialwissenschaften\\_2022\\_1\\_Zimmer\\_et\\_al\\_Islamistische\\_Radikalisierung\\_mbq27l.pdf](https://res.cloudinary.com/iubh/image/upload/v1644222630/Presse%20und%20Forschung/Discussion%20Papers/Sozialwissenschaften/DP_Sozialwissenschaften_2022_1_Zimmer_et_al_Islamistische_Radikalisierung_mbq27l.pdf). [Zugegriffen: 17.07.2024].